

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 04, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 56 / 10 11
 Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28)
 204-1 / Anzeigenabteilung Köln (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung
 Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 Bfr., Dänemark 9,75 Dkr., Frankreich 7,00 F., Griechenland 120 Dr.
 Großbritannien 65 p., Italien 1500 L., Jugoslawien 275,00 Din., Luxemburg 28,00 Fr.
 Niederlande 2,20 fl., Norwegen 7,50 Nkr., Österreich 14,85 S., Portugal 115 Esc.
 Schweden 6,50 Skr., Schweiz 2,00 Sfr., Spanien 150 Ptas., Kanarische Inseln 175 Ptas.

TAGESSCHAU

POLITIK

Dollar: Der Kurs der US-Währung ist gestern an den internationalen Devisenmärkten in Reaktion auf das Treffen der Finanzminister und Notenbank-Chefs der fünf wichtigsten Industrienationen scharf zurückgegangen. In Frankfurt verlor der Dollar mehr als 16 Pfennig. Die Vertreter der „Big Five“ hatten in New York beschlossen, mit einer abgestimmten Devisenmarktpolitik und binnenwirtschaftlichen Reformen die Überbewertung des Dollars zu brechen und der Tendenz zum Protektionismus den Boden zu entziehen. (S. 13)

Terrorismus: Bei einem Bombenanschlag ist eine Dieselpipeline der NATO, die zwischen Koblenz und Gießen verläuft, schwer beschädigt worden. Etwa 100 Tonnen Dieselpilz flossen aus. Ähnliche Anschläge in der Vergangenheit waren den „Revolutionären Zellen“ und der RAF zugeschrieben worden.

Verzicht: Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium, Vogt, hat auf die Kandidatur für das Amt des rheinischen Vorsitzenden der CDU verzichtet. Die an seine Kandidatur geknüpften Erwartungen seien nicht erfüllt worden. (S. 12)

Vorrubestand: Mehr als 50 Prozent der Anspruchsberechtigten haben bislang von der 1984 für die Beschäftigten des Bankgewerbes geschaffenen Möglichkeit des vorzogenen Ruhestands Gebrauch gemacht, berichtete die DAG. Dadurch seien mehr als 10 000 Arbeitsplätze frei geworden.

Staatsbesuch: Ein Ereignis von tiefer historischer Bedeutung sieht Israels Präsident Chaim Herzog in dem bevorstehenden Staatsbesuch von Bundespräsident Richard von Weizsäcker. „Ich glaube nicht, daß dies Erinnerung an die Vergangenheit schwächen wird“, erklärte er in einem Interview. „Aber Deutschland sieht - ebenso wie wir - ein, daß wir in die Zukunft schauen müssen.“ (S. 12)

Parteihaufen: Mit einem verschärften Sparprogramm, intensiveren Bemühungen um Parteispenden und mit höheren Mitgliederbeiträgen will die FDP versuchen, in den nächsten vier Jahren ihren Schuldenberg von acht Millionen Mark abzutragen. (S. 12)

Greenpeace-Affäre: Wesentliche Teile der Akten über den Skandal um die Versenkung des Greenpeace-Schiffs „Rainbow Warrior“ durch französische Geheimagenten sind vernichtet worden, stellte der neue Verteidigungsminister Paul Quilès bei seiner Amtsübernahme fest. Neuseeland will von Paris Schadenersatz in Millionenhöhe fordern. (S. 12)

Appell: Eine Lockerung der US-Sanktionen gegen Polen hat Primas Ciempiak vor der Presse in Detroit gefordert. Dadurch könnte die Wirtschaft des Landes wiederbelebt werden.

Scargill: Zum Präsidenten der neuen Internationalen Bergarbeiter-Organisation ist der militante Chef der britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM, Arthur Scargill, gewählt worden. (S. 5)

WIRTSCHAFT

Arbeitsmarkt: Trotz der Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums in den westlichen Ländern nimmt die Arbeitslosigkeit weiter zu, stellt die OECD fest. Als wichtigste Ursachen nennt die Organisation die Schwäche der Nachfrage, den realen Lohnkostenanstieg und den Rentabilitätsrückgang der Unternehmen sowie die Starrheit der Arbeitsmärkte. (S. 14)

Verbrauchersinn: Eine Verbesserung der Rechtsstellung von Kreditnehmern fördern die deutschen Verbraucherverbände. Zugleich warfen sie den Teilzahlungsbanken vor, Kreditverträge „sittenwidrig“ abzuschließen und stark überhöhte Zinsen zu verlangen. Die Teilzahlungsbanken wiesen die Vorwürfe zurück. (S. 13)

Luftfahrt: British Aerospace verhandelt mit der Sowjetunion über eine mögliche Zusammenarbeit bei der Produktion von Zivilflugzeugen. „Feste Vorschläge“ liegen nach Angaben eines Sprechers noch nicht auf dem Tisch. Die Sowjets sollen starkes Interesse an dem neuen ATP-Kurzstreckenflugzeug des britischen Konzerns gezeigt haben. (S. 14)

Börsen: Die Aktienmärkte reagierten auf den Kursrückgang des Dollars mit Unsicherheit und Kursrückgängen. Der Rentenmarkt war fest. WELT-Aktienindex 217,24 (219,10). BHF-Rentenindex 105,314 (105,079). Performance-Index 107,895 (107,625). Dollarkurs 2,7248 (2,8862) Mark. Goldpreis 327,45 (319,15) Dollar.

KULTUR

Philosophen: Gut beraten war der sogenannte Engere Kreis der Allgemeinen Gesellschaft für Philosophie in Deutschland, als er die „Natur“ zum Generalthema seines diesjährigen Treffens in Marburg machte. Nicht zuletzt gegenüber Politikern, die von der Philosophie Wegweisung in der Ökologie erhoffen, bestand erheblicher Nachholbedarf. (S. 21)

Kammermusik: Auch im fünften Jahr seines Bestehens läßt der „Syther Sommer“, eine Reihe von Kammermusik-Veranstaltungen für die Urlaubsgäste, manches zu wünschen übrig. Den horrenden Preisen auf der einen Seite steht noch immer kein hochrangiges Angebot gegenüber. Es reicht über Freizeiterhaltung kaum hinaus. (S. 21)

SPORT

Fußball: Die Weltmeisterschaft 1986 wird wie geplant in Mexiko stattfinden. FIFA-Generalsekretär Sepp Blatter sagte in Zürich, man habe keinen Anlaß, nach dem Erdbeben etwas an der Vorbereitung zu ändern.

Motorsport: Hans-Joachim Stuck ist auf dem Weg, der dritte deutsche Automobilweltmeister nach 1945 zu werden. Er führt nach seinem Sieg in Brands Hatch in der WM-Wertung der Langstreckenspezialisten. (S. 10)

AUS ALLER WELT

Erdbeben: Die Aussichten, noch Überlebende der Katastrophe in Mexiko zu finden, verschlechtern sich stündlich. Bis gestern wurden mehr als 2800 Tote geborgen. (S. 22)

Eherecht: Schweizer Ehemänner müssen ihre Frau künftig als gleichberechtigt akzeptieren. In einer Volksabstimmung sprach sich die Mehrheit der stimmberechtigten Bevölkerung für die Annahme eines neuen Ehe- und Erbrechts aus, das die gemeinsame Verantwortung von Mann und Frau für die Familie in den Vordergrund stellt. (S. 22)

Wetter: Im Norden stark bewölkt, gelegentlich Regen, im Süden heiter. 20 bis 25 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Butter statt Raketen - Leitartikel von Carl Gustaf Ström S. 2

Umwelt-Forschung-Technik: Der Scherling auf dem Schulhof - Von H. de la Chavallerie S. 9

Studieren in USA: Amerikas Kommilitonen speisen aus vielen Töpfen - Von E. A. Siebert S. 3

Fernsehen: Fasziniert von Simonon: Regisseur S. Barabas und sein TV-Film „Sonntag“ S. 10

Saarland: Die CDU will die Oppositionsbank nicht länger als fünf Jahre drücken S. 4

Großbritannien: Überfällige Reform - Wirtschaftsleitartikel zur Jugendarbeitslosigkeit S. 13

CSSR: Medien schüren Haß gegen den Westen - Wie nach dem „Prager Frühling“ S. 5

Ausstellung: Der Maler Wilhelm Braun-Feldweg in Heilbronn - Unter dem Kirschbaum S. 21

Forum: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 7

Flugszene: Das Kürzel VIP wird in der Welt der Luftlinie großgeschrieben S. 22

Trauer um Axel Springer



Deutscher Patriot, Helfer Israels und Streiter für das Bündnis

Staatsmänner würdigen Axel Springer / Trauerfeier in der Berliner Gedächtniskirche

DW, Bonn
Die Nachricht vom Tode des Berliner Verlegers Axel Springer ist im In- und Ausland mit großer Anteilnahme und Betroffenheit aufgenommen worden. In den Kondolenzschreiben an die Witwe, Frau Friede Springer, wurde vor allem das Eintreten Springers für die nationale Einheit Deutschlands und für die Verständigung zwischen dem deutschen und jüdischen Volk gewürdigt. Die Trauerfeier für den im Alter von 73 Jahren verstorbenen Verleger findet am Freitag in der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche am Kurfürstendamm statt.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker erklärte gestern, Springer habe die Verpflichtung, die uns die Vergangenheit auferlegt und das Bewusstsein der Freiheit stets zur Grundlage seines Denkens und Handelns gemacht. Springer habe „wie kein Zweiter Berlin, dem Bündnis mit den Amerikanern und der Verständigung mit dem jüdischen Volk gedient“. Der Bundespräsident hatte erst vor wenigen Wochen mit Axel Springer über seinen bevorstehenden Staatsbesuch in Israel gesprochen. Springer hatte von Weizsäcker zugesagt, an dem Programm des Staatsbesuchs in Jerusalem teilzunehmen.

George Bush, der Vize-Präsident der USA, übermittelte der WELT folgende Beileidsadresse: „Mit dem Tode Axel Springers hat das westliche Bündnis einen seiner überzeugtesten Freunde verloren. Sein Eintreten für die Freiheit von Berlin war mitreißend und aufopferungsvoll. Sein Mut und seine Unbeirrbarkeit trugen dazu bei, die Bundesrepublik Deutschland aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges auf den hervorragenden Platz zu führen, den sie heute in der westlichen Welt einnimmt. Mit Springers Tod mag seine Stimme verstummen, aber seine Worte, davon bin ich überzeugt, werden auch weiterhin junge Menschen in Europa und den Vereinigten Staaten inspirieren.“

Bundeskanzler Helmut Kohl würdigte den Verstorbenen in einem Gedankenartikel für die WELT als „einen großen Deutschen, der einen wesentlichen Anteil an dem Aufbau der Bundesrepublik Deutschland zu einem freiheitlichen Rechtsstaat gehabt hat“. Kohl: „Als leidenschaftlicher Patriot hat er sich unermüdet dafür eingesetzt, das Bewußtsein von der Einheit Deutschlands wachzuhalten. Die Überwindung der Teilung

Deutsches in Frieden und Freiheit war sein politisches Ziel.“
Der Bundeskanzler wies darauf hin, daß Axel Springer in seinen Zeitungen und Zeitschriften stets für die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika gestritten hat. Diese Freundschaft, so Kohl, „war für ihn die Garantie für unsere Freiheit“.
Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, erinnerte daran, daß Springer in den 60er Jahren sein leidenschaftliches Engagement für die Einheit Deutschlands in einer symbolischen Tat zum Ausdruck brachte. „Er ließ das Stammhaus seines Verlages in Berlin errichten - unmittelbar in der Nähe jener brutalen, menschenverachtenden Mauer, die seit dem 13. August 1961 Berlin teilt. Axel Springer hat Berlin wieder zu einem der führenden Standorte der freien Presse im freien Deutschland gemacht.“ An das Berlin-Engagement des Verlegers erinnerte auch der Berliner Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen. Er nannte den Verstorbenen einen „großen Freund Berlins“.

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß erklärte: „Axel Springer - der Name symbolisiert eine Haltung, die der deutschen Publizistik nach dem Krieg Profil verliehen hat. Er steht für ein leidenschaftliches Engagement um unserer nationalen Einheit willen, im Dienst an einer wehrhaften Demokratie und mit dem Ziel des Brückenschlages zu den Juden und dem Staat Israel. Das Lebenswerk Axel Springers ist ein Auftrag an alle, für Frieden, Freiheit und Aussöhnung einzutreten.“

Mit großer Trauer reagierte die jüdische Welt auf den Tod Springers. Zu den redaktionellen Richtlinien, auf die der Berliner Verleger die Mitarbeiter seines Hauses verpflichtete, gehört die Aussöhnung der Deutschen mit den Juden sowie das Eintreten für die Lebensrechte des israelischen Volkes. Der israelische Ministerpräsident Shimon Peres nannte Springer einen „großen Freund Israels und des jüdischen Volkes“. „Durch seinen Tod habe ich persönlich einen engen und beständigen Freund verloren, und der Staat Israel verlor einen engagierten Rechtsverteidiger.“ Ähnlich äußerte sich der Bürgermeister von Jerusalem, Teddy Kolek. Er sprach von einem Verlust für Jerusalem und Israel. Springer, dem der Ehrentitel „Bewahrer Jerusalems“ verliehen worden war, habe in der Stadt sein zweites Heim gesehen. Als einen der größten Vorkämpfer für die Existenz Israels würdigte der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, den Verstorbenen.

DER VERLEGER UND SEIN WERK
Gedanken von Ernst Cramer und Eberhard Diepgen S. 1
Nachrufe aus dem In- und Ausland S. 11
Lebensstationen Axel Springers im Bild S. 11
Der Stifter und Kunstpatron S. 11

Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Hans-Jochen Vogel, erklärte, Springer habe „auf die öffentliche Meinung der Bundesrepublik wie kaum ein anderer Einfluß genommen“. Der Verleger habe sich „unbestrittene Verdienste“ um die Aussöhnung mit Israel und Berlin erworben. Der Respekt vor dem Toten gebiete es jedoch, auch bei dieser Gelegenheit nicht zu verschweigen, daß es auf weiten Feldern zu gegensätzlichen Auffassungen über den Gebrauch gab, den er von seinem publizistischen Einfluß machte.

Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) telegraphierte an den Vorsitzenden des Vorstandes des Axel Springer Verlages, Peter Thum, der schmerzliche Verlust treffe nicht nur das Unternehmen, sondern die gesamte deutsche Publizistik. Der Name des Verstorbenen stehe für ein beispielhaftes Engagement beim Wiederaufbau einer freiheitlichen Presse, erklärte BDZV-Präsident Rolf Terheyden.

Axel Springer war am Sonntagabend in Berlin im Alter von 73 Jahren verstorben. Springer hat nach 1945 aus kleinsten Anfängen das größte deutsche Zeitungs- und Zeitungsunternehmen mit etwa 11 000 Mitarbeitern geschaffen. Um die Zukunft seines Hauses zu sichern, wandelte er erst vor wenigen Wochen das Unternehmen in eine Aktiengesellschaft mit einem großen Kreis von Aktionären um. Schon von der Krankheit gezeichnet, hatte er vor zwei Wochen den neuen Aufsichtsrat der Gesellschaft in seinem Haus an der Berliner Mauer empfangen und ihm und dem Vorstand Glück und eine gute Hand gewünscht.

Abschied

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Vor der Majestät des Todes verstummen die Auseinandersetzungen, in die Axel Springer in der pluralistischen Gesellschaft als ein aus Moral und Überzeugung politischer Verleger unausweichlich geriet. Jetzt erkennen auch diejenigen, die auf der Suche nach dem besten Weg in die Zukunft mit ihm stritten, die starke Antriebskraft seines Willens und Handelns: die Liebe eines zutiefst religiösen Menschen.

Wir, die wir mit ihm an der gemeinsamen publizistischen Aufgabe arbeiteten, die wir ihn aus der Intimität freimütiger Gespräche kannten und auch über räumliche Distanzen hinweg um ihn waren, wir wußten immer, daß seine Warnrufe brennender Sorge dem Ugrund der Nächstenliebe entsprangen.

Die Liebe zu seinem in zwei Weltkriegen und am Fluch der Untaten Hitlers zerbrochenen Volk ließ ihn nicht zur Ruhe kommen. Die Liebe zum Volk der Bibel, den Juden, mit dem die Deutschen in der Verstrickung des Holocaust unauf löslich verbunden sind, setzte ihm das ethische Maß. Die Liebe zur Stadt der Bibel und Israels, Jerusalem, und zur geteilten Stadt der Deutschen, Berlin, bestimmte alles, was er politisch tat. Die Liebe zu allen Unterdrückten und zu den unterworfenen Völkern, die um ihre Menschenrechte ringen, prägte ihn als Kämpfer für die Freiheit in einer von Gott abgefallenen Welt.

Er, der in oft schlaflosen Nächten Trost und Kraft im Wort Gottes suchte, begann an seiner Kirche zu zweifeln, als er sah, wie sie dem Zeitgeist anheimfiel. Ihn schmerzte es, wie die Kirche als Institution des unverfälschten Glaubens sich zunehmend in eine Kirche der sozialen Bewegung verwandelte, angeführt von Pastoren, die ihrer entlaufenen Gemeinde zum politischen Protest voranzumarschieren trachteten. Wo sollen die Menschen inmitten der modernen Gesellschaft, die - wie Tenbruck gesagt hat - zu einer ungeheuren Veranstaltung zur Lösung ihrer eigenen Probleme geworden ist, ohne Aussicht frei zu sein, die Summe ihrer Probleme je zu bewältigen, wo sollen die Verwirrten, die Ermatteten Zuflucht und Halt finden, wenn nicht in der Glaubensgewißheit ihrer Kirche? Axel Springer litt Not an seiner Kirche und suchte selbst Zuflucht an den Stätten der biblischen Religionen.

Viele, die vor seinen Warnungen erschrocken, hielten ihn für „missionarisch“. Wir, die wir ihn besser kannten und ihn verehrten, verteidigten ihn gegen den Versuch, den unbehaglichen Berliner Verleger ins Irrationale, ins Pathetische zu verbannen. Axel Springer war als Kämpfer für Recht und Freiheit nicht entkernt, sondern konkret und direkt. Die Antwort derer, denen der Systemhaß das Verständnis dieses humanen und sozialen Mannes verwehrte, war die gewalttätige Anti-Springer-Kampagne in den Jahren, da mit dem Ho-Ho-Chi-Minh-Sprung auf den Straßen alles besser werden sollte.

Er war auch weder in seinem Hause, noch in der Politik ein Patriarch mit absolutistischer Gebärde, sondern handelte als Christ personal und das heißt: aus Verantwortung als Person - gelegentlichen alttestamentarischen Zorn eingeschlossen. Das und sein Charme im persönlichen Gespräch befähigten ihn dazu, Menschen an sich zu binden, Freunde auf sein Lebenswerk zu verpflichten, das er kurz vor seinem Tode neu geordnet in treue Hände gegeben hat. Wir in der Redaktion der WELT erinnern uns noch gut der Freundschaft, die Axel Springer mit Hans Zehrer, dem unvergessenen Chefredakteur unserer Zei-

tung und Mentor des zu Taten drängenden Verlegers, verband. Die Freundschaft Springers mit Matthias Walden, unserem zu früh verstorbenen Mitherausgeber, ist uns lebhaft gegenwärtig.

Die WELT hatte und behält den Vorzug, Axel Springers großartige Konzeption der Liebe, der helfenden Sorge und der Freiheit Tag für Tag als Flaggenschiff des fest gegründeten Pressehauses publizistisch zu vertreten. Die Redaktion weiß und sie würdigt es, daß die WELT über schwere Zeiten hinweg ihre Existenz Springer verdankt.

Auch als Verleger hat sich Axel Springer zu allererst als Journalist empfunden. Gott gab ihm nicht nur die Kraft der unternehmerischen Tat, sondern ebenso die Kraft des Wortes. Jeden Tag wandte er als Herausgeber sein journalistisches Interesse mit dem professionellen Blick eines Blattmachers unserer Zeitung zu. Das war anregend, aber keineswegs immer bequem. Oft war er unser Autor. Seine verlegerische Richtlinienkompetenz beschränkte er auf die Eckpfeiler der vier Bekenntnisse, die jeder Redakteur mit dem Anstellungsvertrag unterschreibt:

- Unbedingtes Eintreten für die friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit.

- Aussöhnung zwischen den Juden und Deutschen; hierzu gehört die Unterstützung der Lebensrechte des israelischen Volkes.

- Ablehnung jeglicher Art von politischem Totalitarismus.

- Verteidigung der sozialen Marktwirtschaft.

Dies sind die Wegmarken eines konservativ-liberalen Journalismus der politischen Mitte, der Charakter, Kurs und Ziel der WELT bestimmt. Dem notwendigen Wandel aufgeschlossen, bewahrt die Zeitung „ein Leben aus dem, was immer gilt“ (Matthias Walden). So wollte es Axel Springer, und so bleibt es.

Springer hat sein ästhetisch schönes Pressehaus als Symbol der Freiheit an der Mauer in Berlin aufgerichtet. Ihm galt Berlin als Hauptstadt der Deutschen. Dort hätte er auch am liebsten die Redaktion der WELT gesehen. Die Informationsbedürfnisse der Leserschaft geboten es im geteilten Deutschland, daß sich die Redaktion in Bonn ansiedelte. Die WELT ist das nationale und internationale verbreitete Informationsblatt aus der Bundeshauptstadt. Aber Axel Springer hat die Redaktion stets gemahnt, nicht den rheinischen Verführungen des Genius loci zu erliegen. Richtmaß des politischen Willens und Aufgabe der kulturellen Phantasie bleibt Berlin.

Die Redaktion der WELT nimmt Abschied von ihrem Verleger, ihrem Herausgeber, ihrem Autor, dem journalistischen Freund. Ihrem publizistischen Auftrag entsprechend, hat sie im Chor der Medien eine unverwechselbare Stimme. Daß ihre Stimme noch überzeugender, noch kraftvoller werde, ist das Vermächtnis Axel Springers an die Redaktion.

Deutschland und die Welt stehen in einer Zeitenwende. Wir wissen nicht mehr, als daß die Menschheit sich in einem geistigen Prozeß kosmischen Ausmaßes vorantastet, vom Wechselbalg der Hoffnungen und Enttäuschungen vorangepeitscht zur immerwährenden Suche der legitimen, der richtigen Ordnung. Springer hoffte, dies sei eine Suche des Weges zu Gott. Die Redaktion stellt an sich selbst den Anspruch, daß jeden Tag aus der Zeitung eine Ahnung dieses Umbruchs spreche, der - daran glauben wir - ein Aufbruch der Menschheit in eine neue Epoche ist.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der Groschen fällt

Von Claus Dertinger

Den USA steht das Wasser bis zum Hals. Nur so ist es zu erklären, daß sie sich jetzt - das ist der Eindruck des Bundesfinanzministers - ihrer außenwirtschaftlichen Schiefelage bewußt zeigen. Offenbar ist Washington bereit zum Handeln. Die internationale Kritik hat erkennbare Wirkung gezeigt.

Der gestrige Sturz des Dollars um rund fünfzehn Pfennig signalisiert vor allem die Bereitschaft, gemeinsam mit den Notenbanken der anderen wichtigen Industriestaaten die Überbewertung der wichtigsten Währung zu korrigieren. Noch viel wichtiger ist allerdings, daß Washington den Ursachen des zu hohen Dollarkurses zu Leibe rückt. Sie liegen im enormen Haushaltsdefizit der Vereinigten Staaten.

Ob das gestiegene Problembewußtsein der USA auch zu entsprechenden Weichenstellungen in der Budgetpolitik führt, steht auf einem anderen Blatt - jedenfalls nach den bisherigen Erfahrungen. Bei aller schmerzhaften Erfahrung der amerikanischen Wirtschaft mit dem überbewerteten Dollar darf nicht verkannt werden, daß die Außenwirtschaftslage der USA eine weltwirtschaftliche Bedrohung für die entwickelten wie die unterentwickelten Länder darstellt.

Das Problem ist erkannt: Protektionismus schwebt wie ein Damoklesschwert über der gesamten Weltwirtschaft. Deswegen stehen die Europäer an der Seite Reagans, wenn dieser gegen die Bedrohung des freien Handels kämpft. Wenn er diesen Kampf verliert, haben auch sie den Schaden, denn im Wettlauf mit Handelschranken gibt es nur Verlierer. Ob sich die Protektionisten im US-Kongress davon überzeugen lassen, ist offen, denn vordergründig populär ist leider stets derjenige, der mißliebige Wettbewerber aussperren will.

Eine kursichtige Schutzpolitik kann ebenso ansteckend wirken wie ihr Gegenteil, der freie Warenaustausch. Japan wird Konzessionen machen müssen, wenn Reagan innenpolitisch obsiegt; beides bedingt einander - aber nicht nur Japan muß sie machen. Europas Agrarmarkt gilt ebenfalls weltweit als abschreckendes Beispiel für Protektionismus.

Die Kompromißlosen

Von Enno v. Loewenstern

Am Schluß klopfen man sich gegenseitig auf die Schultern und versichern einander: „Solche deutsch-polnischen Veranstaltungen wie die vom Wochenende in Loccum tragen wahrscheinlich mehr zur Verständigung zwischen den beiden Ländern bei als große Politikerrunden.“ Sagen wir: sie tragen sicherlich mehr als alle Politikerreden zum Verständnis bei - zum Verständnis, wie die Lage wirklich ist.

Da tritt ein Regimefunktionär auf und weist einen demokratischen Rechtsstaat an, das Urteil seines Bundesverfassungsgerichts zur Ostgrenzenfrage einfach zu streichen und den Vertriebenen als den „Hauptfeinden des Vertrages und der Normalisierung mit Polen“ jede Unterstützung zu entziehen. Uns das zu sagen, sei der eigentliche Grund seines Kommens gewesen.

Soweit aber hier Stimmen nach den Menschen in Polen fragen, werden sie ebenso barsch beschieden: Die „sogenannte Opposition“, wie sich der allenthalben als liberal gepriesene Mieczyslaw Rakowski ausdrückte, werde weiter kompromißlos bekämpft; für „gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung in Polen gerichtete Aktivitäten“ sei dort „kein Platz“.

Worin also besteht die gepriesene „Verständigung zwischen den beiden Ländern“ - in der Beflissenheit gegenüber den Regimen oder in der Verständigung mit den Menschen, die da kompromißlos bekämpft werden? Und weiter: Wer die Bewegung freier Menschen dort kompromißlos bekämpft (und das auch noch stolz heruntrompelt), wo er die Macht hat: Was für ein Partner ist der für freie Menschen? Welche Art von Normalisierung blühte den Menschen wohl hier, wenn der charmante Herr Rakowski und seinesgleichen bei uns mehr zu sagen hätten als ergebnis beklaute Konferenzbeiträge?

Wir werden von Stimmen hierzuulande gemahnt, den Polen das Gefühl zu vermitteln, daß sie in sicheren Grenzen leben. Seltsam - von der „sogenannten Opposition“ Solidarność, die das polnische Volk gegen das Regime vertritt, hören wir solche Wünsche nicht. Was wir von ihnen hören, ist der Wunsch, in sicheren Verhältnissen zu leben, in Sicherheit vor den Brutalitäten eines Regimes, das gegen sein eigenes Volk kämpft.

Grenz-Werte

Von Astaf Domberg

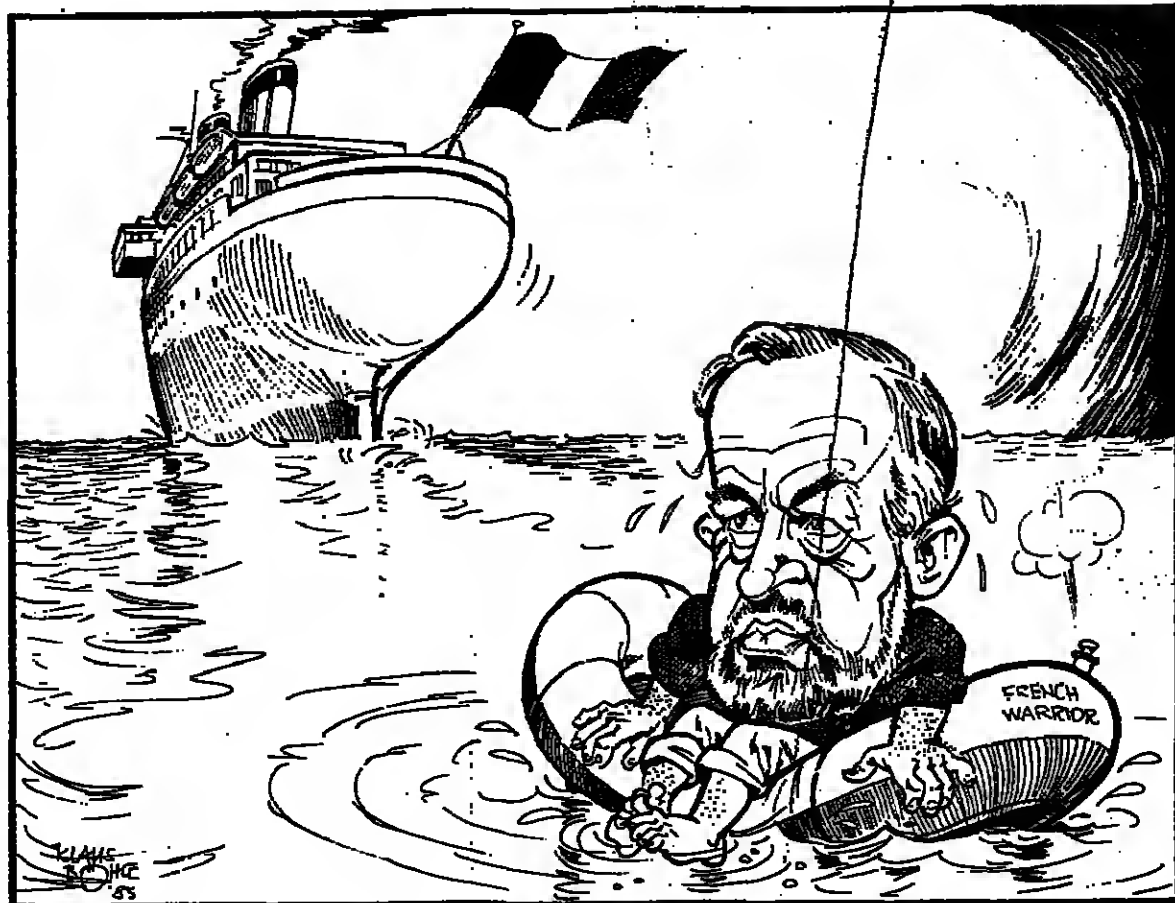
Wer in diesen Spätsommertagen die jugoslawisch-griechische Grenze zwischen Bitola und Florina überschritt, machte in beiden Richtungen eine überraschende Erfahrung:

Auf der einen Seite verlief die jugoslawische Grenzkontrolle trotz des roten Sterns auf den Dienstmützen und trotz des kommunistischen Regimes schnell, effizient und höflich. Ein Stempel wurde in den Paß gedrückt, es folgte ein kurzer Blick in den Kofferraum des Wagens, dann salutierte der Beamte und wünschte auf deutsch: „Gute Reise.“ Die ganze Prozedur dauerte bei der Einreise auf jugoslawischer Seite kaum drei Minuten, bei der Ausreise ging es noch schneller.

Auf der anderen Seite, beim EG-Mitglied Griechenland, das längst wieder eine westliche Demokratie ist, ging es ganz anders zu. Bei den Jugoslawen konnten die Reisenden während der Kontrolle im Auto sitzen - bei den Griechen mußte man aussteigen, ins Zollhaus gehen, ein Einreise- bzw. später ein Ausreiseformular ausfüllen, beim Zoll in den Wagen in den Paß eintragen lassen; dann mußte man eine halbe Stunde in der brütenden Sonne warten, bis sich die mißmutigen griechischen Zöllner dazu bereit fanden, die inzwischen zu einer riesigen Kolonne angestauten Fahrzeuge abzufertigen. Griechenland, das sich so gern als „gastfreundlich“ bezeichnet, zeigte sich hier von einer mißrischen, unausgeschlafenen und, was die Zöllner anbetrifft, auch noch unrasierten Seite.

Reisende, die zur Zeit der Monarchie, ja sogar später während der Militärdiktatur ins Land der Hellenen führen, hatten da andere Erfahrungen. Damals pflegten sich die Beamten zu rasieren und waren meist höflich. Jetzt, da in Athen eine sozialistische Linksregierung an der Macht ist, gewinnt die griechische Grenzkontrolle eine fatale Ähnlichkeit mit Praktiken, die man eher von den Kommunisten kennt.

Aber bei diesem Vergleich stockt die Feder. Die kommunistischen Jugoslawen, also die von den Griechen oft als „wilde Balkanesen“ apostrophierten Nachbarn im Norden, benahmen sich nämlich an ihrer Grenze so, wie man es sonst nur bei EG-Nachbarn in Westeuropa gewohnt ist. Verstehe einer diese Welt beiderseits der Grenzsteine...



Ausgesetzt

KLAUS BOHLE

Die Gegenoffensive

Von Carl Gustaf Ströhm

Ronald Reagan sei gegenüber dem „jungen“ und „dynamischen“ Michail Gorbatschow in die Defensive geraten. So konnte man es nach den jüngsten Interviews und Erklärungen des neuen sowjetischen Generalsekretärs in manchen Medien des Westens hören und lesen, nicht ohne eine gewisse Schadenfreude. Manche Kritiker glaubten gar eine Umkehrung der Fronten konstatieren zu müssen. Nicht mehr eine veraltete Kreml-Gerontokratie stehe jetzt einem jungen, dynamischen Amerika gegenüber, sondern umgekehrt: ein einflussreicher, erfolgswohler junger Gorbatschow einem von Gesundheitsproblemen gezeichneten, erheblich älteren US-Präsidenten.

Nun zeigt es sich allerdings, daß diese neue Weisheit allzu simpel war. Denn ganz abgesehen davon, daß sich Reagan gesundheitlich besser zu erholen scheint, als viele zu hoffen wagten - Gorbatschow ist keineswegs jener geniale Wunderknebe, als den ihn seine Propagandisten so gern präsentieren. In der Außen-, Welt- und Abrüstungspolitik war vom sowjetischen Generalsekretär bisher wenig oder fast gar nichts zu hören, was über das hinausging, was bereits Andropow und Tschernenko zu sagen wußten.

Auch sein „Time“-Interview brachte in der Substanz keine neuen Aspekte. Dies darf man dem Kreml-Chef nicht übernehmen: er selber steckt nämlich, wenn nicht alle Zeichen trügen, in großen Schwierigkeiten. Noch ist nicht gesagt, daß sein hektisch vorwärtsgetriebener Kurs einen innenpolitischen Erfolg bringen wird. Manches spricht dafür, daß Gorbatschow am Vorabend des kommenden Parteikongresses der KPdSU mit innenpolitischen Widerständen jener Kasten und Klassen der Sowjetgesellschaft zu kämpfen hat, denen jede Neuerung ein Dorn im Auge ist. Um so mehr benötigt Gorbatschow, um sich im Machtkampf gegen seine Kritiker und gegen die mächtige Sowjetbürokratie durchsetzen zu können, außenpolitische Erfolge. Er kann sich gegenüber der herrschenden Schicht der Sowjetunion am besten durch den Nachweis legitimieren, den Westen und die Amerikaner politisch aufs Kreuz gelegt zu haben.

Es ist vom Standpunkt Gorbatschows richtig oder zumindest fol-

gerichtig, wenn er im Vorfeld des Genfer Treffens genau das versucht. Auch das ist übrigens nicht jung und neu, sondern eine seit Lenin beliebte Taktik durch eine Mischung von Lockungen und Drohungen die Reihen der „Klassenfeinde“ durcheinanderzuführen. So wie es Andropows große und vergebliche Hoffnung war, den Westen durch die Drohung mit dem totalen Verhandlungsabbruch an der NATO-Nachrüstung zu hindern, hofft jetzt Gorbatschow, die Amerikaner von ihrem SDI-Programm abbringen zu können.

Die Amerikaner haben nun erklärt, SDI stünde bei den Verhandlungen mit Moskau überhaupt nicht zur Disposition. Statt dessen will Washington über Menschenrechte, Afghanistan, Ausweitung des Handels und natürlich über Abrüstung sprechen - aber eben über die Abrüstung jener Waffensysteme, welche die Welt vernichten können, nicht aber jener, die eine Vernichtung der Welt sehr erschweren oder unmöglich machen, wie das SDI. Darüber hinaus ist Reagan noch weiter in die Gegenoffensive gegangen, indem er seinen künftigen Gesprächspartner öffentlich aufforderte, den Bewohnern der Sowjetunion einen höheren Lebensstandard durch Verzicht auf die überdimensionierte sowjetische Rüstung, durch ein Ablassen von der Expansionspolitik (etwa im Fall Afghanistan) und durch eine Verlagerung der so-

jetischen Ressourcen von der Rüstung in Richtung auf Wirtschaftswachstum zu ermöglichen.

Der Präsident sprach mit aller Klarheit und ohne Verbrämung eine Tatsache aus, die von manchen westlichen Politikern aus Ruhebedürfnis oder Furcht gern unter den Teppich gekehrt wird: Seit den siebziger Jahren hat sich die Sowjetunion einer militärischen Aufrüstung gewidmet, die bei weitem jede vernünftige Definition ihrer Verteidigungsmotiviertheit überschreitet.

Man braucht nur Gorbatschows verschiedene Reden zu studieren (die bezeichnenderweise von den sowjetischen Medien zensiert und unvollständig wiedergegeben werden - was gleichfalls auf innere Machtkämpfe und Widerstände schließen läßt), um die Misere der Sowjetwirtschaft und damit der sowjetischen Bevölkerung zu erkennen. Die sowjetische Industrieproduktion ist rückläufig, vor allem die Gas- und Erdölproduktion bleibt hinter den Erwartungen zurück. Gorbatschow selber gab zu, daß ein großer Teil des ausströmenden sowjetischen Erdgases einfach abgeflackert wird, weil man mit ihm nichts anzufangen wisse. Die Wälder Sibiriens ergehen durch Verschwendung und Unfähigkeit nur den halben Nutzeffekt in der Holzproduktion wie die Wälder in Westrußland. Ebenso sieht es mit der Nahrungsmittelproduktion. Was Gorbatschow hier an Beispielen für Verschwendung und Unfähigkeit anführt, ist so hanebüchen, daß in jedem anderen System die Frage nach der Verantwortung der Regierenden gestellt würde.

Soll man Gorbatschow „heilen“, indem man ihm leichte außenpolitische Erfolge verschafft? Der sowjetische Generalsekretär mag jung und dynamisch wirken, in der Realität trägt er den ideologischen Bart von Marx, Engels, Lenin und nicht zu vergessen Stalin. Es bringt Bewegung in die Politik, es bringt Bewegung in die geistige Auseinandersetzung, wenn man weniger vom Weltraum und seinen abstrakten Gefahren redet und dafür mehr vom Leben der einfachen Menschen und ihren konkreten Nöten.



Roketen strotzt Butter: Russische Arbeiter heute

FOTO: INTEROPICS

Die Kirche drüben und die nationale Frage

„DDR“-Christen denken über die Zukunft der Deutschen nach / Von Hans-Rüdiger Karutz

Die Bundessynode der evangelischen Kirchen in Dresden, das einzige demokratisch gewählte quasiparlamentarische Gremium auf „DDR“-Boden, wartete am Wochenende mit einer neuen Entwicklung auf. Zu den Dauer-Lasten der mangelnden Reisefreiheit, der Unterdrückung wahrer Friedensgesinnung durch Haft für Wehrdienst- und Eidverweigerer, der Klage über Gewissensdruck auf junge Menschen gesellte sich die nationale Frage.

Deutschland als Problemgröße und Anfragen an die Zukunft der Deutschen: Denn es ist wahrhaftig neu, wenn Synodale der Kirchenleitung kritisch verhalten, sie sei dem Problem der „Zukunft und des Fortbestands des deutschen Volkes“ in ihrem Bericht ausgewichen. Kirchliche Erklärungen zum 8. Mai 1945 hätten zwar die Vergangenheit aufgearbeitet, nicht aber dies: Was wird aus den Deutschen?

Es gebe eben nicht nur die „deutsche Geschichte“, sondern

auch ein deutsches Volk“, erklärte ein Synodaler. Teilung und ideologische Frontstellungen der SED in Richtung Westen seien wohl nicht, möchte er denken, die „letzte Antwort der Geschichte“, wie es von Weizsäcker formuliert.

Die Antwort des Kirchenbundesvorsitzenden Bischof Johannes Hempel aus Dresden läßt die Spannung ahnen, den Versuch der Amtskirche, zwischen „denen da oben“, den SED-Machthabern, und „denen da unten“ einen Bogen zu schlagen: Sein Ausgangspunkt, meinte Hempel, sei die Existenz zweier souveräner deutscher Staaten: „Wer dies substantiell anders sagt, riskiert mindestens indirekt den Frieden.“ Beide Seiten müßten ihr Nebeneinander gestalten und ihre Gemeinsamkeiten „aushalten“.

Hempels ausweichende Reaktion erklärt sich aus einer gewissen „Doppelstrategie“ der evangelischen Kirchen drüben. Sie wollen die „fundamentale Zusicherung“

(Hempel) der Staatsseite auf eigenständige Arbeit der Kirchen nicht dadurch gefährden, daß sie das ohnedies überwachene Mißtrauen der Partei durch ein Infragestellen des Systems überhaupt hervorufen. Das Wort von der „Kirche im Sozialismus“ beschreibt aber eben auch das strikte Nebeneinander. Die seit dem Luther-Jahr gepflegte Formel lautet „Politikfähigkeit“. Die Amtskirche wirft des Dialogs wegen ihre moralische Macht, ihre wachsende Kompetenz bei vielen Menschen in der „DDR“ in der Friedens- und Raketenfrage zugunsten der offiziellen Ostberliner Politik in die Waagschale.

Dieser Kurs ist indessen an der Basis keineswegs unumstritten. Nicht anders als in der evangelischen Kirche der Bundesrepublik herrscht in der „DDR“ eine außerordentliche Vielfalt politischer Meinungen zu Tagesfragen. Aufgegriffen von den Fakten auf beiden Seiten, ist das Thema „Frieden“ so gut wie tot. Indem die Kirche nun

IM GESPRÄCH David McTaggart

Sieger über Frankreich

Von Reiner Gatermann

Während die Versenkung des Greenpeace-Schiffes „Rainbow Warrior“ den Präsidenten von Frankreich in immer größere Not bringt, macht der Präsident der Umweltschutz-Organisation, David McTaggart, „ein paar Tage Urlaub“ - so sein Hauptquartier im englischen Lewes. Er bereitet sich auf die jährliche Ratsitzung seiner Organisation in dieser Woche vor. Die „Rainbow“-Affäre sei Angelegenheit der Polizei und Gerichte, meint ein Greenpeace-Mitarbeiter; die Pleite der Franzosen hänge auch ohne große Eigeninitiative genügend Werbung.

Die Greenpeace-Leute reden möglichst wenig, wenn überhaupt, über ihren Präsidenten. Er selbst lehnt Interviews ab, und obwohl ihn Kenner der Greenpeace-Szene als „wichtigsten Mann“ bezeichnen, tritt er nur äußerst selten öffentlich in Erscheinung. Dabei ist der 1934 im kanadischen Vancouver geborene McTaggart eine interessante - eher zwiespältige - Erscheinung. Heute lang- und graubäutig, mit Schnauzbarthaar sowie übergewichtig, war er einst dreimal kanadischer Meister im Badminton. Politisch war er eher konservativ eingestellt und suchte sein Glück in der Bauwirtschaft, unter anderem mit Projekten in Kalifornien und Tahiti. Sein Vermögen häufte sich der Dollar-Millionen-Grenze.

1968 war er als Geschäftsmann ruiniert. Anfang der siebziger Jahre tauchte McTaggart bei Greenpeace auf. Er war 1972 dabei, als ihr erstes Schiff, die „Vega“, vor dem Südpazifik auftauchte, um gegen Frankreichs Atomtests zu protestieren. Auf einer weiteren Reise wurde der ausgezeichnete Segler bei einer Begegnung mit einem französischen Minenleger in internationalen Gewässern schwer am Auge verletzt. Er verweigerte eine Behandlung durch französische Ärzte.

Nach Europa kam der dreimal geschiedene Vater dreier Töchter Mitte der siebziger Jahre, zunächst als Koordinator der Aktivitäten der europäischen Büros. In London hat man



Grün noch der Pleite: „Greenpeace“-Chef McTaggart FOTO: OPA

ihn nur einmal in einem richtigen Anzug gesehen - vor zwei Jahren im Gerichtssaal. Greenpeace wurde wegen eines Angriffs auf das Atomkraftzentrum Windscale, bei dem erheblicher Sachschaden entstand, zu 35 000 Pfund Geldstrafe verurteilt. Die Organisation stand am Rand des finanziellen Ruins. Mit einer Sammlung wurde die Krise gemeistert.

McTaggart hinterläßt oft den Eindruck, nichts als ein grüner Idealist zu sein; er lebt zurückgezogen und sparsam. Während seine Organisation oft politisch unbeholfen und naiv auftritt, wird ihr Präsident als geschickter Verhandlungspartner gelobt. „Manchmal mag es von Vorteil sein, daß er wegen seiner simplen Sprache und seines hippiehaften Auftretens von der Gegenseite unterschätzt wird“, meinen Greenpeace-Kenner.

Daß er am Gängelband Moskaus gehe, weisen diese Insider mit der Begründung ab: „Dann würde Greenpeace nicht so ärmlich dastehen.“ Sie versichern, daß McTaggart, keine 1,70 Meter groß, voller Energie und den freundlichen Seiten des Lebens durchaus nicht abgeneigt, trotz geschiedener Vater dreier Töchter Mitte der siebziger Jahre, zunächst als Koordinator der Aktivitäten der europäischen Büros. In London hat man

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Das Massenblatt bemerkt zur Brandt-Rede:

Willy Brandt und die SPD-Werbung - das ist schon eine Klasse für sich. Willy mit großem Gepränge bei Honecker, Willy löst Honecker in die Bundesrepublik, holt jede Menge menschliche Erleichterungen für die Deutschen aus Honecker raus - so die geschickte Öffentlichkeitsarbeit der SPD. Derweil brüht die Regierung über ihrem schlechten Image und schlägt sich mit Spionen rum. Tatsache ist natürlich: Zäh und still hat die Regierung den Honecker-Besuch vorbereitet, viele Vorarbeiten für bessere innerdeutsche Beziehungen geleistet. Preisfrage: Wie kriegen wir die beste Regierung? Antwort: Durch gute Unions-Arbeit plus SPD-Selbstdarstellungskunst.

Münchner Merkur

Zur bayrischen SPD heißt es hier: Man darf gespannt sein auf die gute Zusammenarbeit mit Schöfberger, dem Hierseemann, zusammen mit dem südbayerischen SPD-Chef Jürgen Bödlich, nach dessen Attacken vom Dezember immerhin partiell schädliches Verhalten vorgeworfen und der sich für Schöfbergers Konkurrentin Anke Martiny als neue Landesvorsitzende stark gemacht hat.

SÜDWEST PRESSE

Die SPD-Aktive zu die Grünen greift die „Unser Zeitung“ an: Natürlich rechnet weder Rau noch

Glutz auch nur im Traum mit der absoluten Mehrheit. Sie wollen sich aber nicht jetzt schon das Bleigewicht einer Koalitionsdebatte anlegen lassen. Im Augenblick kämen nur die Grünen als möglicher Partner in Frage, und deren Forderungen nach NATO-Austritt oder Ausstieg aus der Kernkraft werden potentielle SPD-Wähler aus der Mitte eher abschrecken.

France-Soir

Das Pariser Blatt meint zur Affäre um das Greenpeace-Schiff: Die Wahrheit ist grausam, sagte Fabius, das Herz auf der Zunge. Grausam ist jedoch nicht die Wahrheit. Sie ist, wie sie ist. Grausam ist es, unser Land durch die Unfähigkeit einer Regierung aus Unfähigkeit und Versagen so tief sinken zu sehen. Mit einem Präsidenten und einer Regierung, die nicht fähig sind, den Militärapparat zu kontrollieren, droht unser Land auf die Stufe einer Bananenrepublik zu sinken.

Kölnische Rundschau

Über den Verzicht Wolfgang Voigt auf die Kandidatur für das Amt des Vorsitzenden der rheinischen ODU befindet die Zeitung: Voigts Entscheidung wird von der bitteren Erkenntnis geleitet, das Ziel, das er sich selbst durch seine Kandidatur gesetzt hat, verfehlt zu haben. Daraus macht er keinen Hehl. Er wollte die leidige Diskussion über Personalfragen, die seine Partei neuerdings so voll in Beschlag genommen hat, auf ein erträgliches Maß begrenzen. Sachpolitische Debatte an die erste Stelle rücken. Das ging schief.

Amerikas Studenten speisen aus vielen Töpfen

Die Russen waren es, die den amerikanischen Studenten zum BAföG à la Amerika verhalfen. Der Schock auf den Sputnik-Vorsprung ließ die Geldquellen des Staates sprudeln. Heute ist es unter anderem der „Krieg der Sterne“, der verhindert, daß die von Präsident Reagan beachteten Kürzungen Wirklichkeit werden.

Von HORST-A. SIEBERT

BAföG in Amerika? Man glaubt es kaum, aber so etwas gibt es in vielfacher Form - als Geschenk, zurückzahlbare Darlehen und Jobs. Von den rund zwölf Millionen Studenten, die im gerade begonnenen Wintersemester die Hörsäle der 3280 Colleges und Universitäten in den USA füllen, erhält mehr als die Hälfte Ausbildungsbeihilfen. Die Bundesbehörden in Washington, die heute nahezu vier Fünftel der Gelder bereitstellen, unterstützen allein 5,3 Millionen Studenten. Der Rest kommt aus den Steuerkassen der 50 Bundesländer, aus den Höben Schulen selbst und aus privaten Quellen.

Als Mitte September die 2175 von Harvard neu zugelassenen Studenten in Cambridge bei Boston anreisen und registriert, begrüßt und auf ihre Campus-Zimmer verteilt werden, ergah sich, daß bis zu 70 Prozent auf fremde Hilfe angewiesen sind. Bei vielen der Finanzierung des Studiums noch nicht gesichert. Bedürftigkeit aber beeinflusst bei der Nobelpreis die Aufnahme nicht; von den 12 627 Bewerbern wählte sie die vielversprechendsten jungen Leute aus. Ähnlich ist es an den anderen akademischen Anstalten.

Nicht mehr richtig ist das Bild von einem Amerika, in dem das Schlagwort „Wettbewerb“ alles bedeutet und es die Pflicht der Eltern ist, ihre Kinder durch College und Universität zu pauken, egal, wie groß die finanziellen Opfer sind. Zu sehr geändert haben sich die Bedürfnisse, der Lebensstil und die Verbrauchsgewohnheiten. Bei höheren Ansprüchen sind die Realeinkommen nur geringfügig gewachsen, für die breite Mittelklasse kaum noch finanzierbar ist überdies die Kostenexplosion an den Hochschulen. Nach der Statistik betreiben nur noch 49 Prozent der Haushalte Vorsorge durch Sparpläne, die große Mehrheit jedoch in bescheidenem Umfang. Aber auch der Staat hat längst erkannt, daß man die Erziehung nicht allein den Familien überlassen darf.

Noch vor 30 Jahren beschränkten sich die Ausbildungsbeihilfen in den USA in der Hauptsache auf Stipendien, die von den Colleges und den Universitäten vergeben wurden. Einige Hochschulen unterhielten kleine Kredit- und Beschäftigungsprogramme für die Ärmsten unter den Studenten. Äußerst sparsam gingen auch die Bundesstaaten mit dem Geld um,



Zwölf Millionen Studenten füllen die 3280 Colleges und Universitäten der USA

FOTO: DPA

von denen einige in Notfällen mit Zuschüssen einsprangen. Washington half wiederum nur den Veteranen des Zweiten Weltkrieges und des Korea-Krieges sowie der indianischen Minorität und hochkarätigen graduerten Studenten.

Als Reaktion auf den sowjetischen Sputnik-Vorsprung im Weltraum verabschiedete der amerikanische Kongreß 1958 den „National Defense Education Act“, der erstmals allen bedürftigen Studenten Beihilfen einräumte. Junge Professoren, die an Colleges unterrichten wollten, und Studenten von Fremdsprachen erhielten Bundesstipendien. Im Rahmen der „Great Society“ setzte US-Präsident Lyndon Johnson weitere Hilfsprogramme durch, so die College Work Study, die Educational Opportunity Grants und die Guaranteed Student Loans.

Diese noch heute gültigen Programme traten 1964 und 1965 in Kraft. Zugleich schuf der Kongreß damals Beihilfen für die Kinder von Rentnern und für Medizinstudenten. 1972 folgten die Basic Educational Opportunity Grants, die nach dem Senator Pell benannt werden und die wichtigste Geldquelle der Bedürftigsten darstellen.

Arbeitsprogramme für arme Studenten

Die Pell-Zuschüsse werden direkt, die anderen von den Hochschulen ausbezahlt, und zwar nach vorgeschriebenen Regeln. Die Legislative ergänzte das Netz im selben Jahr durch die State Student Incentive Grants. Sie sollten die Länder zu höheren Beihilfen ermuntern, indem der Bund die von ihnen bereitgestellten Mittel verdoppelte. Auf mittlere Einkommen ausgedehnt wurden 1978 die Pell Grants. Beschäftigt werden die Studenten, die an Arbeitsprogrammen teilnehmen, auf dem Uni-Gelände, in den Speisesälen oder Bibliotheken - heute zum Mindestlohn von 3,35 Dollar je Stunde.

Der Geldschub, ausgelöst durch die Gesetzesfälle, war enorm: Während die Hilfen Washingtons, der Länder und der Institutionen im Aus-

bildungsjahr 1963/64 noch mit insgesamt 546 Millionen Dollar zu Buch schlagen, überstiegen sie 1984/85 bereits 18 Milliarden Dollar. Den dicksten Brocken stellen die vom Bund garantierten Studentendarlehen mit 8,5 Milliarden Dollar dar; die verlorenen Zuschüsse vom Potomac addieren sich noch einmal auf 5,7 Milliarden Dollar. Die Beiträge der Bundesstaaten und die Eigenheiten der Hochschulen erreichten 1,3 und 2,6 Milliarden Dollar.

Verteilt auf die einzelnen Empfänger ergab sich dieses Bild: Nahezu 2,6 Millionen amerikanische Studenten erhielten im Durchschnitt 1073 Dollar aus dem Pell-Grant-Programm, 686 000 Studenten 545 Dollar aus den Supplemental Educational Opportunity Grants, 661 000 Studenten 885 Dollar aus dem früheren National Defense Act und 759 000 Studenten 875 Dollar im Rahmen der Arbeitsprogramme. An den Hilfen der Bundesländer partizipierten 1,6 Millionen Studenten mit jeweils 852 Dollar.

Schon in seinem ersten Amtsjahr 1981 hat US-Präsident Ronald Reagan versucht, das komplexe System zurückzuschneiden. Bis auf kleine Korrekturen ist er jedoch gescheitert. Erreicht hat er aber, daß die Bundesausgaben heute real, also inflationsbereinigt, unter dem Niveau des Studienjahres 1980/81 liegen. In den Papierkorb versenkte der Kongreß auch die drastischen Kürzungsvorschläge, die Reagan im Februar unterbreitete. Die jüngsten Beschlüsse sehen nur eine Streichung von 800 Millionen Dollar im Haushaltsjahr 1986 vor, das am 1. Oktober beginnt.

Das Kapital nimmt damit Rücksicht auf Überlegungen, die an den Sputnik-Schock erinnern. Angesichts der Rekord-Handelsbilanzdefizite sehen die Amerikaner plötzlich ihren technologischen Vorsprung gefährdet, und durch das Land hallt der laute Ruf nach besserer Ausbildung. Forschung und Entwicklung ist ihre Antwort auf die geschrumpfte Wettbewerbsfähigkeit der US-Unternehmen am Weltmarkt; auch der „Krieg der Sterne“ erfordert mehr Wissenschaftler. Hinzu kommt, daß der Staat die Aufblähungen der Studienkosten wenigstens teilweise auffangen muß.

Anders als in der Bundesrepublik Deutschland verlangen alle privaten und öffentlichen Colleges und Universitäten in den USA Studiengebühren. Außerdem wohnen die meisten Studenten auf dem Campus und werden dort auch verpflegt. Für 1985/86 sind die „Preise“ jetzt um durchschnittlich sieben Prozent angehoben worden, was doppelt so viel wie die Inflationsrate. Am teuersten ist das Bennington College in Vermont. Dort müssen die Eltern für das akademische Jahr 17 210 Dollar oder umgerechnet 54 000 Mark zahlen.

Die Gebühren wurden um sieben Prozent erhöht

Das Studienjahr kostet am berühmten Massachusetts Institute of Technology 17 030, in Princeton 16 790, in Yale 16 650, in Harvard und Berkeley 16 500 und in Stanford 16 193 Dollar. Das ist die Crème de la crème, die sozusagen auch bei Deputierten garantiert. Im Schnitt erfordern fünfzig private Colleges, die man mit einem Bachelor-Grad verläßt, in diesem Jahr 9659, die öffentlichen staatlichen Hochschulen 5314 Dollar. Wer zu Hause wohnt, zahlt 8347 und 4240 Dollar. Nach dem Gesetz hat jeder Student die freie Wahl; bei den Unterstützungszahlungen werden die Kosten der teuersten Uni berücksichtigt.

Das jedoch nur proportional, so daß die Familien erhebliche Beträge zusätzlich aufbringen müssen. Allerdings kann der Student bei Bedürftigkeit mehrere Programme in Anspruch nehmen. Die Barriere ist ein jährliches Familien-Einkommen von 30 000 Dollar, Sonderausgaben und die Zahl der studierenden Kinder können es auf 80 000 Dollar erhöhen. Für viele Eltern sind die zinsverbilligten und garantierten Darlehen die Rettung: Sie können je Kind und Jahr 3000 Dollar aufnehmen, das studierende Familienmitglied erhält weitere 2500 Dollar. Zur Zeit sucht Washington nach einem Weg, die von vielen ehemaligen Studenten nicht zurückgezahlten Kredite einzutreiben.

Spare regelmäßig, leihe klug und zahle pünktlich

Über 16 000 Kilometer weit ist eine Idee geflogen, die vor über 100 Jahren im Westerwald erdacht wurde. Auf den Fidschi-Inseln garantiert das „Modell Raiffeisen“ den Bauern eine gesicherte Zukunft.

Von PETER SCHMALZ

Draußen treibt heiße Schwüle dicke Schweißperlen auf die Stirn. Zwischen Pazifik und Regenwald lastet feuchte Tropenluft über Suva, der quirligen Hauptstadt des Südpazifiks Fidschi. Doch hinter den Türen des Chinarestaurants pustet die Klimaanlage Kälte in das Lokal und läßt die Gäste frösteln. Manche haben den Pullover übergestreift. Der Minister aber trägt nur ein offenes Hemd, einen beigen Rock und Sandalen ohne Socken. Jone Naisara, zuständig für Energie und Rohstoffe, scheint die Kälte nicht zu spüren, er hat sich heiß geredet über eine Idee, die seit 80 Jahren mit seiner Hilfe über die 332 Pazifik-Inseln von Fidschi springt und das Leben im Tropenwald verändert.

Eine Idee, die mehr als ein Jahrhundert vorher in Deutschland geboren wurde und den Namen des Westerwälder Bürgermeisters Friedrich Wilhelm Raiffeisen unsterblich machte.

Minister Naisara läßt sich zwei Salzässer und ein Pfefferfaß geben. Draußen auf den Dörfern hatte der ehemalige Englisch- und Mathematiklehrer Steine dafür verwendet. Er platziert die weißen Porzellanfaßchen im Dreieck und legt einen Teller darüber. „So haben wir das den Leuten erklärt, und sie haben uns verstanden. Das sind die drei Fundamente eines Hauses, von denen jedes so wichtig ist wie die beiden anderen. Fehlt eines, stürzt das Haus ein.“ Blitzschnell zieht er ein Faß weg, und der Teller poltert auf die Holzplatte. Jone Naisara lacht. „Die drei Fundamente sind: Spare regelmäßig, leihe klug und zahle pünktlich zurück.“

Das sind die Grundelemente der Raiffeisen-Ideologie. Der Bauernsohn und Bürgermeister mußte in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts miterleben, wie die Landwirte nach der Bauernbefreiung zwar Eigentümer der Scholle wurden, aber noch so sehr an die alte Tauschwirtschaft gewöhnt, daß sie den neuen und notwendigen ökonomischen Entscheidungen nicht gewachsen waren und zunehmend in die Hände oft skrupelloser Geldverleiher und Händler gerieten.

Raiffeisen rief Kreditgenossenschaften ins Leben, bei denen der Bauer als Darlehensnehmer zugleich Mitglied sein und das gesamte Vermögen als haftendes Kapital einbringen mußte. Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung waren seine Grundsätze, die schon zu Beginn des Jahrhunderts Anhänger weit über die deutschen Grenzen hinweg hatten. Siedler und Priester haben sie in alle Welt gebracht, nach Belgien erst, nach Frankreich und Finnland, in die USA und nach Kanada, nach Indien und nach Brasilien. Selbst in Rußland waren 1916 über 11 000 Raiffeisen-Kreditgenossenschaften registriert. Heute zählt die überkonfessionelle Gemeinde rund

um den Erdball in fast 100 Ländern mehr als 150 Millionen Mitglieder in über 330 000 Genossenschaften.

Der Zufall, der häufiger Geschichte schreibt, als der reinen Lehre lieb sein kann, verpfanzte den Gedanken zur Mitte dieses Jahrhunderts in die Südsee. Den Anstoß gab der Brite Sir Ronald Garvey, Gouverneur in dem Karibikstaat Britisch-Honduras, nachdem er auf die andere Seite des Erdballs in die Kolonie Fidschi versetzt wurde und eine Situation vorfand, die er noch aus seinen frühen Honduras-Jahren kannte: Die einfachen Landwirte, des Lesens und Schreibens nicht mächtig und den Umgang mit Geld nicht gewöhnt, wurden mehr und mehr Opfer von Kreditthaien.

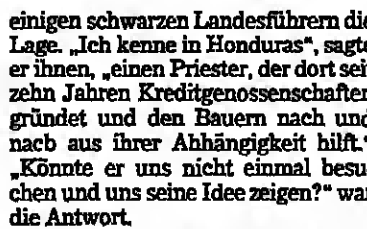
In seinem weißen Gouverneurspalast von Suva, in dem heute der General-Gouverneur die Interessen Ihrer Königlichen Majestät in dem seit 1970 unabhängigen Commonwealth-Staat vertritt, beriet Sir Garvey mit

eines Kreditthais: Zehn Dollar hatte sich der Mann geliehen und schon 48 Dollar (der Fidschi-Dollar entspricht fast einem US-Dollar) an Zinsen gezahlt, ohne bislang einen Cent der Schulden abgetragen zu haben.

Minister Naisara erinnert sich noch an die ersten Wochen. Er war dem weißen Fremden als Dolmetscher und Begleiter zugewiesen, wenn sie im Wagen oder auf Pferden zu den Dörfern im Busch zogen. „Wir sagten den Menschen: Alles, was wir von euch wollen, ist, daß ihr etwas zur Seite legt, wenn ihr Geld bekommt.“ Manche Dörfer erwiesen sich als kleine Schatztruhen: Erspartes war im Dachfirst versteckt oder unter einem Papayabaum vergraben; diese Münzen und Scheine hielten den Grundstock der Genossenschaften.

Bevor die neue Bewegung expandieren konnte, mußte jedoch das Landesgesetz, das bis dahin jedem Fidschianer verboten hatte, mehr als 30 Dollar zu besitzen, geändert werden. Dann konnten die ersten Geldsammler losziehen. Damals warnten besorgte Europäer: „Geldtransporte sind gefährlich, geht den Fahrern Gewehre.“ „Aber wir haben erwidert“, erinnert sich der Minister, „das ist das Geld der Leute, niemand wird wagen, es zu rauben. Und wir behielten recht: Bis heute wurde kein Money-Truck überfallen.“

Die Zahl der Genossenschaften wuchs und damit ein neues Problem: Zu wenige in den Dörfern waren erfahren im Umgang mit Geld, Bilanz und Buchhaltungskurse wurden notwendig. Wieder ging der Pater voran und überredete die Mitglieder mit Geduld und guten Worten, im Teamwork ein Trainingszentrum zu bauen. 1970 konnte das Bergengren-Training-Centre, genannt nach einem amerikanischen Credit-Union-Leader, eingeweiht werden. Und hier in diesem Haus schließt sich nach mehr als hundert Jahren wieder der Kreis über den Äquator hinweg nach Deutschland, dem Geburtsland des Raiffeisen-Gedankens. Die CSU-nabe Hans-Seidel-Stiftung fördert die Ausbildung in diesem Haus und läßt zudem zu Kursen in ihr neues, erst im Frühjahr eröffnetes Seminarzentrum Nadave nahe der Hauptstadt. „Wir haben damit die Chance, über eine weite Welt bekannt zu werden und auf den Dörfern angesehene Organisationsführerkräfte heranzubilden, die langfristig auch die Lebensbedingungen in den ländlichen Gebieten verbessern werden“, begründet der deutsche Projektleiter Hein Kießling den bayerischen Einsatz am anderen Ende der Welt.



einigen schwarzen Landesführern die Lage. „Ich kenne in Honduras“, sagte er ihnen, „einen Priester, der dort seit zehn Jahren Kreditgenossenschaften gründet und den Bauern nach und nach aus ihrer Abhängigkeit hilft.“ „Könnte er uns nicht einmal besuchen und uns seine Idee zeigen?“ war die Antwort.

Es dauerte Monate, ehe der tatkräftige Jesuitenpater Marlon Ganey im Dezember 1953 in Suva vom Schiff ging: Der Bischof in Honduras mußte vom Sinn der Reise überzeugt und das Reisegeld gesammelt werden. Immerhin: Der Jesuit wurde für sechs Monate zu seiner Südsee-Tour beurlaubt. Aus dem halben Jahr sollte mehr als ein halbes Leben werden, Pater Ganey starb vor einem Jahr im hohen Alter von 80 als einer der angesehensten und beliebtesten Männer des Inselstaates. Er hinterließ knapp 400 Kreditgenossenschaften mit 83 000 Mitgliedern. Jeder zehnte der 634 000 Fidschianer ist somit in einer „Credit Union“ organisiert. „Unsere wichtigste Absicht war und ist, einfachen Menschen Geld zu leihen, damit sie ihre Doktorrechnung und das Schulgeld bezahlen können, damit sie fähig sind, Gartengeräte und Pflüge und andere wichtige Dinge des täglichen Lebens zu kaufen“, sagte der Jesuitenpater noch wenige Tage vor seinem Tod.

Die Idee aus Deutschland hatte er in den Vereinigten Staaten kennengelernt und in Honduras zum Wohle der einfachen Farmer 18 Jahre lang beharrlich und erfolgreich angewandt. Seine erste Tat in Fidschi war die Rettung eines Bauern aus den Klauen

In einer Zeit, in der wirtschaftliches Wachstum scheinbar an seine Grenzen stößt und stagnierende Umsatzzahlen fast wie Erfolge gefeiert werden, ist es erfreulich zu hören, daß es noch Unternehmen gibt, die sich mit solchen Statements nicht identifizieren.

Das sind wir bereit zu beweisen - mit der starken Verbindung DEUTZ MWM. Klöckner-Humboldt-Deutz AG hat die Aktienmehrheit der Motoren-Werke Mannheim AG übernommen und das Geschäft der Mittel- und Großmotoren beider Unternehmen in Mannheim zusammengefaßt.

So entstand ein neues Zeichen mit zwei Namen. DEUTZ MWM steht für langjährige Erfahrung, hervorragende Technik und wirtschaftliche Antriebslösungen.

Weltweiten Service, qualifizierten Kundendienst und eine jederzeit und überall schnelle Verfügbarkeit von Original-Ersatzteilen garantieren wir unseren Kunden.

Fordern Sie uns!

Die Wirtschaftlichen.



Motoren-Werke Mannheim AG · Postfach 15 63 · 6800 Mannheim 1

JUST MARRIED



Das Problem der Patienten, nach Arzt-Fehlern ihr Recht zu bekommen

Kölner Rechtsanwalt kritisiert Standesolidarität bei medizinischen Gutachtern

EBERHARD NITSCHKE, Bonn
Im Bereich der Personenschäden sind zur Zeit die Medizinischschäden eines der größten, wahrscheinlich sogar das größte Schadensgebiete in der Bundesrepublik Deutschland. Diese These stellte anlässlich einer Tagung zum Thema „Ärztliche Schlichtungsstellen im Brennpunkt“ in der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach der Kölner Rechtsanwalt Georg Meinecke auf. Er war 1974 Mitbegründer des ersten „Deutschen Patientenschutzbundes“ und erklärt heute, daß 60 Prozent aller Beschwerden wegen ärztlicher Behandlungsfehler begründet seien.

Die „Gutachterkommission für ärztliche Behandlungsfehler bei der Ärztekammer Nordrhein“ in Düsseldorf hat hingegen in den letzten Jahren nur in 17 Prozent der sachlich geprüften Beschwerdefälle Behandlungsfehler festgestellt, die vergleichbare Stellen in Hannover für Niedersachsen im gleichen Zeitraum 32 Prozent und in München für Bayern 37 Prozent.

Anlaß für die Gummersbacher Tagung war die Tatsache, daß die große

Zahl gerichtlich einschlägiger Verfahren und ihre oft übermäßige Dauer (jeweils fünf bis 15 Jahre) dazu geführt haben, daß zunehmend Alternativen zur Justiz diskutiert werden. Praktische Erfahrungen, die im Bereich ärztlicher Schlichtungs- und Gutachterstellen mit solchen Alternativen zur Justiz gemacht wurden, sollten mit den Betroffenen und ihren Vertretern diskutiert werden.

Aus der Sicht der Erfahrungen eines Patientenanwalts meinte Rechtsanwalt Meinecke, abzurufen sei in aller Regel von der Erstattung einer Strafanzeige gegen den Arzt und von der Führung eines zivilrechtlichen Schadensersatzprozesses.

Bei der außergerichtlichen Schadensregulierung falle immer wieder auf, daß es Sachverständige für jedes Gebiet gebe – nur nicht zur Klärung der Frage, ob der Schaden eines Patienten auf einen ärztlichen Behandlungsfehler zurückzuführen ist oder nicht. Das sei für den Juristen bemerkenswert, für den Laien „ein schlichter Skandal“, da nach der Schätzung des Professors Jakob von Uexküll heute bereits 50 Prozent aller

Leiden iatrogenen Ursprungs, also von Ärzten verursacht seien.

Aus der Sicht eines „Patientenanwalts“ wandte sich Meinecke dagegen, die Gutachterkommissionen und Schlichtungsstellen bei den Ärztekammern als „Alternative zur Justiz“ vorzustellen. Er begründete diese Haltung mit dem Hinweis darauf, daß der für Arzthaftpflichtsachen zuständige Senat beim Bundesgerichtshof schon seit Jahren in seinen Urteilen in solchen Prozessen dargelegt habe, daß gerade medizinische Gutachter im Kunstfehlerprozeß unterschwellige Standesolidarität üben, sich den Grundsätzen ärztlicher Kollegialität anpassen und damit nicht dem mutmaßlich durch Behandlungsfehler geschädigten Patienten nützen.

Zum Beweis dafür zitierte Meinecke unter anderem ein Bundesgerichtsurteil vom 14. März 1978, in dem es heißt: „Beim Lesen und Würdigen von Sachverständigengutachten muß das Gericht davon ausgehen, daß ärztliche Gutachter eine Abneigung gegen vermeintbare Belastung von Mitärzten haben“ (Altkenzeichen VI ZR 213/76 - VersR 1978, 542).

CSU stellt sich voll hinter Zimmermann

PETER SCHMALZ, München

„Wir haben keinen Grund, an Herrn Zimmermanns Zuverlässigkeit und rechtsstaatlichem Vorgehen zu zweifeln“, erklärte der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß gestern nach der Sitzung des CSU-Landesvorstands in München. Die CSU stehe uneingeschränkt hinter Innenminister Friedrich Zimmermann.

Das Parteigremium beriet in Abwesenheit von Zimmermann, der sich wegen anderer Termine entschuldigt hatte. Fragen der Inneren Sicherheit „aufgrund der jüngsten Vorfälle und daraus sich ergebenden Erkenntnisse“, wie Strauß formulierte. In einer Resolution wurde indirekt der frühere FDP-Innenminister Gerhart Baum für die Yorkommisse verantwortlich gemacht, indem die CSU von der Bundesregierung forderte, die unter Baum eingeführten Sicherheitsrichtlinien zu revidieren und wieder wirksamer zu gestalten. Sicherheitsüberprüfungen werden auch für das in der Zeit der SPD/FDP-Koalition in Schlüsselämtern und Schlüsselpositionen eingestellte Personal gefordert.

In einer weiteren Resolution wurden das Bedauern über die EG-Beschlüsse zu Südafrika ausgedrückt und die politischen Linien von Strauß nachdrücklich unterstützt. Zugleich werden von der südafrikanischen Regierung durchgeführte Reformen als „richtige Schritte in die richtige Richtung“ bewertet. Die Regierung Botha wird aufgefordert, „unbeirrt und zügig weiterzugehen“. Die CSU erwartet, heißt es in der Resolution weiter, daß die Regierung in Pretoria „die allgemeine Apartheid bis zu ihrer völligen Beseitigung abhaut und neue Überlegungen anstellt, auf welchem Wege die farbigen und schwarzen Bevölkerungsanteile an der politischen Entscheidungsfindung in der Führung des Landes beteiligt werden können“.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wird unterstellt, er beteilige sich an einer „weitverbreiteten Fleuchelei“, indem er und viele europäische Regierungen sich auf die Verteilung Südafrikas konzentrieren und unsägliche Greuelthaten anderswo kaum mehr zur Kenntnis nehmen. Die FDP wurde aufgefordert, ihren „pubertären Stil der politischen Diskussion“ zu beenden.

Die CDU will die Oppositionsbank nicht länger als fünf Jahre drücken

Von ULRICH REITZ

Die Katerstimmung, die sich im Gefolge der erdrutschartigen Wahlniederlage vom 10. März bei den saarländischen Christdemokraten breit gemacht hatte, ist verfliegen. Von der zehnjährigen Oppositionszeit, die damals Pessimisten den Wahlergebnis prophetisiert hatten, will die Partei heute nichts mehr wissen. Der Wahlverlierer, der unter die 40-Prozent-Marke rutschte, richtet inzwischen wieder seinen Blick nach vorn. CDU-Fraktionschef Günther Schwarz nennt es eine „realistische Einschätzung“, daß die CDU die hart Oppositionsbank nicht länger als fünf Jahre drücken wird.

Der CDU-Politiker gründet seinen Optimismus zum einen auf die „erfichternde“ Politik der sozialdemokratischen Landesregierung und zum anderen auf „die Moral unserer Truppe, die wieder in Ordnung ist“. Inzwischen hätten zudem die pragmatischen, eher konservativen Saarländer erkannt, daß Lafontaines Regierung „auch nur mit Wasser kocht“.

Die Lösung der entscheidenden Probleme, wie zum Beispiel den Abbau der Arbeitslosigkeit, habe die Landesregierung noch nicht in Angriff genommen. Gegenwärtig sei es deshalb für die Opposition leicht, den Finger in offene Wunden zu legen: „Die Regierung läßt keine Gelegenheit aus, uns Chancen zum Gegenangriff zu bieten“, kommentiert Schwarz. Auch die Versuche etwa, die Krise bei Arbed zu bewältigen, wirken in den Augen der Union konzeptlos und würden von politischen Rücksichtnahmen auf die im Saarland mächtige IG Metall diktiert.

Ein „Armutszeugnis“ stelle sich die Regierung dadurch aus, daß sie Landespolitik nur als „Pflichtübung“ betrachte, die Kür dagegen auf „schlagzeilentragenden Nebenkriegsschauplätzen“ abhalte. Bestes Anschauungsmaterial dazu, so Schwarz, böten die Aufhebung des Extremistenbeschlusses und die, wie er es nennt, „sicherheitspolitischen Eskapaden“ der Landesregierung.

Hierzu gehört zum einen nicht nur die Entscheidung des Innenministers Friedel Lippke, den Gemeinden die Freiheit einzuräumen, sich zu atomwaffenfreien Zonen zu erklären. Noch weiter geht die Ankündigung von Umweltminister Jo Leinen, der am liebsten das gesamte Saarland als „kernwaffenfrei“ deklarieren möchte.

Dieses Vorhaben, so sieht es die Union, könnte potentielle Investoren fernhalten und so die ohnehin wirtschaftlich angespannte Situation noch weiter verschärfen. Bei der CDU hat man schon eine erste Schlussfolgerung gezogen: Wegen der „großen Aufgeschlossenheit unserer Bürger für sicherheitspolitische Themen“ sollen Verteidigungsfragen auch im Wahlkampf eine Rolle spielen.

Um programmatisches Profil geht es den Christdemokraten auch in der Familienpolitik. Mit einer Initiative im Saarbrücker Landtag will die Oppositionspartei erreichen, daß nach dem Vorbild der „Stiftung Mutter und Kind“ eine landeseigene „Stiftung zum Schutz des Lebens“ eingerichtet wird.

Schwarz macht kein Hehl aus seiner Auffassung, daß eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Rechtmäßigkeit der Abtreibung auf Krankenschein angebracht

nes Teils ihrer Wählerschaft revidieren kann. Denn Ministerpräsident Oskar Lafontaine hat am 10. März – so zeigten es die Analysen – von dem negativen Bundestrend profitieren und einen beträchtlichen Teil von Arbeitnehmersstimmen aus der CDU hinzugewinnen können. Die Freidemokraten konnten auch einen Gutteil der mittelständischen Wähler für sich gewinnen.

Die Mehrheit der CDU bröckelte schon vor 1976 an ab, als die saarländische CDU bei Bundestagswahlen vergleichsweise schlecht abschnitt. Und auch die Kabinettsumbildung im Sommer vergangenen Jahres sorgte nur für kurzzeitigen Aufwind. Aber auch ein Warenausschlag während dieser Zeit war nicht zu übersehen: Bei den Gemeinderatswahlen am 17. Juni 1984 verlor die SPD mit 45,6 Prozent die CDU (42,2 Prozent) auf den zweiten Platz.

Für die Chancen der CDU spricht allerdings nicht nur die Ernüchterung der Saarländer über die Regierungspolitik, sondern auch die Attraktivität ihres voraussichtlichen Spitzenkandidaten Werner Scherer. Es hat nicht den Anschein, als würde sich der im Mai gewählte neue Landesvorsitzende der CDU bereits nach zwei Jahren wieder zurückziehen. Der frühere Kultusminister hat auf dem ersten Landesparteitag nach der Wahl deutlich gemacht, daß er nicht von einer Befristung seiner Amtszeit auf zwei Jahre ausgeht.

Ein Kandidat Scherer würde nicht nur von seiner unbestrittenen Autorität in der CDU profitieren, sondern auch von seinem Ansehen in der saarländischen Bevölkerung und von seiner Erfahrung. Die CDU baut momentan eine junge Mannschaft um den 55jährigen auf. Dazu gehören Schwarz, aber auch der vor kurzem zum neuen Vorsitzenden der Jungen Union gewählte Peter Müller und sein Vorgänger und neuer stellvertretender Landesvorsitzender Peter Jacoby.

Die Christdemokraten machen sich allerdings keine Illusionen darüber, daß die Aussichten, einen Machtwechsel ohne die FDP zu schaffen, gering sind. „Die FDP ist unser natürlicher Koalitionspartner“, hatte schon der scheidende Ministerpräsident Werner Zeyer im Mai erklärt. Eine Einschätzung, die Schwarz und Scherer teilen.



gewesen wäre. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel hatte auf den Gang nach Karlsruhe verzichtet. Schwarz hält es für nötig, von der „Fixierung auf rein emanzipatorisches Denken wegzukommen“.

Bei dem emotionsgeladenen Thema Gesamtschule stellt Schwarz eine falsche Weichenstellung durch Kultusminister Diether Breitenbach fest: „Es gibt keinen Anlaß, von dem geduldeten Schulwesen Abschied zu nehmen.“ Der CDU-Politiker plädiert mit Blick auf die sinkenden Schülerzahlen für eine Verlagerung der Bildungspolitik auf den Schwerpunkt der Qualifikation Jugendlicher, um ihre Berufschancen zu verbessern.

Die Rückkehr zur Macht wird sich, darüber kann auch der Optimismus nicht hinwegtäuschen, für die CDU schwierig gestalten. Die Fehler der Vergangenheit müssen erst verdrückt werden: „Eine Partei, die so lange in der politischen Verantwortung stand, unterliegt auch der Gefahr der Erstarrung“, lautet die nüchterne Einschätzung.

Entscheidend wird letztlich sein, ob die CDU die Neuorientierung ei-

Neuer Mann mit alten Forderungen

Bremens Senatspräsident Wedemeier beklagt unzureichende Bonner Finanzhilfe

W. WESSENDORF, Bremen

„Ohne den Bund können die bremischen Probleme nicht gelöst werden“, sagte der neue Präsident des Bremer Senats, Klaus Wedemeier (SPD), bei seiner ersten Erklärung im Amt. „Bremen hat seine wirtschaftlichen Probleme nicht selbst verursacht und kann deshalb die Hilfe des Bundes beanspruchen, der bei tiefgreifenden Strukturkrisen zur Unterstützung verpflichtet ist.“

Die Finanzhilfe von jährlich rund 100 Millionen Mark an Bundesergänzungszuweisungen, die nur für rund zwei Jahre festgeschrieben worden seien, reiche zur Bewältigung der tiefgreifenden Probleme des Landes bei weitem nicht aus. Deshalb fordere Bremen einen erhöhten Ausgleich für Hafencosten. Der jetzige Abgeltungsbetrag für die besonderen bremischen Hafencosten betrage lediglich 25 Millionen Mark jährlich. Eine Anpassung habe seit 1969 nicht stattgefunden.

Der damalige Betrag sollte die laufenden Unterhaltungskosten und zwei Drittel der Investitionen für die Häfen abdecken. Wenn man heute diese durchaus sinnvolle Rechnung heranziehe, müsse unter Einbeziehung der hohen Hafeninvestitionen Bremens und der seitdem realisierten Baupreissteigerung ein Betrag von 130 Millionen Mark erstattet werden.

Darüber hinaus wirke sich im geltenden System des Länderfinanzausgleichs die Umlandwanderung für das Land Bremen aus. Deshalb reiche der dem Zweistädtestaat zugestandene Bonus aus dem Jahre 1970 in der Form der sogenannten Einwohnerwertung oder -veredelung (130 statt 100 Prozent) schon lange nicht mehr aus. Wedemeier stellt sich vor, daß die Einwohnerwertung künftig mindestens 145 betragen müsse.

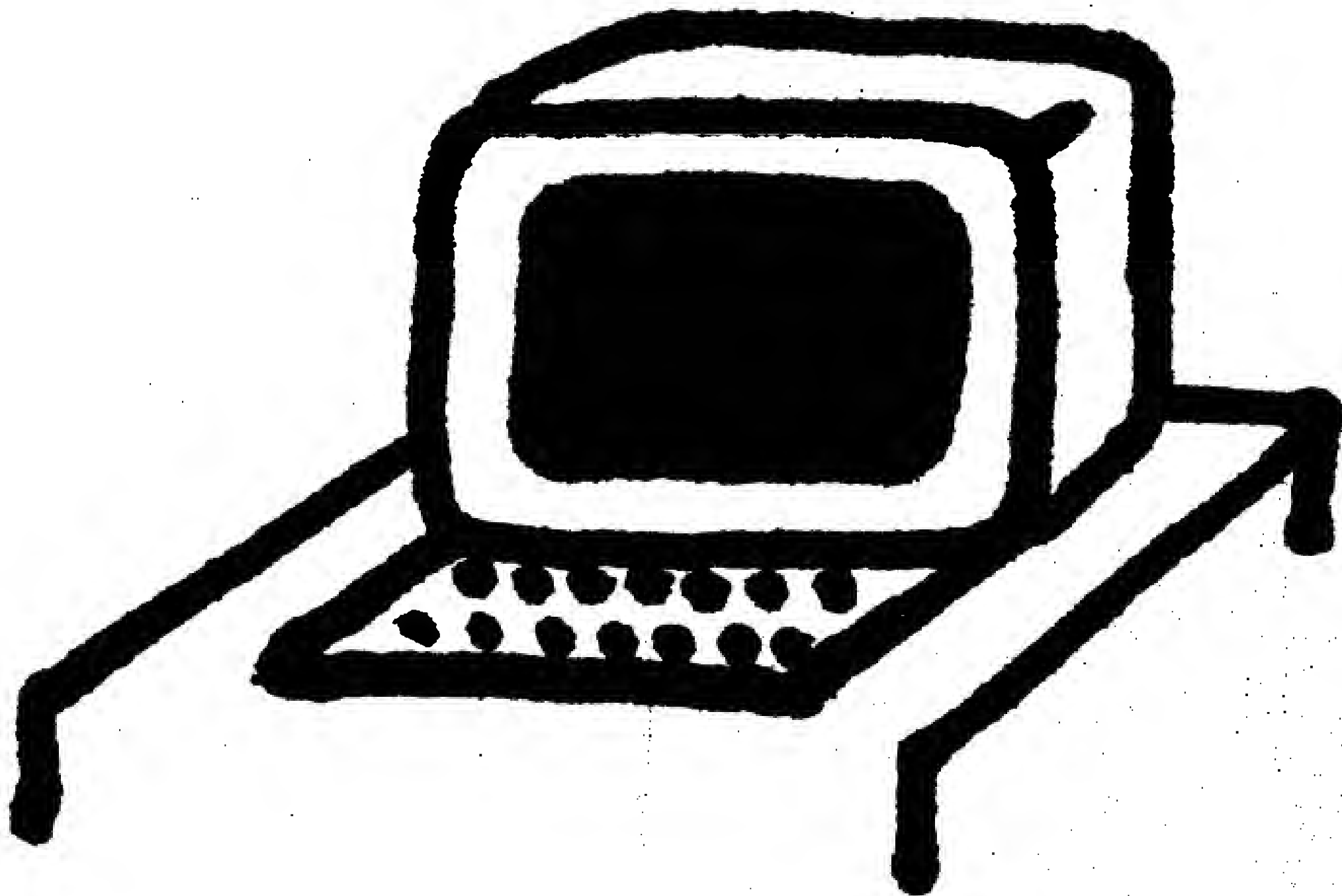
Der 41jährige Regierungschef des Bremer SPD-Senats warf der Bundesregierung vor, daß sie die Kosten der Arbeitslosigkeit auf die davon be-

sonders betroffenen Bundesländer wie Bremen abwälzt. Im kleinsten Bundesland erreicht die Arbeitslosenquote inzwischen fast 15 Prozent. 1975, erklärte Wedemeier, hätten rund 60 Prozent der Arbeitslosen von der Bundesanstalt für Arbeit Arbeitslosengeld erhalten. 1984 seien es aber nur noch 38 Prozent gewesen.

„Um die schweren Probleme des Landes Bremen lösen zu können“, so Wedemeier, „fordere ich die Mobilisierung aller Kräfte des Zweistädtestaates.“ Er wolle sich „persönlich für eine Zusammenfassung der regional relevanten Kräfte einsetzen“.

Der Senatspräsident betonte zudem, daß Arbeitsplätze über Privatinvestitionen geschaffen würden, die es künftig verstärkt anzukurbeln gelte. Die private Wirtschaft bleibe für die Beschäftigung verantwortlich. Dies ergebe sich schon daraus, daß weit mehr als 80 Prozent aller Arbeitsplätze im Lande privatwirtschaftlich orientiert seien.

Sind Computer ungebildet?



Wenn der Computer bei Ihnen abgeliefert wird, kann er nicht einmal bis drei zählen. Erst das entsprechende Datenmaterial und das Programm machen ihn zum „Genie“. Er kalkuliert und kombiniert, optimiert und organisiert, berechnet und bestellt. Aber mit diesen Aufgaben ist so ein Computer längst nicht ausgelastet. Im Gegenteil, er langweilt sich. Was ihm fehlt, sind Verbindungen zu anderen Computern und Datenbanken. Die Datendienste der Post erweitern seinen Horizont. Sie entscheiden nur noch, welche Art der Datenübertragung für Ihr Unternehmen am besten ist. Soll Ihr Computer immer mit ein und demselben Kollegen bei ein und derselben Firma arbeiten? Braucht er nationale oder weltweite Kontakte? Wie schnell und wie viele Daten werden aus-

getauscht? Tut's der Einfachanschluß oder ist ein Mehrfachanschluß erforderlich? Für all diese individuellen Anforderungen und zusätzlich noch einige technische Übertragungsrassinessen gibt es jeweils eine optimale Variante. Man unterscheidet zwischen dem DATEX-P-Netz, dem DATEX-L-Netz, dem Direktnetz und dem Fernsprechnetz. Ganz gleich, wie Sie sich entscheiden, eines ist sicher: Erst mit den Datendiensten der Post können Sie Ihren Computer so richtig ausnutzen. Ausführliche Informationen und eine maßgeschneiderte Beratung bekommen Sie vom Technischen Vertriebsberater oder dem Datennetzkoordinator bei Ihrem Fernmeldeamt. Nutzen Sie Ihren Computer aus. Mit den Datendiensten der Post. Post

هنا من الأصول

Wir stehen früh auf, damit Sie rechtzeitig ins Geschäft kommen.



Noch bevor der Tag beginnt, hat bei Lufthansa bereits die Arbeit begonnen. Das hat einen einfachen Grund: Ein Großteil der Geschäftsreisenden möchte

möglichst früh am Morgen fliegen. Um noch einen ganzen Arbeitstag vor sich zu haben. Und um abends zurück zu sein. Deshalb ist der Lufthansa-Flug-

plan so aufgebaut, daß Sie alle Ziele in Deutschland und sogar viele in Europa bereits morgens erreichen können. Aber auch wenn etwas später für

Sie immer noch früh genug ist, bietet Ihnen Lufthansa genügend Möglichkeiten: Zu den wichtigsten Zielen in Deutschland fliegt Lufthansa nahezu im Stundentakt.

 **Lufthansa**

Wer seiner Zeit voraus ist, macht sie zu Geld!

Die HYPO-Idee, wie man's von
klein auf zu was bringt.


Wer heute schon an morgen
denkt, nutzt seine Zeit und setzt sie
so ein, daß gesundes Wachstum aus
ihr spriest.

Wir von der HYPO haben den Bo-
den schon vorbereitet für Sie, haben
die Anlage-Ideen, die Jahr für Jahr
ihre Früchte tragen und dabei
ordentlich etwas für Sie abwerfen.

Da wäre, neben vielen anderen
Möglichkeiten, z. B. der HYPO-
Sparplan mit Doppelbonus und
zusätzlichem Versicherungsschutz.
Sparbriefe mit verschiedenen Lauf-
zeiten, Aktien, Pfandbriefe, Invest-
ment-Papiere.

Sprechen Sie doch ganz einfach
einmal mit uns.

Wir lassen uns etwas für Sie ein-
fallen.


Bayerische Hypothek- und Wechsel-Bank
Aktiengesellschaft

Die HYPO. Eine Bank - ein Wort.

Monika Krömer
HYPO BANK

Das Licht
deutschen
computer

Ge
rund
a
M

Der Markt

MARKT
SEITEN NACHSCH

„Grünes Licht“ für deutschen Supercomputer

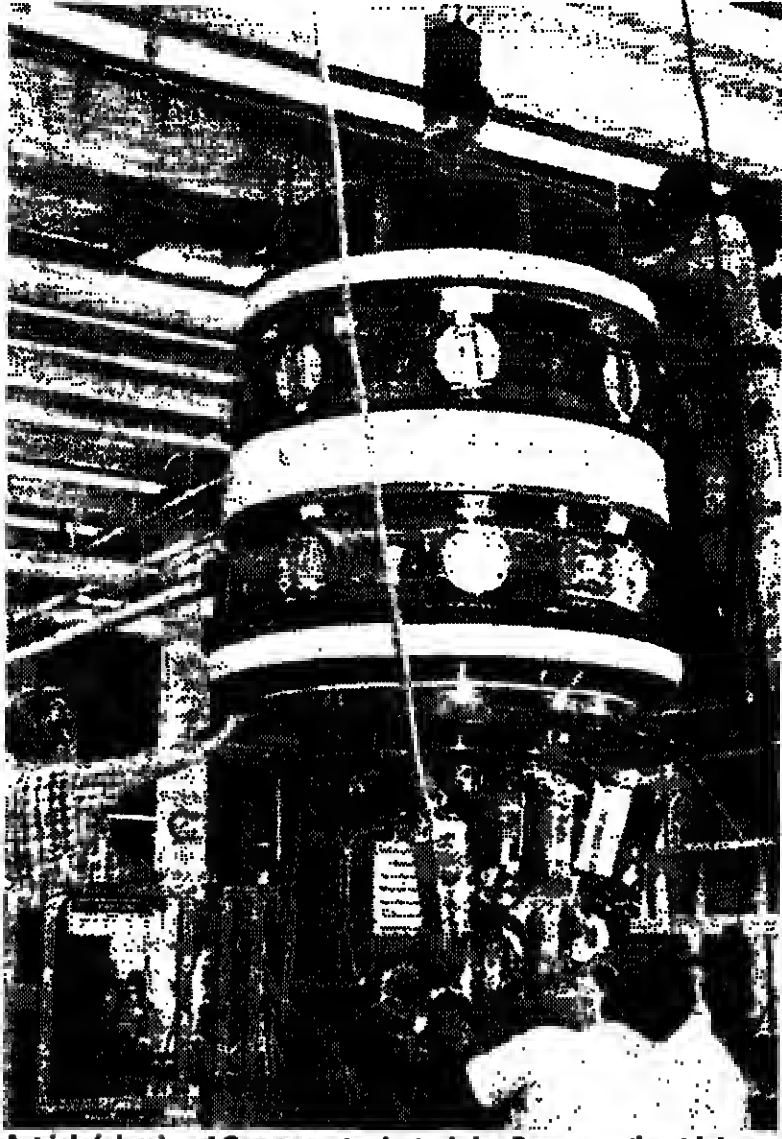
DIETER THIERRACH, Bremen
Seit Jahren wird die Entwicklung neuartiger Strukturen für Hochleistungsrechner vorangetrieben. Denn die benötigten Kapazitäten zur Lösung von naturwissenschaftlich-technischen Problemstellungen liegen oftmals weit über denen der heute verfügbaren Rechner. In diesem Zusammenhang ist das vom Bundesforschungsministerium geförderte nationale Verbundprojekt „Supernum“ zu sehen. Der Name leitet sich von seiner Aufgabe ab: „Super-Rechner für numerische Anwendungen“.

Mit veranschlagten 100 Millionen Mark soll der Computer unter Federführung der Bremer Krupp Atlas Elektronik (54 Prozent) entstehen. Am Projekt beteiligt sind zu 28 Prozent die Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung (GMD) in St. Augustin und zu 18 Prozent die Firma Stollmann (Hamburg), sowie mehrere deutsche Universitätsinstitute.

Für Karl Friedrich Triebold, den Vorsitzenden der Krupp-Atlas Geschäftsführung, ist aufgrund der bisherigen Konzeptstudien erkennbar, daß „mit den vorhandenen Daten die Leistungen amerikanischer und japanischer Superrechner erreicht werden können.“ Ein Prototyp soll bis Ende 1988 in Betrieb gehen.

Die Simulation, Analyse und Optimierung komplexer realer Vorgänge gewinnt heute angesichts der außerordentlich stark gestiegenen Anforderungen der Technik einerseits und den ständig wachsenden Kosten experimenteller Forschung andererseits zunehmend an Bedeutung. Dies gilt für nahezu alle Bereiche zukunftsorientierter Forschung.

Einige der vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten numerischer Simulation von hochkomplexierten Vorgängen in Naturwissenschaft und Technik sind Meteorologie und Klimaforschung. Ebenso dazu zählen die Konstruktion neuartiger Tragflächenprofile und ganzer Flugzeugkörper mit dem Ziel der Energieeinsparung. Aber auch bei der Optimierung von Fördertechniken für Erdöl und Erdgas zur besseren Ausbeute der immer knapper werdenden Lagerstätten kommen diese Rechner zum Einsatz.



Antrieb (oben) und Gasgenerator (unten) des Demonstrationstriebwerkes werden hier montiert. FOTO: GENERAL ELECTRIC

Sparflug mit der Gasturbine

Neues Triebwerk bringt hohe Treibstoff-Einsparungen

Auf dem Freigelände der werkseigenen Erprobungsanlage in Peebles (Ohio) hat die General Electric Company in Zusammenarbeit mit der amerikanischen Luft- und Raumfahrtbehörde Nasa den ersten Erprobungslauf eines - so ein Firmensprecher - „epochemachenden“ Triebwerkes gefahren.

Die verstellbaren Propeller werden nicht - wie das normalerweise geschieht - von einem Getriebe, sondern von zwei gegenläufigen Turbinen direkt angetrieben. Im Gegensatz zu Propellern heutiger Bauart an Turboprop-Triebwerken sind die Propeller

des neuen Triebwerkes, bei größerer Anzahl, kleiner im Durchmesser. Der neue Antrieb soll 1993 für den Flugverkehr voll einsatzbereit sein. Wichtigster Aspekt: Es wird eine Treibstoffersparnis von 40 bis 60 Prozent gegenüber heutigen Turboprop-Triebwerken erwartet. Obwohl der Antrieb sowohl für zivile als auch für militärische Transportflugzeuge im Unterschallbereich ausgelegt ist, werden wahrscheinlich zunächst zivile Flugzeuge mit 100 bis 180 Sitzplätzen mit ihm ausgerüstet werden. Die Erprobung an einer Boeing 727 ist für Mitte 1986 vorgesehen. D.T.

Das Wort Gift läßt heute jedermann aufhorchen. Das gilt nicht nur für chemische Umweltgifte, sondern auch für Gifte in der Natur, also etwa den in Pflanzen enthaltenen

Stoffen. Dies hat die zuständigen Behörden dazu gebracht, Schulen, Kindergärten und Spielplätze zu durchforsten, um mögliche Gefahrenquellen aufzuspüren

Der Schierling auf dem Schulhof

Von H. de la CHEVALLERIE
Schon die Bezeichnung Giftpflanze stimmt nachdenklich. Gibt es solche Pflanzen überhaupt in unseren Breiten? Sokrates fällt einem ein, der mit einem Schierlingsbecher seinem Leben ein Ende bereitet. Auch in unseren Wäldern wächst das Schierlingskraut, aber auch die Tollkirsche, wie man sich noch aus seiner Schulzeit erinnert. In der Tat, viele unserer heimischen Pflanzen enthalten Giftstoffe. Doch nur wenige gefährden den Menschen, wie z. B. der alkaloidhaltige gefleckte Schierling, der Glykoside enthaltende Fingerhut oder die Atropin enthaltende schwarze Tollkirsche. Wie immer kommt es auf die Dosis an.

selbstverständlich. Die in der Bundesrepublik maßgebende Beratungsstelle für Vergiftungserscheinungen in Berlin-Charlottenburg hält diese Sorgfaltpflicht für übertrieben, zumal kein akuter Anlaß vorliegt.

In der Bundesrepublik gibt es inzwischen mehrere Giftlisten, teilweise auch ministerielle Erlasse, die nicht nur warnen, sondern sogar anordnen, im Bereich von Kinderspielplätzen und auch im öffentlichen Grün vorhandenen Bestand zu entfernen. So wird z. B. als stark giftig die Eibe, der Lebensbaum, der Kirschlorbeer, der rote Traubenholunder, die Schneebere, Liguster- und Robinienarten, aber auch krautige Gartenpflanzen wie Eisenhut, Maiglöckchen, Christrose, Mauerpfeffer oder wildwachsende - Pflanzen wie die Zaunrübe, der Löwenzahn oder die in Wiesen oft zu Tausenden vorkommenden Herbstzeitlosen eingeordnet.

Übertriebene Vorsicht der Aufsichtsbehörden

Die Grenze zwischen Heilpflanze und Giftpflanze ist fließend: Sicher würde niemand auf die Idee verfallen, das Buschwindröschen als Giftpflanze zu bezeichnen, nur weil es Anemonin enthält. Wer würde gar die Kulturpflanzen Tomate, Gartenbohne oder Kartoffel als giftig bezeichnen, weil die Kartoffel im Blattwerk Solanin und Tomatenblätter Alkaloide enthalten?

Aufgrund jahrhundertelanger Erfahrungen kennt der Mensch seine Umwelt und seine Pflanzen. Er lernt sehr schnell, daß die meisten der sogenannten Giftpflanzen bitter sind und nicht schmecken. Nach wie vor gilt die Beherrschung der alten Lebensregel, nur das in der freien Natur zu essen, was man kennt. Dies empfindet sich besonders bei Pilzen.

Doch die Umweltschutzbürokratie hat die potentielle Giftigkeit vieler Pflanzen nicht ruhen lassen. Ungesachtet aller Appelle zur Entbürokratisierung der schon längst nicht mehr überschaubaren Sicherheitsvorschriften, hat man die scheinbare Lücke in den Giftverordnungen geschlossen und Gegenmaßnahmen verordnet, alles zum Schutz der Kinder,

mag als Beispiel dienen. Ein vierjähriges Mädchen aß während eines Aufenthalts in einer Kindertagesstätte die Schoten einer Robinie. Das konsultierte Bremer Krankenhaus bestätigt die grundsätzliche Giftigkeit der Robinie, desgleichen der Botanische Garten. Dem Kind wurde vorsichtshalber ein Brechmittel eingebläut. Der behördliche Gang nahm seinen Lauf, die Kindertagesstätte verlangte vom zuständigen Gartenamt die Entfernung der Robinien.

Das Gartenamt verweigerte nach Abwägung aller Fakten die Fällung, da analog bei konsequenter Befolgung mehrere hundert von Artgenossen bei ähnlich gelagerten Fällen hätten entfernt werden müssen.

Nur zwei Pflanzenarten sind wirklich gefährlich

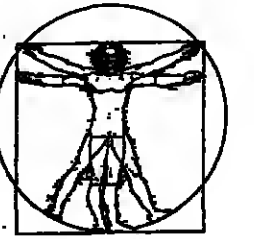
Der Bauausschuß des Deutschen Städtetages folgte den Empfehlungen der Konferenz der Gartenbauamtsleiter, die Giftpflanzenliste zu reduzieren. Im Einverständnis mit der Berliner Beratungsstelle blieben von rund 25 Arten nur noch der Seidelbast (*Daphne mezereum*) und der Goldregen (*Laburnum anagyroides*) übrig. Letztere Art besonders wegen seiner erbsenartigen Schoten, obwohl auch hier keine Todesfälle bekannt geworden sind. Außerdem empfohlen die Stadtgärtner, wegen seiner auffälligen Beeren auch noch das Pfaffenhütchen (*Euonymus europaeus*) und die immergrüne Stechpalme (*Ilex aquifolium*) in der Liste zu belassen.

Aufklären ist hier sinnvoller als verbieten. Gegen die in der freien Natur wachsenden „Giftpflanzen“, es gibt rund 150 Arten, die Giftstoffe enthalten, helfen sowieso keine Verbotslisten. So wächst z. B. die giftige rotbeerrige Zaunrübe weiterhin unbekümmert an Zäunen, auch an Spielplatzzäunen. Eine Vernichtung aller in den Listen genannten „Giftpflanzen“ im öffentlichen Grün wäre ökologisch wie ökonomisch Unsinn.

NOTIZEN

Achtung Wildpilze
Bonn (dpa) - Das Bundesgesundheitsministerium hat empfohlen, daß Erwachsene wöchentlich nicht mehr als 200 bis 250 Gramm Wildpilze verzehren. In seinem „Verbraucherschutz-Report“ wies das Ministerium gestern darauf hin, daß in neueren Untersuchungen bei Speisepilzen teilweise sehr hohe Gehalte an Quecksilber und an Cadmium gefunden wurden. Zu hohe Aufnahmen dieser Schwermetalle durch die Nahrung sei gesundheitlich bedenklich. So könnten beispielsweise Nierenschäden entstehen.

Forschungsfusion
München (IPP) - Eine europäisch-amerikanische Zusammenarbeit im Bereich der Kernfusionsforschung haben die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) und



das amerikanische Energieministerium (DOE) vereinbart. Die Kooperation wurde für die beiden im Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP) in Garching verfolgten Experimentierrichtungen Tokamak und Stellarator beschlossen. Die Verträge sehen den Austausch von Wissenschaftlern, Informationen und Geräten, die Organisation gemeinsamer Untersuchungen sowie die Installation einer Computerverbindung vor.

Compact-Boom
Hannover (DW) - Von den etwa 50 Millionen Compact-Schallplatten, die weltweit in diesem Jahr gefertigt werden, stammt allein die Hälfte aus der Bundesrepublik. Im Polygram-Werk in Hannover wird pro Sekunde eine Compact-Disk hergestellt. Der deutsche Markt nimmt etwa fünf Millionen davon ab, der Rest wird exportiert.

Hier tritt der Geist des Weines in rund 5.200 Gaststätten auch noch nach Mitternacht auf.

Der Markt.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Berlins wird von neuen, starken Impulsen bestimmt. Hier genießen und verbrauchen täglich über 1,9 Millionen Menschen alles, was das Leben schöner macht. Und zwar in 12 Bezirken, jeder selbst so groß wie eine Großstadt. Die Kaufkraft der Berliner ist für ein Ballungsgebiet typisch überdurchschnittlich. In höheren Einkommensbereichen wird mehr verdient als im Bundesdurchschnitt. Der Berliner Markt ist eine feste Größe. Ohne Randgebiet-Irritationen. Ideal für den großen Test. Oder für ein fixiertes Absatzgebiet im Hinblick auf Kosten-Nutzen-Strategien.



Die Medien.

Die Medienausbreitung Berlins ist deckungsgleich mit dem Markt Berlin. Das ist einmalig. Nirgends können Sie kostengünstiger, differenzierter und gezielter auf Ihr Produkt aufmerksam machen, es aktualisieren, es testen. Die vorhandene Medienstruktur ist signifikant vergleichbar mit der des Gesamtmarktes, Werbeergebnisse in Berlin sind deshalb auch auf das übrige Bundesgebiet übertragbar.

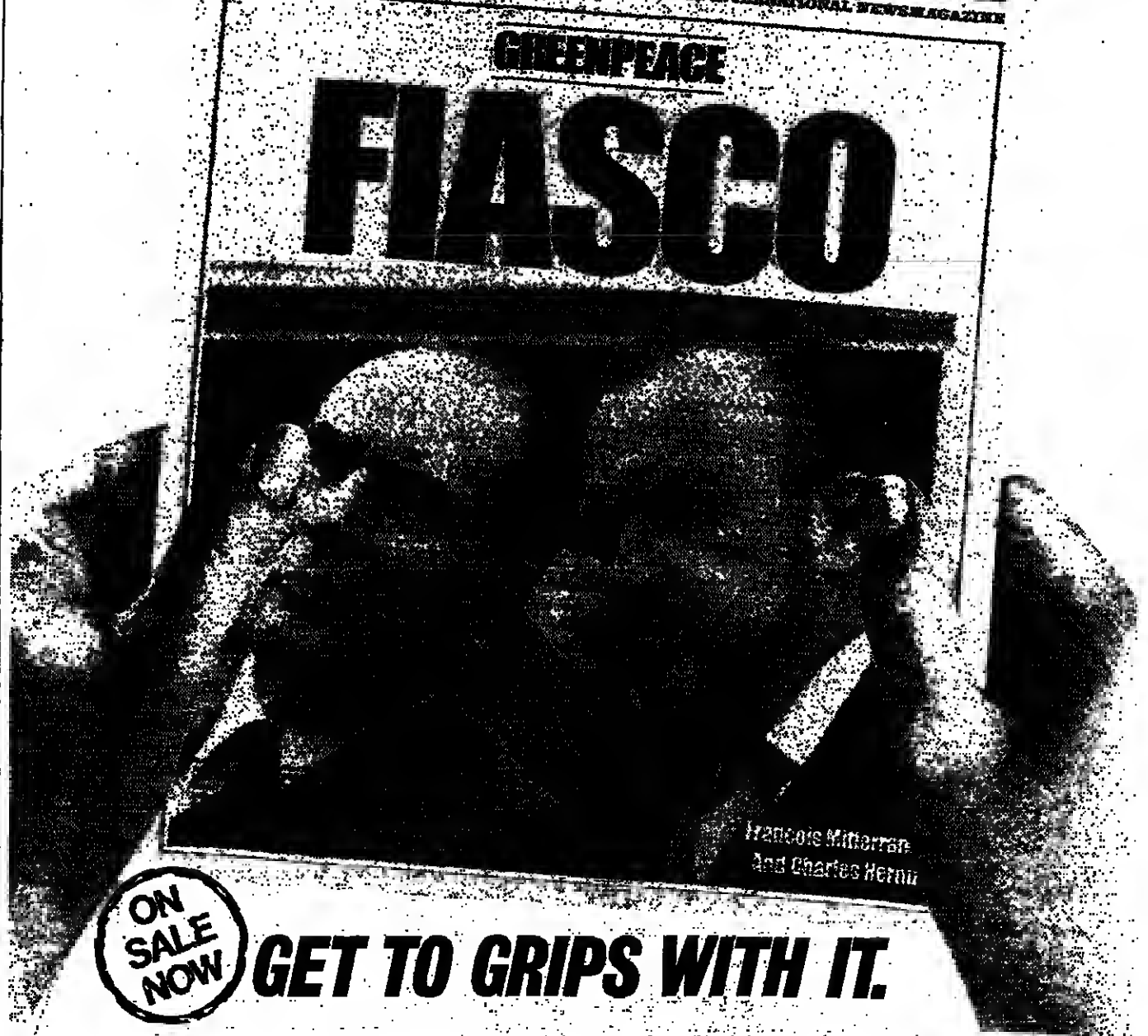
Arbeitsgemeinschaft Markt-Info Berlin, Mitglieder: Berliner Morgenpost, Berliner Wirtschafts-Ank, BIZ, BIZ-Berlin, Volkswirtschaft, VEREINIGTE VERKEHRS-REKLAME - VVR Berlin, Fördernde Mitglieder: Forschungsgesellschaft für den Handel e.V., Industrie- und Handelskammer zu Berlin

MARKT BERLIN. DIE FESTE GRÖSSE.

42 SEITEN NACHSCHLAGBARE ARGUMENTE ABRUFBEREIT: 030/25 91 37 64.

GOING DOWN WITH THE SHIP?

MEXICO'S EARTHQUAKE TRAGEDY
MEXICO'S GREEN SAFER
Newsweek
September 30, 1985
INTERNATIONAL NEWSMAGAZINE



ON SALE NOW

GET TO GRIPS WITH IT.

مركزنا للأخبار

ANDERE AUTOS MIT DIESEN FAHRWERTEN TANKEN SUPER.



DER NEUE LANCIA THEMA TURBO DS



DER NEUE LANCIA PRISMA TURBO DS

Lancia ist ganz gewiß keine Marke, die behäbige Autos baut. Und wenn Lancia nun zwei Fahrzeuge auf den Markt bringt, die Diesel konsumieren, dann hat das einen ganz einfachen Grund: Lancia hat Diesel-Motoren entwickelt, die es von ihren Werten her wert sind, einen Lancia anzutreiben. Diesel-Motoren, deren technische Beschreibung sich liest wie vor kurzem noch die manch hochkarätigen Otto-Motors: Vierzylinder-Motor mit oberliegender Nockenwelle, KKK-Turbolader mit integriertem Waste-Gate und Ladeluftkühlung.

Dieses exemplarische Motoren-Konzept gibt es gleich in zwei Lancia-Klassen: Zum einen im neuen Lancia Thema – hier ist das Basis-Trieb-

werk ein 2,5-Liter-Dieselmotor mit völlig verblüffenden Werten: Höchstleistung 100 PS/74 kW bei 4100 U/min, maximales Drehmoment 22,1 mkp (217 Nm) bei 2300 U/min. Mit einer Höchstgeschwindigkeit von 185 km/h ist der Lancia Thema turbo ds die zur Zeit schnellste Serien-Diesel-Limousine überhaupt.

Zum anderen im Lancia Prisma – dem meistverkauften Lancia aller Zeiten – bei ihm ist die Motor-Basis ebenso ein völlig neukonstruierter 1,9-Liter-Dieselmotor, der seine satten 80 PS/59 kW schon bei 4200 U/min voll zur Wirkung bringt. Sein maximales Drehmoment hat er mit 17,5 mkp (171,7 Nm) bei 2400 U/min. Das sorgt für eine Höchstgeschwindigkeit von 170 km/h und eine

Beschleunigung von 12,9 sek. von 0 auf 100 km/h.

Dazu kommen noch ein paar gute Argumente, die es den Super-Tankern nicht leicht machen: niedriger Verbrauch, optimale Steuervorteile, hohe Lebensdauer, sehr günstige Schadstoffwerte, gute Kraftstoffpreise – es spricht vieles für Diesel, wenn es ein Lancia ist. Lancia, Salzstraße 140, 7100 Heilbronn.

LANCIA



Welch ein Fahr-Zeug!

Herzog: Wir müssen in die Zukunft schauen

Israels Staatspräsident würdigt Weizsäcker-Besuch / Ostblock als „Weltzentrum des Antisemitismus“ kritisiert

E. LAHAV / DW, Jerusalem
Der israelische Staatspräsident Chaim Herzog sieht im bevorstehenden Besuch von Bundespräsident Richard von Weizsäcker „eine tiefe historische Bedeutung, vor allem als Teil eines evolutionären Prozesses“, der sich seit der israelischen Staatsgründung 1948 kontinuierlich entwickelt. Die Deutschen sähen ebenso wie die Israelis, „daß wir in die Zukunft schauen müssen“, auch wenn „der Holocaust ein Bestandteil der deutschen Geschichte ist und es immer bleiben wird“.

Vom 8. bis 11. Oktober wird sich von Weizsäcker als erstes deutsches Staatsoberhaupt in Israel aufhalten. Herzog rückte diesen Besuch ausdrücklich in eine Reihe mit den Aufenhalten Adenauers, Brandts, Schmidts und Kohls. Weizsäcker sei „eine logische Folge“. Das, was sich „hier abspielt, ist nicht etwa ein großes Versöhnungsfest. Nicht so geht das vor sich“. Er glaube auch nicht, sagte Herzog, „daß dies die Erinnerung an die Vergangenheit schwächen wird“. Denn Deutschland werde immer „mit diesem Schandfleck leben müssen. Keiner kann ihn löschen, und keiner versucht es auch nur. Aber ebenso haben wir alle die Verpflichtung, in der Gegenwart zu leben und für die Zukunft zu arbeiten“. Der israelische Staatspräsident drückte die Hoffnung aus, daß „all dies im Verlaufe des Staatsbesuchs zum Ausdruck kommen“ werde.

Richard von Weizsäcker habe mit seiner Rede vor dem Bundestag zum 8. Mai „vorgezeigt, wie das Problem anzupacken ist. Er tat dies in einer hervorragenden Rede“, die „vielleicht die wichtigste Rede“ gewesen sei, „die je über dieses Thema gehalten wurde und vom Bundestag und vom deutschen Volk als solche aufgenommen“ worden sei. Der Bundespräsident habe mit seinen Worten

zum 40. Jahrestag des Kriegsendes „einen außerordentlich großen Dienst – vor allem seinem eigenen Volk – erwiesen. Er stürzte sich unerschrocken in dieses schwierige Thema und sagte, was gesagt werden mußte“. Herzog: „Diese Rede mag mehr als alles andere zum Ausbau der künftigen Beziehungen zwischen unseren Völkern beigetragen haben.“

Bei aller Würdigung der positiven Entwicklung in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel äußerte der Staatspräsident aber auch deutliche Kritik an der EG ebenso wie an der „DDR“ und den übrigen Ostblockstaaten: Die Europäische Gemeinschaft sei zwar „Israels wichtigster Exportabnehmer und wir haben ein ausgesprochenes Interesse an der Verbesserung unserer Beziehungen mit der EG“, aber die Gemeinschaft habe „kein großes Verständnis für die Nahost-Probleme“. Es sei ein „Problem“, daß die Bundesrepublik „Teil der EG ist“. Mit ausdrücklichem Bezug auf die Nahost-Erklärung der Gemeinschaft von Venedig sprach Herzog von einem „Feigenblatt, um die Abwesenheit von Politik zu verschleiern. Ich kann mir kaum eine Rolle der EG zur Lösung der Nahost-Probleme vorstellen.“ Er sei davon überzeugt, daß Bonn, „wenn es unabhängig wäre, eine klare andere Haltung“ zu den Friedensbemühungen im Nahen Osten einnehmen hätte.

Er würdigte in diesem Zusammenhang auch die Rolle Bonn bei den handelspolitischen Beziehungen zwischen EG und Israel: „Die Bundesrepublik gehört zu den sehr hilfreichen Ländern für Israel; zum Beispiel ist sie es bei den für uns sehr wichtigen Exportproblemen angesichts der EG-Erweiterung um Spanien und Portugal.“

Die Regierung der „DDR“ hingegen sei in der typisch „deutschen

Gründlichkeit“ ein „sowjetischer Trabant und folgt den sowjetischen Fußstapfen“. Herzog: „Das Weltzentrum des Antisemitismus liegt heute noch im Ostblock. Ich fürchte, daß die DDR in dieser Hinsicht seit der Nazizeit nichts gelernt hat.“ Der israelische Präsident nahm hiervon die Bevölkerung in der „DDR“ aus: „Wäre die Bevölkerung frei, so würde sie dem Vorbild der Bundesrepublik folgen. Aber sie ist unfrei. Die Bewohner der DDR können nicht ihre Meinungen aussprechen, weil sie keine Demokratie haben. Daher können wir kein Urteil über sie fällen, nur über das dortige Regime.“

Staatspräsident Herzog bezeichnete für sein eigenes Land die Demokratie als „unser Lebenselixir. Ich glaube, daß wir nur so in dieser Region überhaupt existieren können. Jede Gesellschaft wird durch die Demokratie gestärkt“. Und er unterstrich die Bedeutung der amerikanischen Unterstützung für die Lebensfähigkeit des Staates Israel: „Wir sind Freunde und Bundesgenossen der USA. Die von allen Seiten anerkannt einzige internationale Macht, die einen wesentlichen Beitrag für den Frieden leistet, sind die USA.“ Was Washington in Israel „investiert“, sei aber zugleich auch „eine Anlage in die Stärkung einer demokratischen Bastion im Nahen Osten. Die USA erkennen und würdigen dies. Das schmälert aber keineswegs unsere Unabhängigkeit, ebenso wie die Bundesrepublik ihre eigene Politik führt, ohne daß dies mit ihrer Mitgliedschaft im Verteidigungssystem der demokratischen Welt in Konflikt geriete.“

Am Friedenswillen Jerusalems dürfe es keinen Zweifel geben. Auch er, erinnerte Herzog, habe „in den Reihen der israelischen Armee gekämpft und später ägyptischen Offizieren die Hand gereicht. Ich würde mich sehr gerne mit jordanischen

oder syrischen Offizieren treffen. Ich bin sicher, daß sich jeder israelische Soldat glücklich wägen würde, wenn er sich mit arabischen Kämpfern treffen könnte, denen er einst auf dem Schlachtfeld gegenüber gestanden hat“.

Der israelische Staatsmann verglich dies mit der Entwicklung, die die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und England nach dem Zweiten Weltkrieg genommen haben. Israel sei „bereit zu Verhandlungen“ mit seinen Nachbarn. „Die Israelis wollen nichts mehr als den Frieden“, aber – so schränkte Herzog ein – „in den letzten Jahren ist Ernüchterung eingeleuchtet über die echten Friedensmöglichkeiten. Israel hat oft seine Bereitschaft zu Frieden demonstriert. Der einzige, der Israel wirklich testete, war Präsident Sadat.“ Fortschritte könne es nur geben, wenn die Israelis überzeugt sein könnten, „daß es um einen echten Frieden geht. Nur dann werden sie einer Regierung zu Verhandlungen folgen“.

Insgesamt kennzeichnete er die gegenwärtige Situation im Nahen Osten mit den Worten: „Ich habe das Gefühl, wir haben uns entfernt vom Krieg. Es gibt ein Gleichgewicht des Schreckens angesichts der hochmodernen Waffen auf beiden Seiten. Obwohl ich besorgt bin über die Lieferung von Waffen aus dem Westen an die arabischen Länder, habe ich das Gefühl, daß wir dazu tendieren, uns von der Gefahr eines Krieges hinwegzubewegen.“ Es gebe eigentlich zur Zeit nur einen Nachbarn Israels, der „sich wirklich auf einen Krieg vorbereitet, und das ist Syrien – mit der aktiven Hilfe der Sowjetunion. Syrien hat heute eine der größten Armeen der Welt und besitzt mehr als die Hälfte der Zahl aller NATO-Panzer in Europa.“ (SAD)

War Fabius am Tag nach dem Anschlag informiert?

Premier weist Bericht von „Europe-1“ als Lüge zurück

V. K. DW, Paris

Der französische Premierminister Laurent Fabius soll entgegen seinen bisherigen Angaben bereits einen Tag nach dem Anschlag auf das Greenpeace-Schiff „Rainbow Warrior“ im neuseeländischen Hafen Auckland in allen Einzelheiten über das Attentat informiert worden sein. Mit dieser Behauptung hat der französische Rundfunksender „Europe-1“ gestern die Serie der Presse-Eröffnungen über die Versenkung des Schiffes, bei der ein Mensch ums Leben kam, fortgesetzt. Der Sender berief sich auf gut unterrichtete, dem Verteidigungsministerium nahestehende Quellen. In der Umgebung des Regierungschefs wurde der Bericht von „Europe-1“ noch am selben Tag als „Lügen-gespinnst“ zurückgewiesen. Trotz dieser Stellungnahme blieb der Sender im Laufe des Montags bei seinen Behauptungen. Unter Berufung auf sehr zuverlässige Quellen im Verteidigungsministerium fügte der Sender später noch hinzu, der eigentliche Befehl für den Anschlag sei nicht von einem Militär gekommen.

Fabius soll, so die Rundfunkmeldungen, nach seiner Untersuchung über den Anschlag erklärt haben: Das „kann man nicht eingestehen“. Der inzwischen wegen der Affäre abgesetzte Chef des militärischen Geheimdienstes DGSE, Admiral Pierre Lacoste, soll dem inzwischen zurückgetretenen Verteidigungsminister Charles Hernu und Fabius selbst eine „Verhandlungslösung“ mit Neuseeland vorgeschlagen haben. Dies soll Fabius jedoch abgelehnt haben, da man notfalls andere „Verteidigungsmöglichkeiten“ finden werde.

Nachdem Fabius am Sonntag abend erstmals zugegeben hatte, daß DGSE-Agenten die „Rainbow Warrior“ versenkt und dabei auf höheren Befehl gehandelt haben, will die neuseeländische Regierung nun von Frankreich Schadenersatz in Millionenhöhe fordern. Wie Premierminister David Lange gestern in Wellington erklärte, soll das Geld sowohl für Neuseeland als auch für die Umweltschutzorganisation Greenpeace bestimmt sein. Lange bezeichnete den Anschlag als einen „schmutzigen Akt von Staatsterrorismus“. Er wandte sich gegen den Vorschlag von Fabius,

die Vollstrecker des Auftrags nicht zur Verantwortung zu ziehen, da sie nur Befehle ausgeführt hätten. Eine solche Vorstellung sei „eine komplette Absurdität“. Lange unterstrich, daß man immer noch nicht wisse, wer eigentlich den Anschlag befohlen habe und „auf welcher politischen Ebene“ der eigentliche Ursprung des Attentats liege.

Die Tatsache, daß Fabius keinerlei Angaben über die eigentlichen Befehlsgeber gemacht hat, beschäftigte gestern die gesamte französische Presse. Fabius gestand ein, daß die Tatbeteiligung der DGSE-Agenten dem mit einer Untersuchung des Falles betrauten unabhängigen Politiker Bernard Tricot verschwiegen worden war. Tricot, der sich gestern selbst als „betrogen“ bezeichnete, hatte im Anstand die DGSE und die Regierung von jeder Schuld an dem Anschlag freigesprochen.

Als einer der Gründe für die Elle, mit der Fabius die Tatbeteiligung französischer Geheimdienstagenten eingestand, gilt in Paris die Haltung der seit dem 12. Juli in Neuseeland in Untersuchungshaft sitzenden Dominique Prieur, die als Hauptmann im DGSE einem der beiden ersten Sabotagetrupps angehörte. Sie soll vor den neuseeländischen Behörden damit gedroht haben, sie werde „auspacken“, falls man nicht ihre Freilassung betriebe. Um einer noch größeren Peinlichkeit zu entgehen, habe Fabius das Manöver der jungen Frau, Mutter eines Kleinkindes, durch ein voreiliges Geständnis vereitelt.

Es ist auch nicht auszuschließen, daß die Armee nach der Bloßstellung ihrer Kameraden vom Geheimdienst und dem Rücktritt des beliebtesten Ministers Hernu jetzt von den politischen Verantwortlichen die totale Aufdeckung des Falles verlangt. Fabius machte keinen Hehl aus seiner Absicht, die Wahrheit, so „grausam“ sie sei, „vollkommen und klar darzulegen“. Vielleicht soll die Parlamentarische Untersuchungskommission, die Fabius ankündigte und die, bisher nur von den Kommunisten verlangt, schon beim Zusammentreten des Parlaments am 2. Oktober gebildet werden soll, mehr Licht in die Angelegenheit bringen.

Reagan will amerikanischen Export fördern

Leitlinien zur amerikanischen Handelspolitik bekannt gegeben, die nach den Worten von Larry Speakes, dem Sprecher des Weißen Hauses, der Förderung von US-Exporten und der Sicherung eines internationalen fairen Handels dienen sollen. Starke Strömungen drängen derzeit im Kongreß auf protektionistische Maßnahmen, die das Ungleichgewicht im Außenhandel abbauen und den Verlust von Arbeitsplätzen an die ausländische Konkurrenz verhindern sollen. In Regierungskreisen war zuvor bereits von der Schaffung einer „Kriegskasse“ gesprochen worden. Sie soll zur Bekämpfung subventionierter Importe beitragen. Reagan hat andererseits vor händem Protektionismus gewarnt.

US-Präsident Reagan hat gestern Leitlinien zur amerikanischen Handelspolitik bekannt gegeben, die nach den Worten von Larry Speakes, dem Sprecher des Weißen Hauses, der Förderung von US-Exporten und der Sicherung eines internationalen fairen Handels dienen sollen. Starke Strömungen drängen derzeit im Kongreß auf protektionistische Maßnahmen, die das Ungleichgewicht im Außenhandel abbauen und den Verlust von Arbeitsplätzen an die ausländische Konkurrenz verhindern sollen. In Regierungskreisen war zuvor bereits von der Schaffung einer „Kriegskasse“ gesprochen worden. Sie soll zur Bekämpfung subventionierter Importe beitragen. Reagan hat andererseits vor händem Protektionismus gewarnt.

Rekordhöhe der FDP-Verschuldung

Die Verschuldung der Freien Demokraten hat eine neue Rekordhöhe erreicht. Gegenwärtig steht die FDP vor einem Defizit von acht Millionen Mark. Angesichts dieser „kritischen Lage“ ist Schatzmeister Irmgard Adam-Schwaezer gestern, eine Woche vor der gesetzlich vorgeschriebenen Offenlegung des Finanzberichts, in die Offensive gegangen. Sie ließ sich von der FDP-Spitze ein Sanierungskonzept genehmigen. Damit will Frau Adam-Schwaezer nach Zustimmung durch „die Geldgeber“ anstreben, daß die Kasse bis 1989 wieder ausgeglichen ist.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist nach den Worten der Schatzmeisterin in den nächsten Jahren „eine ungläubliche Finanzdisziplin“ erforderlich. So müßten weitere Einsparungen bei den Sach- und Programmkosten vorgenommen werden. Außerdem soll versucht werden, das durch die öffentliche Diskussion entstandene Spendendefizit zu überwinden. Trotz dieses Negativbildes sieht Irmgard Adam-Schwaezer mit gewisser Zuversicht in die Zukunft. Bereits im Haushalt 1985 seien aufgrund des strikten Sparkurses erste Erfolge sichtbar. Die FDP werde das Jahr mit einem Überschuß abschließen.

Nach der Sitzung der Parteitagskommission kündigte FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann an, die Freien Demokraten wollten beim Bundestagswahlkampf drei „Hauptthesen“ setzen: die Wirtschaft, Mittelstands- und Steuerpolitik. Außerdem werde man sich „sehr geschlossenen“ als „Partei von Personen und Programmen“ präsentieren. Hier gebe es bei der SPD eine „Kluft“.

Vogt kandidiert nicht

Worms und Pützhofen kämpfen um Vorsitz der CDU-Rheinland

WILM HERLYN, Bonn

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium, Wolfgang Vogt, hat überraschend seine Kandidatur für das Amt des rheinischen CDU-Landesvorsitzenden zurückgezogen. Dieser Verzicht wurde in der CDU-Rheinland fast einhellig begrüßt: Nun sei die Befürchtung ausgeräumt, daß sich die Partei in selbstzerstörerischer Personaldiskussion aufreibe. Auf dem Parteitag am 18. Oktober in Düsseldorf wird es damit zu einem Zweikampf zwischen Amtsinhaber Bernhard Worms und dem Krefelder Oberbürgermeister Dieter Pützhofen kommen.

Die Begründung, die Vogt – Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse im Rheinland – gestern offiziell für seine Entscheidung gab, stieß sofort auf Erstaunen und Kritik. Vogt sprach davon, daß seine an die Kandidatur geknüpften Erwartungen einer inhaltlichen Strukturdiskussion nicht erfüllt worden seien. Er habe sich nun nach Absprache mit der Führungsspitze der rheinischen Sozialausschüsse zum Verzicht entschlossen. In der Partei wurde dies mit dem Hinweis kommentiert, daß Vogt schließlich schon seit Jahren Mitglied des Landesvorstandes sei und damit genügend Gelegenheit gehabt habe, eine Strukturdiskussion in Gang zu setzen oder geistige Anstöße zu geben.

In den vergangenen Wochen hatte sich Vogt mit der Forderung zu Worte gemeldet, intensiv darüber zu reden, wie man politische Inhalte zukünftig

so gestaltet, „daß die CDU wieder die Herzen der Bürger erreicht“. Nachdem er ursprünglich einen taktisch begründeten, inhaltlichen Widerstand gegen die Fusionspläne der CDU in Nordrhein-Westfalen geleistet hatte, war er zwar inzwischen auch zum offiziellen Befürworter geworden, hatte aber kritisiert, daß sich das Interesse mehr auf Kandidaten für den Vorsitz als auf die inhaltlichen Fragen konzentrierte. Der „Brückenschlag zwischen Partei und Bürgern“ sei „thematisch verschüttet“ worden.

Auch der Landesvorstand der CDA ist inzwischen von Vogt deutlich abgerückt: In einer Erklärung zu seinem Verzicht heißt es lapidar, das Gremium habe Vogt die Entscheidung überlassen, ob er für die Position kandidiere. Anfang September hatte es hingegen noch geheißen, der CDA-Vorstand habe seinen Vorsitzenden aufgefordert, gegen Worms und Pützhofen anzutreten. Vor vier Tagen beharrte Vogt noch darauf, daß er zu seiner Kandidatur stehe, „auch wenn interessierte Kreise schon im Vorfeld des Landesparteitages versuchen“, diese abzuqualifizieren.

Vogt hätte sich auf ein gutes Drittel der Parteitagdelegierten, die zum „harten Kern“ der CDA gehören, stützen können, etwa 130 Stimmen. Dieter Pützhofen, Mitglied der CDA, wird diese Stimmen nicht vollständig auf seinem Konto verbuchen können: Ein Teil der Sozialausschüßler hat ihm bereits vorgeworfen, er habe „vergessen, wo er herkommt“.

Gewaltdelikte in Berlin rückläufig

DW, Berlin

In Berlin hat die allgemeine Gewalt- und Jugendkriminalität abgenommen. Justizsenator Rupert Scholz belegte diese Entwicklung jetzt mit der jüngsten Statistik. Danach ging die Zahl der verurteilten Jugendlichen in Berlin von 1923 im Jahre 1981 auf 1555 im vergangenen Jahr zurück – um rund ein Fünftel. Die Zahl der Verurteilungen wegen Tötungsdelikten oder Körperverletzung sank, wenn auch nur geringfügig, auf 3311 (1983 waren es 3445). Drastisch nahm dagegen die Zahl der Verurteilungen wegen Raubes oder Erpressung ab. Während 1983 noch 516 Angeklagte wegen Raubes oder Erpressung verurteilt wurden, waren es 1984 nur 406. Die Zahl der vor Gericht verhandelten Sexualdelikte ging von 190 (1983) auf 186 zurück. Auch die Gesamtzahl aller Delikte zeigte eine leicht fallende Tendenz: Sie ging von 33 551 (1983) auf 32 862 zurück. „Bei wieder steigenden Einwohnerzahlen ist das bemerkenswert“, stellte Scholz fest und sprach von einem „erfreulichen Trend“.

Strauß besucht China und Südkorea

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß wird auf einer Ostasien-Reise vom 1. bis 14. Oktober die Volksrepublik China und Südkorea besuchen. In China hält sich Strauß nach Angaben der Bayerischen Staatskanzlei vom 2. bis 10. Oktober auf Einladung der dortigen Regierung auf. Während der ersten drei Tage seines Besuchs in Peking stehen politische Gespräche im Vordergrund.

Auf seiner Reise wird der bayerische Regierungschef von führenden Vertretern der bayerischen Wirtschaft begleitet. In der Hafenstadt Qingdao, dem früheren Tsingtau, eröffnet er eine Ausstellung, die unter dem Motto „Wirtschaftspartner Bayern“ steht und auf der namhafte bayerische Firmen vertreten sind.

Im Anschluß an seinen Aufenthalt in China besucht Strauß drei Tage lang Südkorea, wo er unter anderem mit Staatspräsident Chun Du Hwan zusammentreffen wird. Außerdem ist ein Besuch der Demarkationslinie zu Nordkorea geplant.

Barschel gegen Bayerns TV-Pläne

geo, Kiel

Aus „prinzipiellen Gründen“ und unter dem Gesichtspunkt der Verteilung von Werbeanteilen zwischen den öffentlich-rechtlichen und privaten Programmanbietern hat sich der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Uwe Barschel, gegen die Absicht Bayerns ausgesprochen, das Dritte Bayerische Fernsehprogramm bundesweit auszustrahlen. In einem Gespräch mit der WELT meinte Barschel, dieser Schritt habe eine Gebührenerhöhung zur Folge und minimiere die Chancen der privaten Anbieter. Mit der Bemerkung, auch dem Norddeutschen Rundfunk könne man dann die bundesweite Ausstrahlung nicht verwehren, wies er auf die Konsequenzen des Vorstoßes aus München hin. Barschel betonte, daß sowohl er als auch der Hamburger Bürgermeister von Dohnanyi sich eine entsprechende Änderung des NDR-Staatsvertrages vorstellen könnten. Bedenken habe nur Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht.

Nach Ansicht Barschels sind die Gespräche zwischen dem Regierungschef der Länder über eine Verteilung des TV-SAT in eine „Sackgasse“ geraten. Sofern bis Oktober keine Einigung erzielt wird, sieht er daher nur die Möglichkeit, beim Bundespostminister aufgrund der Handlungsunfähigkeit der Länder gemäß dem verfassungsrechtlichen Anspruch Quoten zu beantragen. Berlin, Niedersachsen und Schleswig-Holstein könnten dann bei einer Addition ihrer Quoten einen eigenen Kanal beanspruchen.

CDU-Mitglieder sollen DGB-Aktionen meiden

AP, Bonn

CDU-Mitglieder sollen sich an Veranstaltungen im Rahmen der „Aktionen Woche“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) gegen die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der Bundesregierung nur beteiligen, wenn ihnen das Rederecht zugesichert wird. Diese Empfehlung hat CDU-Generalsekretär Geißler dem Kreisvorsitzenden seiner Partei gegeben. Geißler erklärte, daß CDU-Mitglieder an solchen Veranstaltungen die positiven Elemente der Bonner Beschäftigungspolitik darstellen würden, aber keiner von ihnen es nötig habe, sich von oben herab beschimpfen zu lassen.



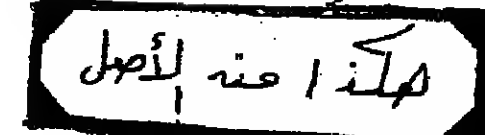
Wenn's um die Geldanlage geht...

Wer Geld hat, will es auch zukunftsicher und gewinnbringend anlegen. Denn es geht oft um die Vorsorge für später. Dabei sind die persönlichen Verhältnisse, Möglichkeiten und Erwartungen maßgebend. Die beste Lösung: eine individuelle Mischung mehrerer Anlageformen. Nutzen Sie deshalb die

Erfahrung und das Fachwissen des Geldberaters bei der Sparkasse. Wägen Sie mit ihm die Vorteile von festverzinslichen Wertpapieren, Sparkassenfonds (DekaDespa), Aktien oder Edelmetallen gegeneinander ab, und treffen Sie erst dann eine Entscheidung – die richtige.

Sprechen Sie mit unserem Geldberater über Ihr Wertpapierdepot.

Wenn's um Geld geht – Sparkasse



Mitleiden, Verantwortungsgefühl und Glauben waren seine Stärke

Von ERNST CRAMER

Es gibt keinen Zufall im Leben", meinte er immer wieder. „Alles geschieht nach Gottes Rat-schluss.“ So mag es denn auch Fügung gewesen sein, daß der vermutlich letzte Gedan-ke, den Axel Springer vor sei-nem unerwartet schnellen Ende noch voll in sich auf-nahm, die Losung aus dem Büchlein seiner Glaubensge-meinde vom 22. September, ein von ihm oft zitiertes Satz aus dem Evangelium seines Lieblingsapostels Johannes war: „Ich bin die Auferste-hung und das Leben. Wer an mich glaubt, der wird leben, ob er gleich stirbt.“

„Wie wahr.“ Springers Lippen deuteten diese Worte nur an. Richtig sprechen konnte er schon nicht mehr. Wenig später fiel er in tiefe Bewußtlosigkeit, aus der er nicht mehr erwachte.

Daß Axel Springer tot ist, vermögen seine Mitarbeiter, seine Freunde, die Leser sei-ner Artikel und seiner Blätter noch gar nicht zu fassen - ganz abgesehen von seiner Frau, seinen Kindern und Enkeln, seiner Familie. Ihnen ganz besonders gilt das Mitge-fühl all derer, die den Verstor-benen gekannt, verehrt, be-wundert, ja geliebt haben.

Er war ein hochbegabter, vielschichtiger Mensch. Das machte seine Faszination aus, trug aber auch zu den Mißver-ständnissen bei, mit denen sein Lebensweg überstreut ist.

Versucht man Axel Spring-er in ein Raster des Lebens einzuordnen, so drängt sich zunächst auf, daß er ein Ver-leger mit genialischen Zügen war, ein Zeitungsmann, wie man ihn nur selten findet.

Zumindest in Deutschland, vermutlich in Europa, gibt es seinesgleichen nicht mehr.

Man hat ihn oft einen er-folgreichen Geschäftsmann genannt. Aber so richtig das vom Ergebnis her ist, so falsch ist es auf die Person bezogen. Springers Verlage waren erfolgreich, weil seine ureigensten Objekte, seine Zeitungen stimmten, von ihm, dem begabten und ideenreichen Journalisten rich-tig, d. h. den Bedürfnissen der Leser entsprechend, erdacht, entwickelt, konzipiert.

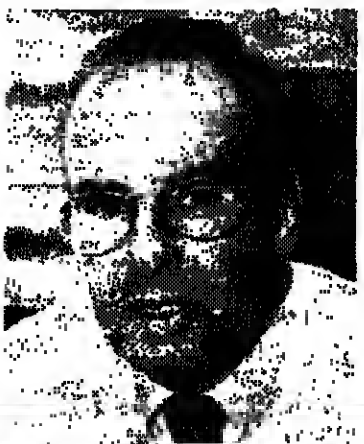
Doch sieht Axel Springer falsch, wer ihn zuvörderst als Verleger einstuft, so souverän er das Journalisten-Hand-werk auch beherrschte. Er war zeit seines Lebens zu-allererst ein Mann auf der Suche nach Gott. Allerdings wurde erst in seinen späten Lebensjahren das Gewicht klarer sichtbar, das er den Gedanken über den Schöpfer

und der Beziehung des Men-schen zu ihm gab.

Axel Springer war ein Mann des Glaubens, darin zu-gleich fest und tolerant. Als sich seine Kirche seiner Mei-nung nach in zu starkem Maße irdischen, gar parteipoli-tisch gefärbten Dingen zu-wandte, statt das aus dem Al-ten und Neuen Testament überkommene Wort Gottes zu predigen, trat er einer Ge-meinde bei, die, wie er glaubte, das Erste Luther-Besser verwaltete.

Dabei war Axel Springer keinesfalls ein blinder An-hänger des großen Reformators. „Unerträglich“ nannte er bei vielen Gelegenheiten des-sen berüchtigten Rückfall in die zu seiner Zeit gängigen Stereotypen des Judenhas-ses.

Denn Antisemitismus, be-sonders den, der vor fünf



Ernst Cramer, ein Weggefährte
FOTO: BRSC

Jahrzehnten zur deutschen Staatsräson erhoben worden war, bezeichnete Springer als einen Verrat an Menschen, dem Ebenbild Gottes, und damit an Gott selbst. Preis und Fluch dieses Abfalls, so meinte er, sei „die Trägheit des Herzens, eine Sünde, die mit Sicherheit nicht vergeben“ werde.

Diese Trägheit kannte Axel Springer nicht. Er war ein Mann, der nicht nur mit ande-ren leiden wollte, sondern tat-sächlich litt. Er vermochte es, sich in die Leiden, die Trauer, die Enttäuschungen, die Schicksalsfälle anderer so hineinzuempfinden, als hätte er sie selbst erdulden müssen.

Wenn er unter Landsleuten weite, die ihre Heimat im Osten verloren hatten, fühlte er sich nicht nur als Vertrie-bener, er war einer. Als er ein-mal in New York mit aus Deutschland geflohenen Ju-den zusammentraf, sprach er so eindringlich, plastisch und überzeugend von dem Ver-lust der Heimat und von der Einsamkeit und Ratlosigkeit des Neuankommenden in der Fremde, daß ihn jemand fragte: „Waren denn auch Sie ein Flüchtling?“ Springer ant-wortete: „Nein, Gott sei Dank

nicht. Aber meine Phantasie sagt mir, wie Sie geflitten ha-ben müssen.“

Mitleiden, Verantwor-tungsgefühl und Glauben wa-ren die Triebfedern seines En-gagements in und für Israel. Keine sich ihm bietende Ge-legenheit ließ er aus, ohne für die Lebensrechte des israeli-schen Volkes zu werben, - im eigenen Lande ebenso wie bei seinen in früheren Jahren häufigen Besuchen im Aus-land.

In dieser Frage gab es für ihn keinen Kompromiß. Er forderte aus deutscher und christlicher Verantwortung heraus, „dem Staat Israel fest durch alle Fährnisse zur Seite zu stehen. Dem Staat, den sich die Kinder und Brüder derer gebaut haben, die von Deutschen gemordet wurden. Diesem Staat und seinen Menschen zur Seite zu stehen in praktischer Mitarbeit, in ei-ner keine Gegenseitigkeit for-dern den Treue, ganz einfach in Liebe.“

Keine weinerliche Selbst-anklage könne dies ersetzen, meinte er, „auch nicht jene unverbindliche Freundschaft, die nur so lange wirksam ist, wie ein mutiges Bekenntnis zum Staat Israel nicht gefor-dert wird. Liebe ohne die Kraft, gemeinsam durch Statio-nen der Einsamkeit und Verlassenheit zu marschie-ren, ist keine Liebe.“

Stationen der Einsamkeit und Verlassenheit hat Axel Springer nur allzuoft durch-gelebt. Er, der scheinbar so selbstverständlich plaudern, ja brillieren konnte, war ei-gentlich ein Mensch, der die Einsamkeit vorzog. Er, der ein vorzüglicher Redner war, hatte Scheu, vor große Men-schenmassen zu treten.

Springer war ein Mann, dem das Schicksal scheinbar leicht Erfolge zuspülte. Das wirtschaftliche Blühen seines Verlages sah er allerdings stets als eine ihm „eigentlich gar nicht zustehende Gnade“ an.

„Aber dankbar bin ich da-für“, fuhr er dann meist fort, „denn dieses Glück hat es uns ermöglicht, vier Dinge zu tun: Immer wieder an die Einheit Deutschlands zu erinnern; mitzuhelfen, daß Berlin lebensfähig und attraktiv bleibt; die Einbettung unse-res Vaterlandes in den Kreis der westlichen Demokratien und damit gleichzeitig die Freundschaft zu Amerika zu fördern; und die Aussöhnung mit den Juden zu betreiben, wovon ein wichtiger Teil die Hinwendung an Israel ist.“

Diese Haltung hat Axel Springer viele Freunde in ei-genen Lande und in der gan-zen Welt eingebracht. Aber

natürlich macht sich auch Gegner, wer so klar seine Mei-nungen vertritt, ganz abgese-hen von Neidern, die es bei Erfolgreichen immer gibt.

Wenn Springer mit den Großen der Welt zusamen-traf, gab es für ihn kein „small talk“. Präsident Johnson warnte er im Mai 1967 vor ei-nem nahe bevorstehenden Krieg im Nahen Osten. Mit Präsident Carter sprach er über die Not der russischen Dissidenten; mit Reagan über Berlin und die deutsch-deutsche Grenze.

Wer den Verleger, der aus politischer Überzeugung die Zentrale seines Unterneh-mens nach Berlin verlegt hat-te, in seinen letzten Lebens-jahren traf, konnte an ihm mehr und mehr Zeichen von Melancholie entdecken. Der Grund dafür war nicht nur, daß er wie jeder älter werden-de Mensch und doch viel wa-cher als die meisten von ih-nen erkannte, daß die Abend-schatten länger wurden.

Wie es einem verantwortli-chen Menschen nach Recht und ordnete Springer seinen Besitz-stand. Seine Firma, eine der gesündesten im Lande, ist wohl gewappnet für die Auf-gaben und Prüfungen der Zukunft. Die erst im vergan-gen Sommer vollzogene Neu-regelung, die Verbreitung der Kapitalbasis auf viele Aktionäre zur Sicherung seines Unternehmens hat er selbst so gewollt und konse-quent durchgeführt. Aber daß es denn eben nicht mehr ganz sein Haus war, hat ihn im tiefsten Innern doch belastet, so sehr sich auch seine Mitarbei-ter bemühten, ihn das nicht fühlen zu lassen.

Am meisten aber bedrückte ihn, den Patrioten und Freiheitsfanatiker, die Erkennt-nis, daß er die von ihm heiß-ge-sehnte und immer wieder be-schworene Einheit Deutsch-lands wohl nicht mehr erleben würde. Daß diese Einheit für ihn nur denkbar war in einem Umfeld der Freiheit auch für die europäischen Nachbarn, zeigt schlaglichtar-tig, in welchen Kategorien dieser großartige Mann dachte.

Als er 1966 von Hans Zeh-rer, dem ehemaligen Chefre-dakteur der WELT, auf dem Dahlemer Friedhof in Berlin Abschied nahm, nannte er seinen verstorbenen Freund einen großen „Journalisten, Patrioten und Gottsucher“. Nach dem Begräbnis nahm er einen Vertrauten zur Seite, legte diesem in einer für ihn typischen Geste den Arm auf die Schulter und meinte: „Ich wollte, man könnte das eines Tages auch über mich sagen.“ Man kann es.



Trauer in Berlin: Die Fahne vor dem Verlagshaus an der Mauer weht auf halbmast
FOTO: HOFFMANN/DPA

„Viele verließen Berlin, er blieb“

Von EBERHARD DIEPGEN

Wenn Axel Springer über Ber-lin sprach, dann sagte er: „Hier liegt Deutschlands Herz.“

Auch sein Herz schlug für Berlin. Diese Stadt war für ihn, den geborenen Hamburger, zur Heimat gewor-den. Sie blieb ihm Lebensaufgabe. „Viele sprachen so wie ich über Berlin. Aber nur wenige handelten auch so. Während viele nach dem Krieg mit einem pathetischen Satz zugestanden: Berlin ist dennoch die Stadt, die verließen, blieb er. Mehr noch, zwei Tage vor dem Ablauf des sogenannten Chruschtschow-Ulti-matums am 27. Mai 1959 legte Axel Springer den Grundstein für sein neues Verlagshaus an der Kochstra-ße in Berlin-Kreuzberg. Damals sagte er gegen den Zeitgeist: „In Berlin bauen wir in die Zukunft hinein.“ Heute wissen wir, daß er recht behielt.

Axel Springer war kein einfacher Mann. Hohe Ansprüche setzte er vor allem sich selbst. Er führte sein Leben sensibel und nachdenklich. Private Schicksalsschläge trafen ihn schwer. Vielfachen selbstge-rechten und unangenehmen Anfein-dungen von links und rechts war er ausgesetzt. Hoffentlich hören wir solche Stimmen wenigstens in die-sen Tagen nicht.

Selbst maßlosen Angriffen ge-genüber blieb er aber stets maßvoll. Er war Christ. Er zahlte nicht mit gleicher Münze heim. Die Ableh-nung gegenüber jeglicher Art von

politischem Totalitarismus“, die er seinen Zeitungen als Richtlinie vor-gab, hat er in seiner Person stets glaubwürdig verkörpert.

Drei anderen Grundsätzen galt seine Arbeit, ja sein Lebenswerk ebenso unerschütterlich: der Aussö-hnung Deutschlands mit dem jüdi-schen Volk; der Freundschaft zu den Vereinigten Staaten von Ame-rika; dem Eintreten für die deutsche Einheit in Freiheit in einem vereinten Europa.

Berlin war für ihn der Ort, wo man diese Grundsätze leben kann, wo sie politische Wirkungskraft ent-falten, wo ihre Beachtung lebens-notwendig ist.

In vielen Gesprächen habe ich in

diesem Sinne mit Axel Springer über seine Sorgen um und seine Hoffnungen für Berlin gesprochen. Deshalb kann ich wirklich sagen: Mit Axel Springer hat Deutschland einen Patrioten und haben wir Ber-liner einen Freund verloren.

Ich sprach zu Beginn vom Herz Axel Springers, das für Berlin schlug. Viele Stiftungen und Ge-schenke hat er Berlin gemacht und für Berlin vermittelt. Er selbst wäre dagegen, sein Mäzenatentum für Berlin vollständig bekanntzugeben. Aber zwei besondere Engagements Axel Springers für Berlin will ich doch nennen:

Tatkraftig unterstützte er den Bau des neuen Herzzentrums, und leidenschaftlich engagierte er sich schon frühzeitig für die 750-Jahr-Feier Berlins im Jahre 1987. Sie war ihm besonders wichtig. Er hatte sich auf sie gefreut. Es war ihm nicht vergönnt, die 750-Jahr-Feier zu erleben. Sein Herz schlägt nicht mehr. Berlin aber wird das pulsie-rende Zentrum Deutschlands blei-ben. Und das verdanken wir zu ei-nem wesentlichen Anteil dem gro-ßen deutschen Verleger und Träger der Ernst-Reuter-Plakette Axel Springer.

Sein vorbildliches Eintreten für Berlin, sein beharrliches Engage-ment in Berlin, seine Sorge um Deutschland bleiben unvergessen. Ich danke Axel Springer.

Sein Werk bleibt uns Vermäch-tnis und Aufgabe.



Eberhard Diepgen, Regierender Bürgermeister von Berlin
FOTO: SVEN SIMON

Axel Springer: „Bei meiner Geburt wurden keine Glocken geläutet“

In seinem Privatdruck „An meine Kinder und Kindeskiner“ hat Axel Springer die Stationen sei-nen Lebens beschrieben, von der Kindheit in Altona, den schweren Jahren der Nazizeit bis zum Auf-bau seines Verlagshauses in Ber-lin.

„Wenn ich mich als Zeitungsmann auf die Journale verlasse, dann war der 2. Mai 1912 ein schö-ner Frühlings-Donnerstag. Um 10.00 Uhr kam ich zur Welt. Als Preuße, denn Altona war preußisch, und sein König war deutscher Kai-ser in Berlin. Altona war in seiner bemerkenswerten Geschichte eine Stadt der Toleranz, was für mich große Symbolkraft hatte, die nach 1933 mehr und mehr erlosch.“

Mein Vater war Besitzer einer be-scheidenen Druckerei und eines Verlages, in dem eine Lokalzeitung, die „Altonaer Nachrichten“, heraus-gegeben wurde und in dem früher die Werke des deutschen Patrioten jüdischen Glaubens Gabriel Rie-ser, Vorkämpfer der Juden-Emanzi-pation und erster jüdischer Richter in Deutschland, erschienen waren. Bei meiner Geburt wurden keine Glocken geläutet und ich erhielt auch keinen Wappenspruch.“

Bis zur Quarta im angesehenen Schlee-Realgymnasium war ich, nach dem Bekunden der Lehrer, ein

sehr guter Schüler. Und dabei ein recht schüchternen Junge. Doch dann kam jener Bruch, wie er sich bei vielen jungen Menschen beim Übergang zum Erwachsenenleben findet: Unser Deutsch- und Ge-schichtslehrer hielt uns Schlapp-schwänzen einen Vortrag über das Opfer der Soldaten im Ersten Welt-krieg in Schützengräben und bei Sturmangriffen. Er ließ die Hand-granaten krachen und die bösen Feinde im Maschinengewehrfeuer zusammenbrechen. Als er eine Erzählpause einlegte, stand ich auf und machte meinem Herzen Luft, wie schrecklich ich den Tod der jungen Männer finde - ob Deut-sche oder Franzosen oder Russen. Der Lehrer war betroffen, ein Teil der Klasse unwirksam.

Natürlich war das nicht nur aus eigener Natur gewachsenes Rebel-lentum gegen den Lehrer, es war, zurückschauend, die erste offenkundig und öffentlich werdende Frucht der Erziehung in einem li-beralen Elternhaus mit einem welt-of-fenen Vater und einer großartigen Mutter, für die Humanitas, Lebens-stil und Umgangsformen unver-zichtbare Qualitäten waren. Dieses Gottesgeschenk von Veranlagung und familiärer Einbettung und praktizierter Toleranz hat sich dann auch später in der Nazi-Zeit zum

Segen für mich ausgewirkt und mich vor Fehlritten und Verfüh-rungen bewahrt, denen so viele Zeitgenossen meiner Generation ausgesetzt waren.“

„Umstritten war bei uns in der Familie die Auffassung meines Va-ters, die Zeitung könne nach der nationalsozialistischen Machter-greifung weiterhin eine kritische Funktion ausüben. Mein Vater, der der Demokratischen Partei ange-hörte und ihr Schatzmeister war, konnte sich gar nichts anderes vor-stellen. So publizierten die „Alto-naer Nachrichten“ am 2. Februar 1933 - also drei Tage nach der Machtübernahme Hitlers - forsch und gottesfürchtig einen Leitartikel im Hinblick auf die bevorstehenden März-Wahlen, mit denen Hitler den Durchbruch zur absoluten Mehr-heit erringen wollte (die er im Ja-nuar 1933 im Reichstag noch nicht hatte), in dem es sinngemäß hieß: Die Regierung Hitler sehe ihre Chance darin, den Wahlkampf durch Straßendemonstrationen zu beeinflussen. Objektive Zurückhal-tung, wie bei früheren Regierungen, würde man wohl kaum wieder er-leben. Und dann kam der Satz, der eine klare Wahlparole war: „Der kommende Wahlkampf wird in Deutschland die Entscheidung bringen, für Hitler oder für die

deutsche Republik.“ Für Hitler oder die deutsche Republik. Das war zweifellos mutig - nachdem Hitler schon Reichskanzler war.“

„Mir schien der Beruf des Jour-nalisten in einer gelenkten, unfreien Gesellschaft noch weniger an-ziehend, je er wurde mir zuwider an-gesichts der Gewissensartik, die ich sowohl in Bergedorf wie bei den altvertrauten Redakteuren der vä-terlichen Altonaer Nachrichten“ je-den Tag erlebte. Ich meine die Drahtselakte, gegen ihr Gewissen Dinge publizieren zu müssen, die sie für falsch hielten, um das Unter-nehmen und die Arbeitsplätze für etwa 100 Familien zu retten und mit dem eigenen Namen auf der Schriftleiterliste zu bleiben und da-mit die Berufsmöglichkeit zu erhal-ten.“

„Ich habe mich immer geschaut, das, was ich in der Nazi-Zeit gegen die damaligen Machthaber unter-nahm, Widerstand zu nennen. Die Hilfe für Verfolgte, unter ihnen Ju-den, war menschliche Selbstver-ständlichkeit und insgesamt ge-nommen aus meiner Sicht das ge-ringste, was man tun konnte. Unge-zählte Flugblätter, aber auch das Pariser Tageblatt, von Georg Bern-hardt illegal verteilt zu haben, zu-meist doch nur an Gleichgesinnte, zählt nicht viel.“

Allein in der Erwidrerung des Hit-lergrüses steckt Schuld.

Was ich sagen will, ist, daß nach meiner Auffassung jeder, der in je-nen Jahren in unserem Land über-lebte, Schuld auf sich nahm, und sei es auch nur die Schuld, die entsteht, wenn man Konzessionen gegen-über dem Unrecht macht, um die eigene Lage zu erleichtern.“

„Als die ganze Tragödie und der Umfang der deutschen Schuld in unser Bewußtsein drang, war mir klar, daß Juden und der Staat Israel für einen Deutschen in seinem Kopf, seinem Herzen und seinem Gewissen von Stund an eine außer-gewöhnliche Stellung haben müs-sen. Nichts darf wie gegenüber an-deren Staaten sein. Es war meine entscheidende persönliche Er-kenntnis der Nachkriegszeit, daß unsere deutsche Haltung gegen-über Israel unser Jahrhundertpro-blem ist. Denn: Wem das, was Men-schen deutscher Zunge den Juden angetan haben, nicht auf die Seele geschlagen ist, wen das nicht unein-geschränkt Partei ergreifen läßt, der versteht nicht, was wir den Überlebenden schulden: Eine Soli-darität, die jedweder Versuchung, zu unparteiischer Distanz zu wider-standen hat. Es ist deshalb die Auf-gabe unserer Generation, fest an der Seite Israels zu stehen, selbst wenn

das unserer Politik anderswo Schwierigkeiten bringt.“

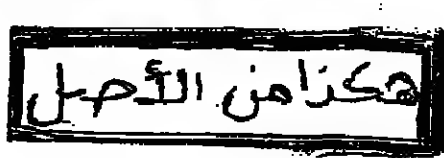
Wenn jetzt im 20. Jahrhundert die Europäer ihre Haltung gegenüber Israel vom Heißl bestimmen las-sen, so ist das kleinstmögliche Oppor-tunismus; das Mitleid der Deut-schen ist für mich unverstündlich und unverzeihlich. Soll Adenauer der letzte führende deutsche Poli-tiker bleiben, der immer wieder auf das besondere Verhältnis zu den Juden und Israel hinwies? Nach sei-nem Rücktritt hat er mich einige Male in sein Haus oberhalb Rhön-dorfs immer wieder sagte er zu mir: Herr Springer, an drei Dingen müs-sen Sie stets denken: Es gibt keine verlässlichen Abkommen mit dem atheïstischen kommunistischen Osten; haben Sie immer Sorge vor dem nicht ausbalancierten deut-schen Volk; und seien Sie immer gut Freund der Juden und des Sta-tes Israel.“ Es bedürfte dieser Mah-nungen nicht, aber ich hörte sie gern aus dem Munde dieses großen Mannes, dem man nachsagte, sich nicht von Emotionen bestimmen zu lassen.“

„Wenn ich mir vorstelle, daß ich als Nichtkommunist heute in einem Blatt in der ‚DDR‘ als Redakteur tätig sein sollte und in homöopathi-schen Dosen meine abweichende Meinung zum Ausdruck zu bringen

versuchen würde, fällt mir ein Freund ein, ursprünglich aus dem Baltikum kommend. Er lebte mit seinen Eltern in Dresden. Als jun-ger Mann rutschte er in eine Redak-tion eines Blattes in der sowjetisch besetzten Zone. Seine Erzählungen erinnerten mich an das, was ich in der Nazi-Zeit für eine Zeitung glaubte tun zu müssen.“

Auch er hielt es nicht aus, flüchtete nach dem Westen und wurde unter seinem Pseudonym Matthias Walden beim RIAS, dem amerikani-schen Sender in Berlin, einer der bekanntesten Kommentatoren. Ach, wenn es damals nach 1933 doch einen freien Teil von Deutsch-land gegeben hätte, wir wären alle dorthin entwichen!“

„Mein Entschluß stand fest. Mein junges Unternehmen mußte hier in Berlin seinen Hauptsitz nehmen. Nach meinen schmerzhaften, aber klaren politischen Erkenntnissen, die ich 1956 bei meinem Besuch in Moskau und den Gesprächen mit dem sowjetischen Regierendes und Parteichef Chruschtschow gewon-nen hatte, wußte ich: Ein deutscher Zeitungsverlag, der für die Idee ei-nes ungeteilten Vaterlandes wirken will, gehört nach Berlin. Dorthin, wo nicht nur die Freiheit der Deut-schen verteidigt wird, sondern die Freiheit Europas.“



„Die höchste Auszeichnung verleiht ihm die Geschichte“

Bundeskanzler Helmut Kohl: „Axel Springer ist tot. Wir verlieren in ihm einen großen Deutschen, der sich um den Aufbau der Bundesrepublik Deutschland zu einem freihetlichen Rechtsstaat große Verdienste erworben hat. Als leidenschaftlicher Patriot hat er sich unermüdet dafür eingesetzt, das Bewußtsein von der Einheit Deutschlands wach zu halten. Die Überwindung der Teilung Deutschlands in Frieden und Freiheit war sein politisches Ziel. Unermüdet hat er sich für Berlin eingesetzt. Diese Stadt war für ihn der schmerzhafteste und sichtbarste Ausdruck der Teilung Deutschlands.“

Axel Springer hat in seinen Zeitungen und Zeitschriften stets für die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika gestritten. Sie war für ihn die Garantie unserer Freiheit. Mit großer Leidenschaft und kreativer Phantasie hat Axel Springer die Aussöhnung zwischen Juden und Deutschen vorangebracht. Ihm ist es besonders zu verdanken, daß die Anstrengungen der Bundesrepublik Deutschland zur Aussöhnung in Israel Glaubwürdigkeit und Unterstützung gefunden haben.

Mit dem Tode Axel Springers ist einer der Großen der deutschen Pressegeschichte von uns gegangen. Seinen Weg als Verleger hat er unter schwierigsten Bedingungen im zerstörten Nachkriegs-Deutschland begonnen und ein außergewöhnliches unternehmerisches Lebenswerk aufgebaut. Der Tod Axel Springers ist ein großer Verlust für die Bundesrepublik Deutschland und die Sache der Deutschen.“

Bundespräsident Richard von Weizsäcker: „Axel Springer hat die Verpflichtung, die uns die Vergangenheit auferlegt, und das Bekenntnis zur Freiheit stets zur Grundlage seines Denkens gemacht. Damit hat er wie kein zweiter der Stadt Berlin, dem Bündnis mit den Amerikanern und der Verständigung mit dem jüdischen Volk gedient.“

Philipp Jenninger, Präsident des Deutschen Bundestages: „Mit Axel Springer ist ein Mann von uns gegangen, der unternehmerische Schaffenskraft und politische Vision auf eine geradezu ideale Weise miteinander verband. Die Nachkriegsgeschichte des deutschen Pressewesens ist ohne ihn nicht denkbar, er hat selbst Pressegeschichte geschrieben. Der Aufbau von Tageszeitungen mit Weltgeltung praktisch aus dem Nichts weist ihn als eine Unternehmerpersönlichkeit aus, wie sie in unserem Lande selten geworden ist.“

Unbeirrbar hat Axel Springer stets an seinen politischen Überzeugungen festgehalten. Das Gebot der Präambel unseres Grundgesetzes, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden, war für ihn über alle Anfeindungen von außen und alle scheinbar modernen Infragestellungen im Innern hinweg *Maxime* seines politischen Denkens und Handelns. Wie unverändert zeitgemäß und notwendig diese Haltung war und ist, zeigt sich gerade in diesen Tagen.

Unermüdet ist er für Berlin eingetreten, eine Stadt, die besonders schmerzlich die Teilung unseres Vaterlandes, zugleich aber die Hoffnung der Deutschen auf Einheit in Freiheit symbolisiert. Die Errichtung seines Verlagshauses in dieser Stadt unmittelbar an der Mauer entsprang daher nicht unternehmerischem Kalkül, sondern politischer Überzeugung.

Wiedergutmachung an den Überlebenden des Holocaust und Solidarität mit dem Recht Israels, in gesicherten Grenzen zu leben, waren ebenso unveränderbare Ziele seines Wirkens wie die auf gemeinsamen Werten beruhende Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

Axel Springer hat in seinem Leben zahlreiche Ehrungen und Auszeichnungen erhalten. Die höchste Auszeichnung, die ein Land zu vergeben hat, wird von der Geschichte geschrieben und - dessen bin ich mir sicher - eines Tages in den Augen der Öffentlichkeit auch ihm zuteil werden: die Erkenntnis, daß Axel Springer ein deutscher Patriot war.“

Hans-Jochen Vogel, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag: „Axel Springer hat auf die öffentliche Meinung der Bundesrepublik wie kaum ein anderer Einfluß genommen. Der Respekt vor dem Toten gebietet jedoch, auch

bei dieser Gelegenheit nicht zu verschweigen, daß es auf weiten Feldern auch gegensätzliche Auffassungen über den Gebrauch der Bundesrepublik Deutschland zu einem freihetlichen Rechtsstaat große Verdienste erworben hat. Als leidenschaftlicher Patriot hat er sich unermüdet dafür eingesetzt, das Bewußtsein von der Einheit Deutschlands wach zu halten. Die Überwindung der Teilung Deutschlands in Frieden und Freiheit war sein politisches Ziel. Unermüdet hat er sich für Berlin eingesetzt. Diese Stadt war für ihn der schmerzhafteste und sichtbarste Ausdruck der Teilung Deutschlands.“

Martin Bangemann, Vorsitzender der FDP, schrieb in einem Beileidstelegramm:

Der Verstorbene habe das Bild der deutschen Presse wesentlich mitgeprägt. Sowohl Deutschland und die Deutschen als auch das Schicksal Israels hätten stets im Vordergrund seines wachen politischen Interesses gestanden. Mit Axel C. Springer verliere die deutsche Publizistik einen uner-müdeten Verteidiger der Freiheit.

Alfred Dregger, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

„Der plötzliche Tod Axel Springers trifft uns tief. Mit Axel Springer verliert Deutschland einen großen Patrioten und eine herausragende Verlegerpersönlichkeit.“

Wir gedenken Axel Springers in Trauer und in Ehrfurcht. Er hat für das ganze Deutschland, für die eine deutsche Nation gelebt und gearbeitet. Unablässig hat er die Politiker aufgerufen, Treuhänder und Sachwalter aller Deutschen zu bleiben - vor allem jener Deutschen, denen ein Leben in Freiheit und Menschenwürde versagt ist. Sein leidenschaftliches Engagement für die Einheit unseres Vaterlandes bezeugt ihn in den 60er Jahren zu einer symbolischen Tat: Er ließ das Stammhaus seines Verlages in Berlin errichten - unmittelbar in der Nähe jener brutalen, menschenverachtenden Mauer, die seit dem 13. August 1961 Berlin teilt. Axel Springer hat Berlin wieder zu einem der führenden Standorte der freien Presse im freien Deutschland gemacht.

Freiheit verpflichtet: Das ist die *Maxime*, die Axel Springers Lebenswerk prägte. Er war ein unbeirrbarer Anwalt der parlamentarischen Demokratie und ein entschlossener Verfechter der deutschen Mitgliedschaft im freihetlichen Bündnis mit dem Westen. In seinen Reden und Aufsätzen hat er uns Deutsche immer wieder beschworen, aus den leidvollen Erfahrungen unserer Geschichte bleibende Lehren zu ziehen, jederzeit fest zum freihetlichen Rechtsstaat zu stehen und ihn gegen seine Feinde zu verteidigen. Nur dann, so hat er einmal gesagt, werden wir Deutsche unserer Verantwortung vor der Geschichte gerecht werden.

Freiheit verpflichtet: Diese moralische *Maxime* bestimmte auch Axel Springers Eintreten für die Aussöhnung zwischen Deutschen und Juden. Er hat auf diesem schwierigen Feld bahnbrechend gewirkt. Als er zu Beginn dieses Jahres in der israelischen Knesset mit der Goldmedaille des israelischen Zeitungsverlegerverbandes geehrt wurde, sagte Israels Premier Shimon Peres in der Feierstunde, nach Konrad Adenauer habe Axel Springer mehr als irgendein anderer einzelner dazu beigetragen, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel einzigartig, klar und bedeutungsvoll geworden seien. Axel Springer erwiderte: Ich bekenne mich zu Israel als Deutscher und als Mensch der freien Welt.“

Wir werden die mahnende Stimme Axel Springers schmerzlich vermissen. Vor wenigen Wochen schrieb er an die Teilnehmer der Kundgebung zum Tag der Heimat in Berlin, er wisse sich mit ihnen einig in der Treue zu unserem Vaterland und in der Loyalität zum demokratischen Staat, in der Liebe zur verlorenen alten Heimat, in der Forderung des Rechts auf Selbstbestimmung und zur Wiedervereinigung der Nation, in der Bewahrung der guten Traditionen unserer Geschichte. „Als Grundsatz der deutschen Politik müsse das Wort Johann Gottfried Seumes gelten: „Wo keine Gerechtigkeit ist, ist keine Freiheit, und wo keine Freiheit ist, ist keine Gerechtigkeit.“ Diese Worte sind Vermächtnis und Auftrag an uns alle.“

Erik Blumenfeld, Ehrenvorsitzender der Hamburger CDU und Abgeordneter des Europäischen Parlaments: „Axel Springer hat unbeirrbar zu seinen Überzeugungen wie

Zielen gestanden. Er war ein begingungsloser und guter Freund für alle, die ihm nahestanden. Er ging mutig und ohne irgend welche Furcht durch das Leben, ein Geschenk seiner tiefen Religiosität. Sein plötzlicher Tod, dessen Nähe wir ahnungsvoll spürten, riß eine unversetzliche Lücke für unseren Staat, für Berlin, für Jerusalem und die deutsch-israelischen Beziehungen. Gerade in dieser Aufgabe waren wir sehr verbunden. Er hat stets, und darin war er ein Vorbild, mit größtem Mut seine politischen und unternehmerischen Überzeugungen verteidigt. Ebenso den freihetlichen Rechtsstaat und das atlantische Bündnis. Sein Glaube an die Überwindung der Spaltung Deutschlands und der Mauer bleibt beispielhaft. Daß er in Berlin seine Augen für immer geschlossen hat, betrachte ich als symbolhaft für die Aufgabe, die er sich in dieser Stadt und für ihr Überleben in Freiheit gestellt hat.“

Hartmut Perschke, Vorsitzender der CDU-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft: „Hamburg, Berlin, die Bundesrepublik und das ganze Deutsch-

land schulden Axel Springer bleibende Dankbarkeit. Sein unerschütterliches Bekenntnis zu Einheit, Recht und Freiheit und sein Wirken für die Aussöhnung mit dem jüdischen Volk bleiben uns Vorbild. Wir verneigen uns vor Axel Springer, der großen humanistischen Verlegerpersönlichkeit unseres Jahrhunderts von wahrhaft staatsmännischem Rang.“

Heinrich Lummer, Innensenator:

Die Nachricht von Axel Springers Tod berührt mich schmerzlich. Seine Ziele waren immer die Einheit und die Aussöhnung mit dem jüdischen Volk. Seine Liebe galt Berlin auch in Zeiten, wo mancher zweifelte. Axel Springer gehört zu den Männern dieses Jahrhunderts. Er drückte der deutschen Zeitungslandschaft nach dem Krieg seinen Stempel auf.

Axel Springer war ein Mahner und Warner, der nie müde wurde, auf der Grundlage unserer Geschichte die Zukunft zu gestalten. Sein Werk ist für uns alle Verpflichtung. Meine Anteilnahme gebührt in dieser schmerzlichen Stunde seiner Frau Friede und seinen Angehörigen.“

Shimon Peres, israelischer Premierminister: „Mit großer Trauer habe ich vom Tode Axel Springers vernommen. Durch seinen Tod habe ich persönlich einen engen und beständigen Freund verloren, und der Staat Israel verlor einen tatkräftigen und engagierten Rechtsverteidiger. Axel Springer versuchte nie, seine Ansichten zu verbergen. Auch wenn viele anderer Meinung waren als er, äu-

serte er sich immer freimütig und wacker. Er ließ sich von humanitären Rücksichtnahmen motivieren, die sowohl seine Taten als auch seinen Lebensweg leiteten.“

Josef Burg, israelischer Religionsminister: „Ein großer Mensch ist dahingegangen. Unsere Epoche ist ärmer geworden. Seine Liebe zum Menschen und seine Liebe zu den Verfolgten kamen zum Ausdruck in seiner Liebe für Israel und den Israeli-Menschen. Seine Wurzeln im deutschen Humanismus waren besonders tief.“

Ich erinnere mich, als ich ihn fragte, woher er komme, anlässlich des ihm verliehenen Ehrendoktorats an der Bar-Ilan-Universität, daß er sagte: „Aus Hamburg-Altona.“ Darauf erwiderte ich prompt: „Altona 93, Hamburg - H. S. V.“ Und ich erwähnte auch Jäger und Tulli Harder - zwei Fußballhelden von 1933. Da kamen ihm Tränen in die Augen, daß es einen israelischen Minister gibt, der sich an das noch erinnert. Er zitierte seine Mutter in einer seiner Schriften, die, als Hitler an die Macht kam, gesagt hatte: „Das bedeutet Krieg.“

Ich habe oft mit ihm kor-

respondiert. Ich war sehr beeindruckt von einer seiner Formulierungen, als er sich als einen „Radikalinski der Mitte“ definierte. Das letzte war, daß er mir ein Zitat eines vor hundert Jahren wirkenden Schweizer Juristen schickte, was dieser über die Juden gesagt hatte, und ich sandte ihm ein Zitat aus einem Vorwort des jüdischen Historikers Heinrich Grätz zurück. In meinem Begleitschreiben erwähnte ich: „Wir sind beide von der Elbe, ich aus Dresden, Sie aus Hamburg, und in der Mitte liegt Dessau, die Stadt von Moses Mendelssohn, der den Juden die Sonne der Aufklärung brachte, wie ich es nannte, die im Feuerschein von Auschwitz vernichtet wurde.“

Simon Wiesenthal, Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums Wien: „Ich bin ganz zerschlagen. Axel Springers Tod reißt eine Lücke, die durch nichts und durch niemanden aufzufüllen ist; das Judentum und der Staat Israel haben seit 1945 keinen solchen Freund wie diesen Mann gehabt. Ich wünschte nur, daß sein Zeitungsimperium weiterhin von seinem Geist besetzt bleiben möge. Axel Springer sagte erst vor kurzem zu mir: „Ich werde das Vermächtnis Konrad Adenauers weiterhin erfüllen; der Frieden unter den Völkern hängt nicht zuletzt von der Achtung des Judentums und der ständigen Erinnerung an die Leiden dieses Volkes ab.““

Heinz Galinski, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin: „Mit tiefer Erschütterung hat die jüdische Gemeinschaft den Tod Axel Springers aufgenom-

men. Mit ihm haben die jüdischen Gemeinden in der Welt und die jüdische Gemeinde zu Berlin einen ihrer besten Freunde verloren. Sein Tod bedeutet ein Verlust von einer derartigen Tragweite, die in diesem Moment noch gar nicht zu überschauen ist. Er war einer der ersten, der sich für den Wiederaufbau jüdischer Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt hat. In vielen Reden und Stellungnahmen hat er sich stets zur Vergangenheit bekannt und damit eine wichtige Grundlage für die Beziehungen zwischen uns und unserer Umwelt geschaffen. Sein konsequentes und unbeirrbares Eintreten für die Belange des jüdischen Staates haben ihn zu einem der größten Vorkämpfer für die Existenz Israels gemacht. Wann immer es notwendig war, gegen Antisemitismus Stellung zu beziehen, war seine Stimme unüberhörbar.“

Gerhard Rost, Bischof der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche, zu der Springer 1969 übergetreten war: „Wir wissen, daß Gottes Wort auch im Alltag sein Begleiter war bis hin auf sein Sterbebett. So

des Käufers war und ist stets auch ein Wettbewerb um die öffentlich gependete Anerkennung in den Medien.“

Die deutsche Automobilindustrie dankt dem Verstorbenen für diese Aufgeschlossenheit dem Automobil und seinen Problemen gegenüber. Diese Aufgeschlossenheit und seine ganz persönliche Liebe zum Automobil kam am sinnfälligsten bei den zahlreichen Begegnungen zum Ausdruck, die anlässlich der jährlichen Verleihungen des Goldenen Lenkrads ihn und die deutsche Automobilindustrie in Berlin zusammenführten.“

Hans-Günther Sohl, Ehrenpräsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie:

„Mit Axel Springer fühle ich mich seit Jahrzehnten persönlich eng verbunden. Wir sind beide unter dem gleichen Stern - am 2. Mai - geboren und haben viele Strecken unseres Lebensweges gemeinsam zurückgelegt. Er hat den wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau Deutschlands wirkungsvoll unterstützt; ich habe seinen engagierten Einsatz für Berlin und für unsere Beziehungen zu Israel immer wieder bewundert. Sein Tod ist auch für die deutsche Wirtschaft ein schwerer und schmerzlicher Verlust; seine große Vaterlandsliebe, seine aufrechte Art und sein mutiges Wesen werden uns unvergesslich bleiben.“

Jacques Morizet, Französischer Botschafter in Bonn: „Axel Springer war ein Mann mit tiefempfundenen Überzeugungen, die er stets mit unerschütterlicher Kraft vertreten hat. Sein Tod wird in der deutschen Presselandschaft eine unschließbare Lücke hinterlassen. Ich kannte Axel Springer seit 1958. Damals war ich bereits sechs Jahre Presseschef der französischen Botschaft in Bonn. Ich besuchte ihn mit meinem Chef, Botschafter François Seydoux, in seinem Hamburger Penthouse. Wir redeten über Deutschland und die Welt, und ich bewunderte seine außerordentliche Kenntnis der Zusammenhänge und sein Urteilsvermögen. Springer war ein Mann, der die Freiheit und die Einheit Deutschlands mit einem großen politischen Engagement über alles stellte. Ich habe seinen Patriotismus bewundert, der sich auch in der Verlegung seiner Verlagszentrale nach Berlin ausdrückte. Ich bewunderte ihn wegen des außerordentlich erfolgreichen Aufbaus seines Presseimperiums und seiner brillanten beruflichen Erfolge. Ich hatte zuletzt noch gehofft, ihn in Berlin zu sehen, wenn ich unseren Staatspräsidenten zu dem geplanten Besuch in der Stadt begleiten würde. Springer ist wie viele andere große Deutsche in diesem Jahr viel zu früh gestorben.“

Herbert Czaja, Präsident des Bundes der Vertriebenen und Bundestagsabgeordneter (CDU):

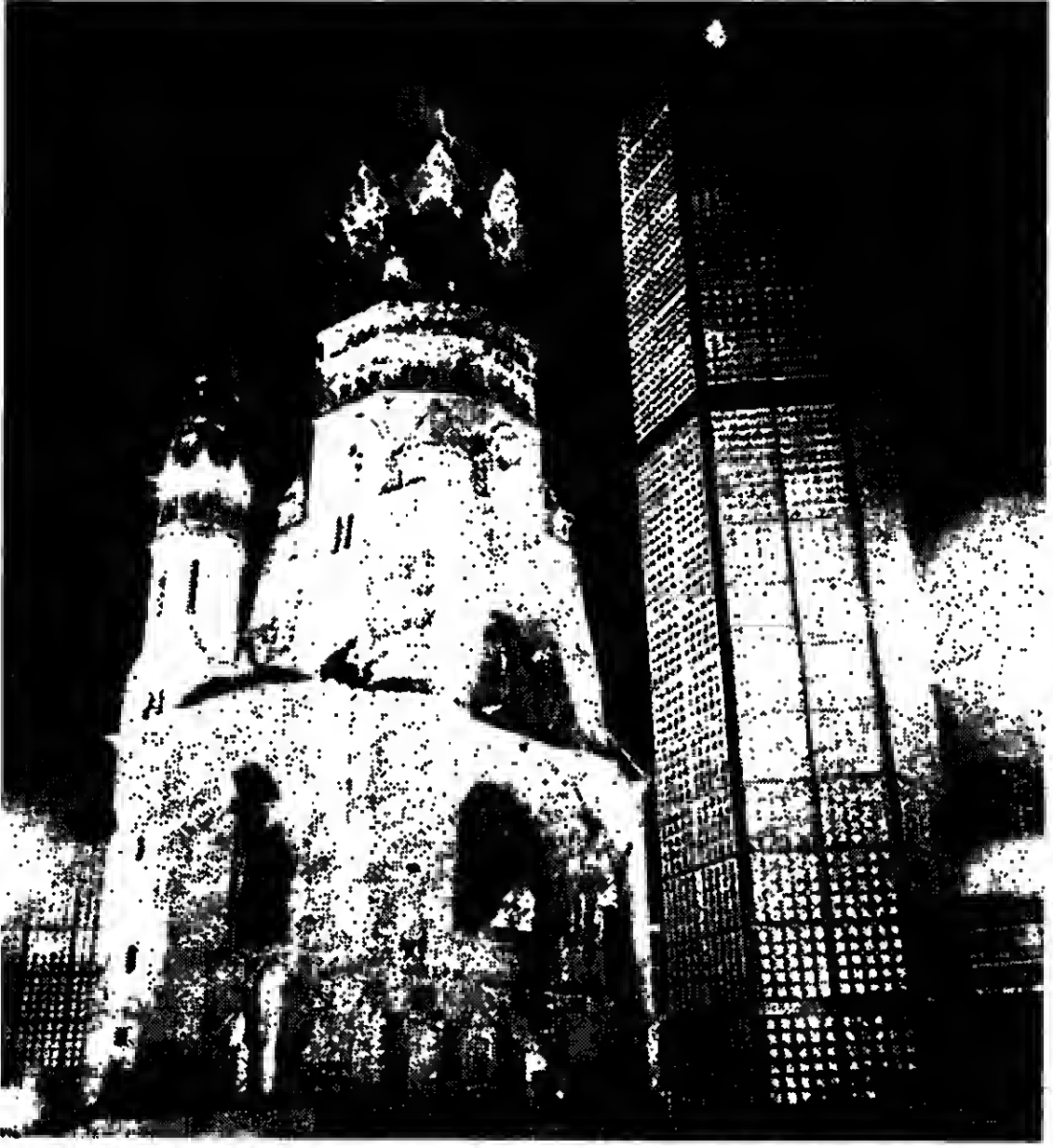
„Die übergroße Mehrheit der Vertriebenen erfüllt der Tod Axel Springers mit tiefer Trauer. Springer war nicht nur ein großer Verleger und Freund des jüdischen Volkes, sondern er hielt auch Deutschland und insbesondere Berlin zuverlässig die Treue. Seine Gegner wollen das sogar angesichts seines Todes verschweigen. Die Vertriebenen verlieren in ihm einen großen Freund, der sie in schwierigen Zeiten in der Treue zu Heimat und zu Deutschland bestärkte und in seiner Presse ihrer Stimme Raum gab. Springer war ein großer Humanist, ein Fürsprecher der Freiheit, der Menschenrechte und der Rechte der Deutschen.“

Kolj Terheyden, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger:

„Mit Bestürzung und Betroffenheit haben die deutschen Zeitungsverleger vom plötzlichen Tod Axel Springers erfahren. Mit dem Namen des Verstorbenen verbindet sich ein beispielhaftes und außerordentlich erfolgreiches Engagement für den Wiederaufbau einer freihetlichen Presse in der Bundesrepublik Deutschland - Axel Springer hat sich zugleich um das ganze Deutschland und dessen Ansehen in der Welt verdient gemacht. Seine Lebensgeschichte weist ihn aus als einen Mann, der stets unerschrocken und mit tiefer Überzeugung für die Ideale von Freiheit, Menschenwürde und gegen jeden politischen Extremismus eingetreten ist.“

Walter Rasch, Landesvorsitzender der Berliner FDP:

„Berlin hat einen engagierten Berliner verloren. Axel Springer investierte in einer Zeit in Berlin, als andere Firmen die Stadt verlassen und ihren Hauptsitz ins Bundesgebiet verlagerten. Deutlicher als durch den spontanen Neubau an der Mauer in Kreuzberg kann man sein Berlin-Engagement und seine Liebe für diese Stadt nicht zeigen. Auch wenn nicht jeder mit dem Inhalt seiner vielfältigen Medienprodukte einverstanden war: Axel Springer war ein großer Verleger und auch ein großer Verleger mit politischem Verstand, der sich unermüdet für die Aussöhnung von Juden und Deutschen einsetzte und dem die Wiedervereinigung Deutschlands eine Herzensangelegenheit war. Er war ein Mann, der das Gespür für Nachrichten hatte und der herausgefunden hatte, was die Bevölkerung bewegt. Sein Tod ist ein Verlust für Berlin.“



In der Berliner Gedächtniskirche finden am Freitag vormittag die Trauerfeierlichkeiten statt. FOTO: TELEPRESS



Handwritten text at the bottom of the page: "Mata eia leter"



Begegnung mit David Ben Gurion, dem großen alten Mann Israels
FOTO: SVEN SIMON



Spitzengespräch: Axel Springer und Helmut Kohl
FOTO: DPA



1984 im Weißen Haus. Präsident Reagan begrüßt das Ehepaar Springer
FOTO: WHITE HOUSE



Konrad Adenauer zu Besuch in der Hamburger WELT-Redaktion
FOTO: SENZER



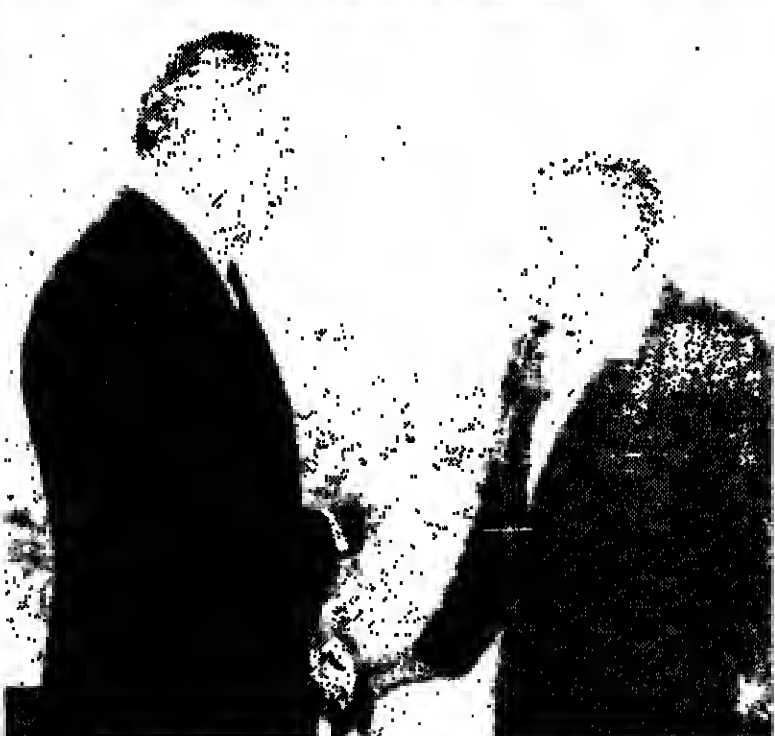
Richard von Weizsäcker zu Gast im Hause des Verlegers
FOTO: MIROTKOWSKI



Händedruck auf dem Berliner Presseball 1977
FOTO: DIE WELT



Gespräch mit dem jungen „Regierenden“ von Berlin
FOTO: STASIEWSKI



Mit Bürgermeister Teddy Kolek in Jerusalem
FOTO: AP



Ein großer Tag: Die Einweihung des Verlagshauses in der Berliner Kochstraße am 6. Oktober 1966. Zu Gast: Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt (ganz links), Hauskonzert auf Schwaneburger. Pausengespräch mit Sohn Axel (links). „Ein Herz für Kinder“-Opern-Gala im März 1982 mit Bundespräsident Karl Carstens (oben), Februar 1982: Mit dem Freund Matthias Walden im Gespräch (rechts oben). Der unvergessene Mentor und WELT-Chefredakteur Hans Zöhrer (rechts).
FOTOS: KAISER/APRONDHOLZ/KEYSTONE



INTERNATIONALE WÄHRUNGSPOLITIK / Turbulente Devisen- und Aktienmärkte - Vorerst noch keine Sorge um den deutschen Export

Zu hohe Belastung

hd. - Rund drei Milliarden Mark Einnahmeverluste haben die Städte und Gemeinden Nordrhein-Westfalens seit 1982 infolge Kürzung der Finanzzuweisungen des Landes in Kauf nehmen müssen. Die Kommunen haben darauf weniger mit echten Haushaltskonsolidierungen reagiert, sondern überwiegend durch einen rigorosen Rückschnitt ihrer Investitionen und durch drastische Anhebung ihrer Gebühren und Steuern. Besonders an der Gewerbesteuer wurde kräftig gedreht. Während noch in den siebziger Jahren der Durchschnittsbeitrag bei dieser kommunalen Steuer etwa auf Bundesniveau lag, wurde er inzwischen so weit angehoben, daß die Wirtschaft des Landes seit Beginn der achtziger Jahre mehr als eine Milliarde Mark zusätzlich an die Kammern der Gemeinden abzuführen hatte. Der Durchschnittsbeitrag liegt derzeit deutlich über dem Bundesniveau.

Daß eine solche steuerliche Belastung nicht Anreiz für die Ansiedlung wachstumsintensiver Unternehmen sein kann, dürfte auf der Hand liegen. Die Industrie- und Handelskammern Nordrhein-Westfalens haben daher in einem gemeinsamen Brief an den Ministerpräsidenten, Johannes Rau, eindringlich gewarnt, den Gemeinden im Rahmen des kommunalen Finanzgleichs 1986 weitere finan-

zielle Opfer aufzuerlegen. Sie wenden sich dabei gegen die Ansicht, die Kommunen seien die Reservekassen der Länder, eine Behauptung, die bereits das Verfassungsgericht zurückgewiesen hat. Neue Pläne in dieser Richtung stoßen damit erneut an verfassungsrechtliche Grenzen.

Börsentip Boris

lf - Der Boris-Becker-Boom treibt immer neue Blüten. Nicht damit genug, daß wir selbst mittelmäßige Begegnungen des jungen Tennistars am Fernsehschirm über uns ergehen lassen müssen und auch "Wetten, daß" nicht auf den shooting star verzichten zu können glaubt - Boris Becker in allen Kanälen - , nein jetzt muß "uns Boris" auch noch für Aktienempfehlungen eingehend diskutiert worden sind, machte der Minister jedoch keine konkreten Aussagen. Entscheidend für die Kursentwicklung des Dollars, der nach den Vorstellungen der Finanzminister und Notenbankchefs bisher nicht den realen Gegebenheiten entsprochen hat, sei zwar eine Veränderung der fundamentalen Fakten; aber Interventionen könnten hilfreich sein, einen Abwärtstrend des Dollars zu fördern.

Stoltenberg: Wichtige Voraussetzung für abgestimmte Politik gefunden

CLAUS DERTINGER/HEINZ STÜWE, Bonn
Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg kam von der Konferenz der Finanzminister und Notenbankchefs der fünf größten Industrieländer aus New York mit dem Eindruck zurück, daß wichtige Voraussetzungen für eine wirksamere abgestimmte Politik im Bereich von Finanzen und Währung geschaffen worden sind. Als besonders bedeutsam hob er hervor, daß die USA neue Akzente gesetzt und klarere Aussagen gemacht haben als früher.

Nach Stoltenbergs Aussage sind die USA im Gegensatz zu bisher auch bereit, bei koordinierten Notenbankinterventionen am Devisenmarkt mit zuwirken. Über die Voraussetzungen dafür, die unter den Notenbankchefs eingehend diskutiert worden sind, machte der Minister jedoch keine konkreten Aussagen. Entscheidend für die Kursentwicklung des Dollars, der nach den Vorstellungen der Finanzminister und Notenbankchefs bisher nicht den realen Gegebenheiten entsprochen hat, sei zwar eine Veränderung der fundamentalen Fakten; aber Interventionen könnten hilfreich sein, einen Abwärtstrend des Dollars zu fördern.

Im Mittelpunkt der New Yorker Gespräche stand das amerikanische Haushaltsdefizit als Ursache der außenwirtschaftlichen Schiefelage der USA, der hohen Zinsen und der Überbewertung des Dollars. Darin sahen die Regierungen der Industrieländer ein Risiko für einen anhaltenden Wachstumsprozess auch im nächsten Jahr, der von den aufwärts gerichteten Kräften in der Bundesrepublik und in Japan gestärkt wird, wäh-

rend sich die US-Konjunktur abschwächt. Die Konferenzteilnehmer waren sich einig, daß das amerikanische Haushaltsdefizit reduziert werden muß. Gleichzeitig sollten die übrigen Industrieländer für günstige Wachstumsbedingungen sorgen. Die Bundesrepublik sei, wie Stoltenberg sagte, nicht aufgefordert worden, ihre bisherige Stabilitätspolitik zu vernachlässigen und kurzfristiges Wachstum zu erzeugen. Die Bundesrepublik werde im verlangsamt Tempo fortfahren, ihr Haushaltsdefizit zurückzuführen.

Stoltenberg und Entwicklungsminister Jürgen Warnke betonten, daß dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank eine Schlüsselrolle bei der Überwindung der Verschuldungsprobleme der Entwicklungsländer zukomme. Stoltenberg sprach sich dafür aus, mit Rücksicht auf die schwierige Lage vieler Länder in der Dritten Welt den Erweiterten Zugang zu den Fondsmitteln ein weiteres Jahr zu verlängern und die Zielvorgaben zu überprüfen.

Die Forderung nach einer erneuten Zuteilung von Sonderzielungsrechten (SZR), die seit Jahren auf der Wunschliste der Entwicklungsländer steht, lehnte Stoltenberg ab. Ein langfristiger weltweiter Bedarf nach Ergänzung der vorhandenen Währungsreserven bestehe nicht.

Entwicklungsminister Jürgen Warnke (CSU) bemängelte die Zusammenarbeit des Währungsfonds mit der Weltbank. "Die notwendige Abstimmung zwischen beiden Institutionen ließ in der Vergangenheit zu wünschen übrig," betonte Warnke. Der CSU-Politiker beauftragte eine Erhöhung des Weltbank-Kapitals von derzeit 95 Mrd. Dollar, um die Bank in die Lage zu versetzen, den wachsenden Kreditbedürfnissen der Dritten Welt Rechnung tragen zu können. Die dazu erforderliche Kapitalerhöhung könnte sich nach Warnkes Angaben zwischen 40 und 60 Mrd. Dollar bewegen.

Kritisch setzte sich Warnke mit dem Vorschlag einer bei der Weltbank einzuerrichtenden multilateralen Investitionsagentur (Miga) auseinander. Die Bundesregierung unterstütze zwar alle Bemühungen zur Förderung von Privatinvestitionen in Entwicklungsländern. Eine Verbesserung des Investitionsklimas sei aber nur zu erreichen, wenn die Partnerländer rechtlich verbindlichen Investitionsschutz gewährleisten. Diese Voraussetzung werde mit dem vorliegenden Konventionsentwurf nicht erreicht.

Dollar stürzt um 16 Pfennig Unsicherheit an den Börsen

DW/dpa/VWD, Frankfurt
Nach der am Sonntag auf einer Sonder Sitzung der Finanzminister und Notenbankpräsidenten der fünf größten westlichen Industrieländer vereinbarten Absenkung des Dollarkurses ist der Kurs der US-Währung am Frankfurter Devisenmarkt am Montag um rund 16 Pfennig auf 2,7348 DM gestürzt. Das ist der niedrigste Stand seit dem 14. Juni 1984. Die Bundesbank verkaufte acht Millionen Dollar.

Maßnahmen, die auf eine Absenkung des Dollarkurses und eine Stärkung der Währungen Japans, der Bundesrepublik, Großbritanniens und Frankreichs abzielten, bedeuteten zwar Ertragsverluste für die deutsche Exportwirtschaft, diese sei aber im Wettbewerb flexibel und bleibe "stark im US-Markt", sagten Sprecher des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels, des Deutschen Industrie- und Handelsverbandes (DIHT) und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) am Montag auf Anfrage.

Die Verbände äußerten die Hoffnung, daß die Vereinbarungen dazu führten, den amerikanischen Kongress von seinen mehr als 300 Anträgen für neue Importbeschränkungen abzurufen. Diese Handelsbeschränkungen wären viel schlimmer als vorübergehende Ertragsverluste, meinte der Außenhandelsverband. Auch der DIHT hob hervor, daß das Hauptgewicht von Maßnahmen zur Bewältigung der internationalen Wirtschafts-

probleme bei den USA liege. Washington müsse vor allem die hohen Defizite im Staatshaushalt und der Leistungsbilanz abbauen.

Obwohl nach den starken Kursrückgängen der vergangenen Woche an den Aktienmärkten allgemein mit einer Beruhigungsphase gerechnet worden war, überraschte die Unsicherheit in den Börsensälen, die durch den Kurssturz des Dollars hervorgerufen wurde, doch ein wenig. In Erwartung der Rede von Präsident Reagan über den künftigen Kurs der Handels- und Finanzpolitik der Vereinigten Staaten gaben vor allem die Werte der exportorientierten Automobilindustrie stark nach.

In der Frage der künftigen Entwicklung des Dollarkurses gingen die Meinungen der Experten weit auseinander. Frankfurter Bankiers bezweifelten die Wirksamkeit der Vereinbarungen der Finanzminister. "Ich frage mich, wie sie das machen wollen", sagte ein der Bundesbank nahestehender Informant. Er glaube, daß der Dollar sich von dem Schock von Montag bald erholen werde, da die Nachfrage nach ihm zu groß sei.

Londoner Börsianer vertraten dagegen die Ansicht, der Kurssturz des Dollars habe gerade erst begonnen. Verschiedene andere Händler äußerten die Vermutung, die US-Notenbank werde in der nahen Zukunft die Zinsen in den Vereinigten Staaten zu drücken versuchen. Der Dollar werde deshalb an Attraktivität für ausländische Anleger verlieren.

Überfällige Reform

Von WILHELM FURLER, London

Eines der dringendsten Probleme in Großbritannien, die Reform der Jugendausbildung, ist von der Regierung Thatcher mit ihrem "Youth Training Scheme" 1983 in Angriff genommen worden. Vor allem die gewalttätigen Ausschreitungen von Jugendlichen in den unterprivilegierten Wohngebieten der britischen Großstädte wie im Londoner Stadtteil Brixton, die bereits im Sommer 1981 zu Blutvergießen und Millionen-Sachschäden geführt hatten, trieb die Premierministerin zu Eile.

Denn bei der Suche nach den Ursachen für die Ausschreitungen, die sich damals wie ein Flächenbrand über das ganze Land ausbreiteten, bestand in einem Punkt Übereinstimmung: Mitverantwortlich war die extrem hohe Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen, insbesondere unter den Farbigen, die nach Beendigung ihrer Schulzeit kaum eine Chance für einen Berufs- oder Ausbildungsplatz sahen.

Anachronistische Vorstellungen bei den Gewerkschaften, Desinteresse bei Unternehmen und Ignoranz bei den Regierungen hatten zu einer Misere im britischen Ausbildungssystem geführt, die in Europa ihresgleichen suchte. Mit ihrem "Youth Training Scheme" bot Margaret Thatcher daraufhin den 16- bis 17-jährigen Schulabgängern wenigstens die Möglichkeit, ein Jahr lang in Theorie und Praxis auf das Berufsleben vorbereitet zu werden - eine Art Kurzlehre, die der deutschen Lehrerbildung nachempfunden worden war.

Doch während in Deutschland nur etwa acht Prozent der Schulabgänger ohne jede Ausbildung ins Berufsleben treten, sind es in Großbritannien auch heute noch mehr als 50 Prozent - vorausgesetzt, sie finden überhaupt einen Arbeitsplatz. Von den fast 3,3 Millionen Briten ohne Beschäftigung sind gut 200 000 im Alter zwischen 18 und 21 Jahren. Mehr als ein Viertel aller Jugendlichen von 18 bis 19 Jahren ist arbeitslos. Der jüngsten Erhebung zufolge hatten im August knapp 137 000 Schulabgänger keine Beschäftigung gefunden.

Vor wenigen Tagen trat das Problem der extrem hohen Jugendarbeitslosigkeit mit den Ausschreitungen in Handsworth, einem verfallenen Stadtteil von Birmingham, wieder in den Vordergrund. Weniger als fünf Prozent der schwarzen Jugendlichen in Handsworth, die im Sommer letzten Jahres ihre Schulzeit beendeten hatten, waren vier Monate

danach beschäftigt. Mehr als die Hälfte der 19 bis 24-jährigen in diesem von Farbigen beherrschten Stadtteil ist gegenwärtig ohne Arbeit und hat keinerlei Ausbildung, von der Schule abgesehen.

Es war höchste Zeit, daß die Regierung in London ihr Ausbildungsprogramm vorantreibt. Vom kommenden Januar an wird allen 16-jährigen Schulabgängern und allen 17-jährigen, die keinen Arbeitsplatz gefunden haben, eine zweijährige Berufsausbildung angeboten. Sie ist weit stärker als bisher auf Theorie und angewandte Praxis ausgerichtet. Während das einjährige Programm höchstens 350 000 Jugendliche aufnehmen kann, wird das erweiterte bis zu 550 000 pro Jahr über den zweijährigen Zeitraum ausbilden können. Kostenpunkt für die Regierung: vier Milliarden Mark pro Jahr.

Besonders ermutigend ist, daß die Gewerkschaften ihre ursprüngliche Opposition aufgegeben haben. Sie hatten zunächst behauptet, daß nicht einmal die Hälfte der Jugendlichen, die an dem einjährigen "Youth Training Scheme" teilnahmen, danach einen Arbeitsplatz gefunden haben. Inzwischen akzeptieren sie Statistiken, die die Rate bei 70 Prozent liegt und sich mit dem verbesserten Programm zweifelsfrei erhöhen wird.

Daß die britischen Gewerkschaften zunehmend bereit sind, einer Anhebung des Ausbildungsniveaus auf europäischen Standard nicht länger im Wege zu stehen, wird auch an ihrer nicht mehr zu bezweifelnden Kooperation an einem weiteren Regierungsprogramm deutlich. Danach soll jeder Arbeitgeber, der einen Jugendlichen im Alter von 18 bis 21 Jahren einstellt und ihm nicht mehr als 230 Mark Wochenlohn zahlt, einen Zuschuß in Höhe von wöchentlich 60 Mark erhalten.

Dies ist ein konsequenter Schritt, das zweijährige Jugendausbildungsprogramm auch wirklich zu einem Erfolg werden zu lassen, das nämlich möglichst alle Auszubildenden anschließend auf tatsächlich eine Beschäftigung finden. Bislang wurde dies weitgehend von den Gewerkschaften selbst verhindert. Aus überholter Tradition und falsch verstandenen Dienst an den Mitgliedern versuchten sie hartnäckig durchzusetzen, daß die Bezüge Jugendlicher nur unwesentlich unter denen langgedienter Mitarbeiter liegen. Dieser alte Zopf dürfte wohl endgültig der Vergangenheit angehören.

AUF EIN WORT



"Ich bin mir sicher, daß eine Politik eines bloßen Krisenmanagements ein Abgang auf jede Art von Rationalisierung wäre und den Tod vernünftiger Sachlichkeit bedeutete, deren insbesondere eine Wirtschaftspolitik bedarf. Ich hoffe, daß wir die Kraft haben, uns solchen Versuchungen zu widersetzen."

Martin Herzog, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Baden-Württemberg. FOTO: JOERG-PETER MAUCHER

Verbraucherpreise in der EG stabil

dpa/VWD, Brüssel
Zum ersten Mal seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EG) vor 27 Jahren sind die Verbraucherpreise von einem Monat zum anderen nicht gestiegen. Nach Angaben des Europäischen Amtes für Statistik blieb der Preisindex im August auf dem Niveau des Vormonats. Auf Jahresbasis betrug der Preisanstieg in den zehn EG-Mitgliedsländern 5,5 Prozent und fiel damit geringer als im Juli (5,8) und im Juni (sechs Prozent) aus. Drei der EG-Länder verzeichneten zwischen Juli und August einen Preisrückgang: Luxemburg minus 0,4, die Bundesrepublik minus 0,3 und Dänemark minus 0,1 Prozent. Belgien und die Niederlande wiesen keine Veränderungen auf.

RATENKREDITE

Verbraucherverbände klagen, Verträge sind oft sittenwidrig

PETER JENTSCH, Bonn
Die Verbraucherverbände haben den Gesetzgeber aufgerufen, die Rechtsstellung von Kreditnehmern zu verbessern. Zugleich warf die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AGV) den Teilzahlungsbanken vor, Kreditverträge "sittenwidrig" abzuschließen und Zinsen zu verlangen, die "um 85 Prozent über dem marktüblichen Zins" lägen. Der Bankenverband Konsumenten- und gewerbliche Spezialkreditbank (BKKG) und die Kundenkreditbank (KKK) haben die Vorwürfe als "haltlos" zurückgewiesen.

Die AGV gründet ihre Vorwürfe auf ihre seit Juli 1983 laufende "Kreditaktion", in deren Rahmen sie nach eigenen Angaben 46 000 Kreditverträge von 25 000 Verbrauchern auf überhöhte Zinsen und belastende Geschäftsbedingungen überprüft hat. Allein im Bereich der Verbraucherverbände Hamburg seien bei 6266 Verträgen mit einem Kreditvolumen von

154 Millionen Mark von den Teilzahlungsbanken zu Unrecht 22 Millionen Mark gefordert worden.

Die AGV fordert vom Gesetzgeber in Anlehnung an den SPD-Entwurf eines "Kreditvertragsgesetzes" ein Verbot der Kreditkündigung bei unverschuldetem Rückzahlungsverzug. Darüber hinaus sollen Zahlungen auf fällige Restbalden nicht nur auf Zinsen und Kosten, sondern auch auf die Hauptschuld angerechnet werden. Schließlich fordert die AGV ein Verbot der Lohnabtretung.

Der Bankenverband und die KKB schlossen überhöhte Zinsen für Ratenkredite "schon aufgrund des harten Wettbewerbs der Banken untereinander" aus. Teilzahlungsbanken müßten aber aufgrund ihrer besonderen Kostenstruktur höhere Zinsen berechnen als andere Kreditinstitute. Im übrigen lasse auch die Anpassung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen an die Rechtsprechung keinen "Wucher" zu.

MITTELSTÄNDISCHE UNTERNEHMEN

Keine Zweifel mehr an einer weiter positiven Entwicklung

DANKWART SEITZ, München
Wenn auch für dieses Jahr nicht mehr mit einem nachhaltigen, sich selbst tragenden Konjunkturaufschwung gerechnet werden kann, so sehen die meisten mittelständischen Unternehmen - klammert man einmal das Baugewerbe ab - der nächsten Zeit mit Zuversicht und Optimismus entgegen. "Daß es weiter aufwärts gehen wird, steht außer Zweifel."

Zu diesem Ergebnis kommt der Verband der Vereine Creditreform, Neuss, aufgrund einer Befragung von rund 5800 Firmen (mit 20 bis 500 Beschäftigten) aus insgesamt 19 Wirtschaftsbereichen. Danach erwarten 54 Prozent der Unternehmen zumindest eine gleichbleibende und 24 Prozent eine bessere Entwicklung.

Bei derzeit allgemein befriedigender bis guter geschäftlicher Situation (75 Prozent) rechnen mehr als 56 Prozent mit gleichbleibenden und weitere 24 Prozent mit steigenden Auf-

trageerträgen. Entsprechend kalkulieren 48 Prozent der Unternehmen mit konstanten und gar 31 Prozent mit höheren Umsätzen. Auf der Ertragsseite dürfte sich dies, den Erwartungen zufolge, angesichts des momentanen Preisniveaus kaum auswirken. Nicht einmal elf Prozent rechnen mit Ertragssteigerungen. Knapp die Hälfte der Betriebe bewerten die Situation so, daß sie gerade ausreicht, die Erträge stabil zu halten.

Erkennbare Auswirkungen hat die positive Konjunktureinschätzung der Umfrage zufolge auf die Beschäftigungssituation. Während 1984 nur sieben Prozent der Firmen ihr Personal aufstocken wollten, ist deren Zahl in diesem Jahr auf 28 Prozent gestiegen. Nach Schätzungen von Creditreform wird der Mittelstand in den nächsten sechs Monaten rund 170 000 neue Arbeitsplätze schaffen. Außerdem kann doch mit einem erheblich höheren Investitionsvolumen gerechnet werden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Postanleihe mit 6,47 Prozent Rendite

Frankfurt (dpa/VWD) - Die neue Anleihe der Deutschen Bundespost im Gesamtvolumen von 1,5 Mrd. DM und zehn Jahren Laufzeit bringt den Anlegern nur noch eine Effektivverzinsung von 6,47 Prozent. 1,2 Mrd. DM werden über ein Bankenkonsortium an das Publikum verkauft, 0,3 Mrd. DM werden zunächst zum Zwecke der Marktpflege einbehalten. Wie die Deutsche Bundesbank mitteilte, ist die Anleihe mit einem Ausgabekurs von 100,25 ausgesetzt und soll vom 25. bis 27. September verkauft werden. Der Nominalzins beträgt 6,50 Prozent, woraus sich die Rendite von 6,47 Prozent errechnet. Die Börseneinführung ist am 30. September sowie am 1. und 2. Oktober vorgesehen. Die letzte Bundesanleihe von Ende Juli war noch mit einer Rendite von 6,78 Prozent versehen.

Höheres Handelsdefizit

Mailand (dpa/VWD) - Das italienische Brutto-Inlandsprodukt wird 1985 real um 2,4 Prozent auf 679 200 Mrd. Lire (1 029 Mrd. DM) steigen. Das italienische Statistische Zentralamt in Rom erwartet gleichzeitig eine Zunahme der Investitionen um 11,3 Prozent und der Lohnstückkosten um 6,1 Prozent gegenüber 5,3 Prozent im Jahre 1984. Die Einfuhren werden um 19,3 Prozent und die Ausfuhren um 15,9 Prozent zunehmen. Dadurch wird sich das Außenhandelsdefizit gegenüber 1984 von 12 978 Mrd. Lire (20 Mrd. DM) auf 20 500 Mrd. Lire (31 Mrd. DM) erhöhen.

Orientteppiche gefragt

Hamburg (dpa/VWD) - Beim Handel mit Orientteppichen ist die Stagnation der Vergangenheit überwunden. Dies ist nach Angaben der Veranstalter auf der 7. Internationalen Orientteppich-Fachmesse ORTEFA '85 in Hamburg deutlich geworden. Nach Angaben des Bundesverbandes der Orientteppich-Importeure erwarten zahlreiche Aussteller, 1985 den Vorjahresumsatz zu übertreffen.

Klima verbessert

Wiesbaden (dpa/VWD) - Auch im Handwerk scheint sich das wirtschaftliche Klima zu bessern. Das stellte das Statistische Bundesamt, Wiesbaden, gestern fest. Im 2. Quartal



Jeder fünfte in der Bundesrepublik Deutschland neu zugelassene Pkw oder Kombi ist heute ein Diesel. Steigende Treibstoffpreise und wachsendes Umweltbewusstsein wie der Fehlstort der Katalysatorautos brachten die Diesel-Fahrzeuge in Schwung. QUELLE: GLOBUS

1985 lagen Umsatz und Beschäftigte nur noch um 1,2 Prozent und 1,9 Prozent unter dem Wert der vergleichbaren Vorjahreszeit. Die entsprechenden Zahlen für das 1. Quartal 1985 lauteten noch auf minus 5,1 Prozent beim Umsatz und minus 2,4 Prozent bei den Beschäftigten. Die günstigere Entwicklung wurde vor allem vom verarbeitenden Gewerbe sowie vom Dienstleistungsbereich geprägt.

DAG zum Vorruhestand

Hamburg (DW) - Vor einer Fehleinschätzung der arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen der Vorruhestandstarifverträge hat die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) gewarnt. Die Zahl von 15 380 Zuschußanträgen, die bis Mitte 1985 bei der Bundesanstalt für Arbeit eingegangen seien, gebe weder über die tatsächliche Inanspruchnahme des Vorruhestands Aufschluß noch über den Arbeitsmarkteffekt. Der Leiter der DAG-Berufsgruppe Banken und Sparkassen, Gerhard Renner, verwies dazu gestern auf die Entwicklung im Bankgewerbe. In diesem Wirtschaftszweig hätten nach dem derzeitigen Stand erheblich mehr als 50 Prozent der Anspruchsberechtigten von der Möglichkeit des früheren Ruhestands Gebrauch gemacht.

Die Marke Ihres Erfolges.

BAUME & MERCIER
GENEVE
1830

Quarz, wasserdicht bis 30 Meter. Weibchenarmband Gold. 4 Größen für Damen und Herren.

Quarz, wasserdicht bis 30 Meter. Stahl, Gold oder Gold als Damen- und Herrenuhr.

Quarz, wasserdicht bis 30 Meter. Stahl, Stahl Gold oder Gold. 4 Größen für Damen und Herren.

Verkaufsnachweis und Farbbroschüre erhalten Sie durch:
BAUME & MERCIER GmbH
Postfach 639/W - 6050 Offenbach/Main 4

EG-AGRARPOLITIK

Ministerrat berät über „Grünbuch“

dpa/VWD, Brüssel
Die acht Millionen EG-Bauern erzeugen solche Mengen an Nahrungsmitteln, daß die Bürger der Gemeinschaft sie nicht verzehren können.

Unter dem Druck kaum mehr zu finanzierender Kosten soll jetzt endlich mit wirksamen Mitteln etwas gegen diese verfahren Lage getan werden.

Umstritten sind die Wege aus der Misere. Daß es keinen „Königsweg“ gibt, belegt auch das „Grünbuch“.

Eine Lösung soll zunächst für den Getreidemarkt gefunden werden. Die Kommission will noch im Oktober ihre Vorschläge präsentieren.

Auf dem Getreidemarkt ist die Situation überdies prekär geworden: Nach der Rekorderte des vergangenen Jahres von 151 Millionen Tonnen wird erwartet, daß die Bauern in diesem Jahr erneut eine überdurchschnittliche Ernte von etwa 137 Millionen Tonnen Getreide einbringen.

Als beste Lösung des Problems galt in der EG-Kommission eine restriktive Preispolitik. EG-Kreise schließen jedoch nicht aus, daß die Kommission nun auch für den Getreidemarkt - wie bei Zucker und Milch - ein Quotensystem vorschlägt.

OECD / Jahresbericht zur Arbeitsmarktentwicklung vorgelegt - Die Erwerbslosigkeit wird weiter zunehmen

Differenziertere Beschäftigungspolitik empfohlen

JOACHIMSCHAUFUSS, Paris
Die Schwäche der Nachfrage, der reale Lohnkostenanstieg und der Rentabilitätsrückgang der Unternehmen sowie die Starrheit der Arbeitsmärkte sind nach Ansicht der OECD die wichtigsten Gründe für die in den meisten westlichen Industriestaaten weiter zunehmende Arbeitslosigkeit.

In ihrem Jahresbericht über die Beschäftigungsperspektiven stellt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) fest, daß trotz der Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums die Arbeitslosigkeit weiter zunehmen wird.

Bis Ende nächsten Jahres erwartet die OECD eine weitere Zunahme auf 31,5 Mill. Arbeitslose, was 8,5 Prozent der aktiven Bevölkerung entsprechen würde.

Die meisten anderen westeuropäischen Länder dagegen, insbesondere Frankreich und Italien, werden erstmals die Elf-Prozent-Marke überschreiten.

Die OECD führt diese bedenkliche Entwicklung vor allem auf die restriktive Geld- und Budgetpolitik zurück.

Der Anteil der Gastarbeiter an der aktiven Bevölkerung ist aber in verschiedenen Mitgliedsstaaten immer noch sehr hoch, in der Bundesrepublik beträgt er 9,2 Prozent.

Das vor allem kleine und mittlere Unternehmen neue Arbeitsplätze schaffen können, hält die OECD für eine zu einseitige Betrachtung.

Der OECD-Bericht kommt zu der Schlußfolgerung, daß die Arbeitslosigkeit nicht nur durch arbeitsmarktpolitische, sondern auch durch sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen struktureller wie konjunktureller Art bekämpft werden müßte.

ÖSTERREICH / Herbstboom bei Genußscheinen

Steuervorteile laufen aus

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Für Genußscheine ist in Österreich im heutigen Herbst Hochsaison. Dieses vor genau drei Jahren eingeführte Finanzierungsinstrument, mit dem bisher 285 Unternehmen Quasi-Eigenkapital zugeführt wurde, erfreute sich bei österreichischen Anlegern schon bisher größter Beliebtheit.

Der noch bis Jahresende zu erwartende Boom wurde durch die bereits seit längerem bekannte Absicht des Finanzministers ausgelöst, die geltende steuerliche Absetzbarkeit des Erwerbs von Genußscheinen für Lohnsteuerpflichtige als zusätzliche Sonderausgabe zum Jahreswechsel um ein Viertel zu kürzen.

Genußscheine werden derzeit von fünf (jeweils von Banken gegründeten) Fondsgesellschaften vertrieben,

die bisher 55 verschiedene geschlossene Fonds mit unterschiedlicher Kapitalausstattung aufgelegt haben. Der Anleger kann bei einer Mindestbindungsdauer von zehn Jahren und einer jährlichen Nominalverzinsung von 4,5 bis fünf Prozent mit einer (abhängig vom jeweiligen Grenzsteuersatz) jährlichen Rendite zwischen zehn und 18 Prozent rechnen.

Die Unternehmen zahlen für die Inanspruchnahme von Genußscheinkapital einen einmaligen Betrag von sieben Prozent als Errichtungskostenbeitrag und dann jährlich sieben bis acht Prozent auf die zugeführten 93 Prozent an den Fonds, der seinerseits rund zwei Prozent als Verwaltungskosten einbehält.

Die 1992 erstmals fälligen Genußscheinzahlungen werden entweder direkt von den Firmen mit einem entsprechenden Agio zwischen ein und 20 Prozent geleistet.

GROSSBRITANNIEN / Industrieverband sieht Wettbewerbsfähigkeit bedroht

Warnung vor hohen Lohnabschlüssen

WILHELM FURLER, London

Die britische Wirtschaft stellt sich über zu hohe Lohn- und Gehaltsabschlüsse selbst ins Abseits und riskiert damit einen anhaltenden Anstieg der Arbeitslosigkeit, eine wieder einsetzende Welle von Unternehmens-Zusammenbrüchen, eine Untergrabung der Rentabilität und eine auf neue einsetzende Beschleunigung der Inflationsrate.

Die kommenden zwölf Monate würden darüber entscheiden, ob die britische Wirtschaft über den Berg kommen werde oder nicht.

die derzeit „grimmigen Aussichten“ verbessern würde.

Seinen Angaben zufolge bewegten sich die Lohn- und Gehaltsabschlüsse während der vergangenen zwölf Monate bei Steigerungen zwischen 4,5 und 7,5 Prozent, mit dem Schwerpunkt bei sechs Prozent.

Während sich die Inflationsrate auf 3,5 Prozent zubewegte (derzeit liegt sie auf Jahresbasis bei 6,2 Prozent), verhalte sich insbesondere der öffentliche Sektor unverantwortlich, indem er weit überzogene Signale an der Lohn- und Gehaltsfront setze.

Das die Sorgen um die internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht unberechtigt sind, zeigt das Ergebnis der jüngsten CBI-Monatsumfrage bei rund 1650 Mitgliedsunternehmen.

Bei dem infrage kommenden Verkehrsflugzeuge handelt es sich um die modernsten Turbopropeller-getriebene Passagiermaschine, die 64sitze ATP (advanced turboprop airliner). Der erste Typ wird noch im British Aerospace-Werk in Woodford montiert; der Jungferflug ist für August nächsten Jahres vorgesehen.

BRITISH AEROSPACE / Lizenz für Sowjetunion?

Produktion neuer Turboprop

WILHELM FURLER, London

Bis zu 1000 Zivilflugzeuge einer neuentwickelten Turboprop-Version werden möglicherweise schon bald unter britischer Lizenz in der Sowjetunion hergestellt.

Bei dem infrage kommenden Verkehrsflugzeuge handelt es sich um die modernsten Turbopropeller-getriebene Passagiermaschine, die 64sitze ATP (advanced turboprop airliner).

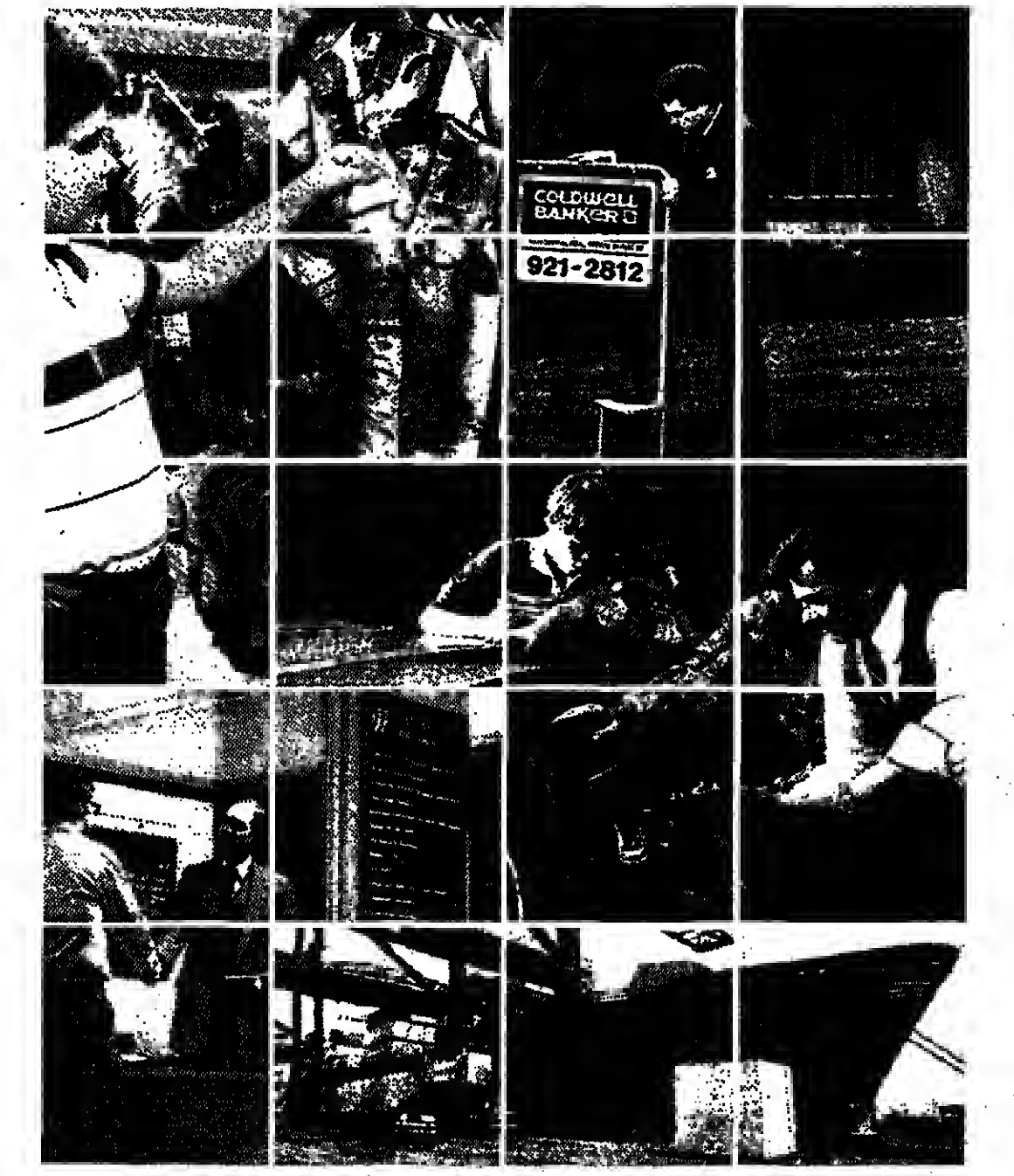
Käme der Lizenz-Vertrag mit einem angeblichen Wert von sieben Milliarden Pfund (rund 27 Mrd. DM)

zustande, wäre es das erste größere Geschäft, das nach dem Ende des letzten Krieges ein westliches Zivilflugzeug für die Sowjetunion betrafte.

Wie der für das ATP-Programm zuständige Unternehmenssprecher allerdings gegenüber der WELT betonte, seien alle Berichte, daß ein Abschluß der Verhandlungen bereits kurz bevorstünde, völlig voreilig.

Sears, Roebuck and Co.

Dient dem Verbraucher mit einem breiten Angebot innovativer Produkte und Dienstleistungen seit fast einhundert Jahren



Immobilien-geschäfte

- Die Coldwell Banker Real Estate Gruppe ist Nordamerikas größtes Full Service-Unternehmen im Immobiliengeschäft.
Führend in der Erschließung und Entwicklung von gewerblichen Immobilien.
Vermittlung von Wohn- und Geschäftsgebäuden.
Eine führende Bau- und Geschäftsgesellschaft für Einkaufszentren und Bürogebäude.
Über 1400 Büros in den USA und Kanada, einschließlich der Zweigniederlassungen

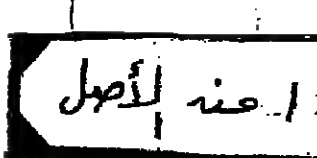
Welthandel

- Die Sears World Trade Inc., gegründet 1982, befaßt sich weltweit mit Handelsgeschäften.
Spezialisiert auf die Unterstützung von Unternehmen und Regierungen beim Export/Import von Produkten/Technologie.
Bietet Management- und Beratungs-Service.
Dienstleistungen zur Unterstützung von Handelsgeschäften, einschließlich Finanzierung und Frachtmanagement

Sears, Roebuck and Co. Finanzkennzahlen 1984

Table with 2 columns: Category and US-Dollar value. Rows include Erträge (38 828 000 000), Jahresüberschuß (1 454 800 000), Finanzanlagen (17 447 300 000), Aktiva (57 072 500 000), Eigenkapital (10 910 900 000).

Die Namens-Stammaktien der Sears, Roebuck and Co. sind zum Handel und zur amtlichen Notierung an der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassen worden.



LUITPOLDHÜTTE / Umfassende Neuordnung vorgesehen

Salzgitter gibt Mehrheit ab

DOMINIK SCHMIDT, Salzgitter: Die Halberghütte GmbH, Brehbe, ein Unternehmen der französischen Gruppe Saint Gobain/Pont-à-Mousson, übernimmt mit Wirkung vom 1. Oktober die Mehrheit an der Luitpoldhütte AG, Amberg. Nach Angaben des bisherigen Mehrheitsaktionärs, der bundeseigenen Salzgitter AG, geht damit auch die unternehmerische Führung an die Halberghütte über.

des Grundkapitals der Luitpoldhütte (37 Mill. DM). Künftig werden die Halberghütte mit 51 Prozent, Salzgitter mit 23 Prozent und der Freistaat Bayern mit unverändert 26 Prozent beteiligt sein. Wie es heißt, steht noch die Zustimmung des Salzgitter-Aufsichtsrats und des Bundeskartellamtes aus.

Mit der Übernahme der Mehrheit und der Unternehmensführung durch die Halberghütte sei eine umfassende Neuordnung des Amberger Unternehmens verbunden. Ein entsprechendes Konzept zur langfristigen Sanierung der Luitpoldhütte habe der Aufsichtsrat am Wochenende gebilligt. Wesentliche Elemente dieses Konzepts seien die Aufgabe der Rohrproduktion und der PVC-Fertigung. Gleichzeitig werde die Halberghütte die Maschinenfabrik umstrukturieren und für eine Auslastung der vorhandenen Kapazitäten sorgen.

Die damit verbundenen personellen Konsequenzen - 350 bis 450 Arbeitsplätze von insgesamt 1400 fallen weg - sollen durch vorzeitige Pensionierungen und Aufhebungsverträge vollzogen werden. Kündigungen würden erst nach Ausschöpfung aller anderen Mittel ausgedrückt. Die mit dem Verlust der Arbeitsplätze einhergehenden Härten sollen durch den vereinbarten Sozialplan weitgehend abgemildert werden.

Die Geschäftsanteile der Luitpoldhütte gehörenden Kloth-Senkung Metallgesellschaft GmbH, Hildesheim, werden nach Angaben der Salzgitter AG von der Tochter Salzgitter Hiltenswerk AG übernommen. Das ebenfalls zur Luitpoldhütte gehörende Werk Fronberg wird verstaatlicht und als 100prozentige Tochter der Luitpoldhütte in der Rechtsform einer GmbH fortgeführt.

Aufsichtsrat und Vorstand der Luitpoldhütte seien der Auffassung, daß das jetzt abgeschlossene Konzept der einzige Weg zu einer langfristigen Zukunftssicherung des seit vielen Jahren mit erheblichen Verlusten arbeitenden Unternehmens sei. Luitpoldhütte erzielte zuletzt einen Umsatz von rund 180 Mill. DM.

ANT / Kräftiges Wachstum in den Bereichen Satellitenausrüstung, Funksysteme und Digitaltechnik erwartet

Die Bundespost sorgt für hohen Auftragsbestand

WERNER NETZEL, Backnang

Auf kräftige Wachstumsschübe von drei verschiedenen Seiten her setzt die ANT Nachrichtentechnik GmbH, Backnang, die seit ihrer Herauslösung aus dem AEG-Konzern seit Anfang 1983 zu jeweils 40,8 Prozent zu Mannesmann und Bosch und zu 18,4 Prozent im Besitz der Allianz Versicherungs-AG ist. So rechnet Herbert Weber, der Vorsitzende der ANT-Geschäftsführung, mit einem überdurchschnittlichen Zuwachs im Bereich der Satellitentechnik.

In der Bestellung von Satelliten mit nachrichtentechnischer Nutzlast - hier ist die ANT nach eigenen Angaben in der Bundesrepublik mit Abstand die Nummer eins und in Europa gleich stark neben Thomson - sei "ziemlich viel Musik drin". Man rechne mittelfristig mit Wachstumsraten von 25 Prozent jährlich. Hohe Dynamik traut Weber auch dem Markt für mobile Funksysteme zu, auf dem sich die ANT stark fühlt. Des Weiteren sei davon auszugehen, daß die Umstellung auf die Digitaltechnik in den verschiedenen Sparten ein genereller Wachstumsmotor sein werde.

Für das laufende Geschäftsjahr 1985 prognostiziert Weber eine Steigerung des ANT-Umsatzes um 14 Prozent auf 1,1 Mrd. DM. Im Export erwarte man, den Vorjahresumsatz wieder zu erreichen, wozu einige Kabelgroßprojekte beitragen. Der gesamte Auftragsbestand dürfe am Jahresende um 21 Prozent über dem schon hohen Vorjahreswert liegen. Zu den wichtigsten Bestellungen zählen beispielsweise die der Deutschen Bundespost über Bildcodieranlagen, die für die Übertragung von Bildfernsehen und Videokonferenzen in großer Stückzahl benötigt werden.

Eine Auftragsabsichtserklärung besitzt die ANT über die nachrichtentechnische Nutzlast des Nachfolgers für den Fernseh-Rundfunk-Satelliten TV-SAT. Zum Ausbau des nach Dänemark gelieferten Funkrufsystems hat ANT einen weiteren Auftrag über 7000 Funkrufempfänger erhalten. Auch sei die gemeinsame Entwicklung eines Textbearbeitungssystems mit der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua vereinbart worden.

Zur verstärkten künftigen Bearbeitung des US-Marktes hat die ANT dort eine Vertriebs Tochter gegründet. Eine Produktion sei noch nicht vorgesehen, man wolle erst das Terrain sondieren. Auch werde eine Beteiligung am SDI-Programm "allenfalls irgendwo am Rande liegen". Um dem Trend zur immer größeren Bedeutung der Softwarearbeiten gerecht zu werden, wurde in Darmstadt eine eigene Softwaregruppe etabliert. Außerdem baut die ANT eine Lichtwellenleiter-Kabelherstellung in Offenburg auf, die nach Anfangsinvestitionen von 10 Mill. DM in 1987 anlaufen soll. Kupferkabel werden weiterhin von AEG-Kabel bezogen.

Im Geschäftsjahr 1984 hat die ANT ihren Umsatz um 11,5 Prozent auf 951 Mill. DM vergrößert. Etwa die Hälfte des Umsatzes wurde mit der Deutschen Bundespost abgewickelt. Auf das Auslandsgeschäft entfielen 21 Prozent vom Umsatz. Von den Arbeitsgebieten her stellen die Multiplexsysteme mit 40 Prozent den größten Umsatzträger, es folgen Richtfunksysteme mit 25 Prozent. Reichlich zehn Prozent entfallen auf Kabel-

anlagen und knapp unter zehn Prozent ("aber stark wachsend") auf die Satelliten-Technik.

Für Forschung und Entwicklung werden 13,5 Prozent des Umsatzes aufgewendet. Hier lagen die Schwerpunkte der Arbeiten bei digitalen Übertragungssystemen für Kupfer- und Lichtwellenleiternetze, bei Richtfunk- und Nachrichtensatelliten-Systemen, sowie einem digitalen Mobilfunksystem und koaxialen Breitbandverteilungssystemen. Etwa jeder fünfte ANT-Mitarbeiter ist in der Entwicklung tätig.

Investiert wurden im Berichtsjahr 58 (51) Mill. DM. Das Betriebsergebnis beziffert Weber auf 52 Mill. DM, es habe sich gegenüber dem Vorjahr etwas verbessert. Der Bilanzgewinn von 22,5 Mill. DM ist als 15prozentige Dividende an die Gesellschafter ausgeschüttet worden. Am Jahresende 1984 beschäftigte die ANT mit 6309 Mitarbeitern 9,5 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Ein weiterer Anstieg auf fast 6800 ist aufgrund der guten Beschäftigungslage bis zum Ende dieses Jahres vorgesehen.

DEUTSCHE BANK

Künftig Leasing am Schalter

HANS BAUMANN, Essen

Der Vorstand der Deutschen Bank hat beschlossen, künftig an den Schaltern der Großbank den Kunden auch die Leasing-Finanzierung anzubieten. Damit folgt sie als erste der Großbanken dem Beispiel der Sparkassen, die Leasing schon seit längerer Zeit über den Schalter anbieten.

Bisher wurde das Leasing-Geschäft der Deutschen Bank für Mobilien von der 100prozentigen Tochter, GEFA Gesellschaft für Absatzfinanzierung mbH, Wuppertal, betrieben, die die Anteile der GEFA-Leasing GmbH, hält. Im Immobilien-Leasing ist die Deutsche Bank über eine 50prozentige Beteiligung an der DIL Deutsche Immobilien-Leasing GmbH, Düsseldorf, tätig.

Von der Einbeziehung des Netzes der Deutschen Bank verspricht sich die GEFA einen weiteren kräftigen Schub ihres Leasing-Geschäftes, das bisher stets Wachstum hatte. Um das Personal der Zweigstellen für das Leasing-Geschäft zu befähigen, wird ein Standard-Vertrag ausgearbeitet, der das Fundament für spätere Schulung und Spezial-Angebote sein soll.

Die GEFA-Leasing GmbH wurde 1988 gegründet. Sie bietet Investoren Computer, Maschinen und Fahrzeuge an. Seit ihrem Bestehen hat die GEFA-Leasing GmbH Ausrüstungen im Wert von über 3 Mrd. DM an ihre Kunden vermietet. In 19 Großstädten der Bundesrepublik ist sie mit Niederlassungen vertreten.

GEFA-Leasing GmbH ist seit 1983 auch an der größten markenunabhängigen Autoleasing-Gesellschaft ALD Autoleasing GmbH, Hamburg, mit 30 Prozent des Kapitals beteiligt. Die Gesellschaft verfügt zur Zeit über einen Fahrzeugbestand von rund 700 000 Einheiten.

Die Muttergesellschaft GEFA Gesellschaft für Absatzfinanzierung mbH wurde bereits 1929 in Berlin gegründet. Sie hat ein Bilanzvolumen von 1,3 Mrd. DM und bietet mit ihrem Know-how aus einem Haus Leasing, Factoring und das Kreditgeschäft an. GEFA-Leasing erwartet auch für das laufende Jahr bei lebhaftem Wettbewerb wieder ein befriedigendes Ergebnis.

Weltweite Sicht kann man abonnieren.

Bitte: 

AN DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bitte liefern Sie mir zum nächstreicheren Termin an bis auf weiteres:

DIE WELT

1. ANFANGSNUMMERE 1985/1 bis 12/12/85

zum monatlichen Bezugspreis von DM 26,50 (Ausland 35,-), Luftpost auf Anfrage, amtliche Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Vorname/Name: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Beruf: _____

Vom./Tel.: _____

Datum: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei:

DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift: _____ 01-042

Sie haben das Recht, eine Abbestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Deutlich höhere Investitionen

GEORG BAUER, Kiel

Als besonders positiv für die Situation des Arbeitsmarktes in Schleswig-Holstein hat der Vorsitzende der Vereinigung der schleswig-holsteinischen Unternehmerverbände, Klaus Murrmann, die Tatsache begrüßt, daß die Erweiterungsinvestitionen gegenüber den Rationalisierungsinvestitionen im produzierenden Gewerbe und im Großhandel deutlich gewachsen sind. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen sie 1985 um sieben Prozent auf 30 Prozent der Gesamtinvestitionen. Die Rationalisierungsinvestitionen gingen hingegen um neun auf 33 Prozent zurück.

Insgesamt belaufen sich die Investitionspläne der Unternehmen für 1985 auf 477 Mill. DM. Damit wird der Vorjahresstand (423 Mill. DM) um nominal 12,5 Prozent und real um rund 10,5 Prozent übertrafen. Wie die Ergebnisse einer Umfrage bei 115 Unternehmen, die rund 35 Prozent der Wirtschaft des Landes repräsentieren, zeigen, wird der Umsatz in diesem Jahr gut 11 Mrd. DM und damit um real 1,8 Prozent über dem Resultat des Vorjahres liegen.

Trotz massiver Entlassungen in der Baubranche konnten die Firmen ihren Personalbestand in den ersten drei Quartalen 1985 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 0,6 Prozent erhöhen. Im kommenden Jahr erwartet Murrmann auch eine verbesserte Entwicklung im Konsumbereich.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Vierte Containerstation

Mannheim (apa/WVD) - Die Rhenania-Gruppe, Mannheim, wird nach Mannheim, Karlsruhe und Mainz ihre vierte Containerstation in Neuss errichten. In der ersten Ausbaustufe stehen dort über 6000 qm Depotfläche zur Verfügung. Eine Erweiterung auf bis zu 21 000 qm ist vorgesehen. Das Transportunternehmen Rhenania, das 1984 rund 450 Mill. DM umsetzte, blicke im ersten Halbjahr 1985 eine Umsatzsteigerung von acht Prozent.

Zweistellige Plusrate

Berlin (th.) - Die Dr. Bruno Lange GmbH, Berlin, Hersteller von Analysengeräten und Reagenzien für den Umweltschutz und die Medizintechnik, hat in der Sparte Umwelttechnik zweistellige Zuwachsraten erzielt. In der Medizintechnik blieben die Absatzfolge nach Angaben des Unternehmens auf hohem Niveau. 1984 wurden 34 Mill. DM umgesetzt; für

1985 werden 40 Mill. DM Umsatz erwartet. Die Belegschaft ist in den letzten Monaten um 50 auf 305 Mitarbeiter erhöht worden.

Konditoren in Hamburg

Hamburg (zy) - Der Deutsche Konditorenbund hat gestern in München beschlossen, die Internationale Konditorenexposition künftig regelmäßig in Hamburg zu veranstalten. Die erste Ausstellung ist für 1987 vorgesehen. Neben Hamburg hatten sich auch München, Berlin, Köln, Düsseldorf und Frankfurt beworben.

Waschmaschinen-Rekord

Gütersloh (hdt.) - Bei dem ältesten deutschen Waschmaschinen-Hersteller, der Miele & Cie. GmbH & Co., Gütersloh, ist in diesen Tagen das 10-millionste Gerät vom Band gelaufen. Am Anfang dieser Entwicklung standen um die Jahrhundertwende einfache Holzbottich-Geräte, bei denen später ein Elektromotor die

Muskelkraft ersetzte. Nach 1950 kamen mechanische Waschvollautomaten auf den Markt, die Ende der siebziger Jahre durch computergesteuerte Modelle abgelöst wurden. Die Miele-Gruppe beschäftigt heute über 11 000 Mitarbeiter und setzt rund 1,8 Mrd. DM um.

Anreichend vorgesorgt

Düsseldorf (Py) - Eine zufriedenstellende Ertragslage und ein gutes Betriebsergebnis haben bei der Stadtparkasse Aachen 1984 eine ausreichende Risikovorsorge und eine angemessene Eigenkapitaldotierung ermöglicht. Der Jahresüberschuß erreichte 12 Mill. DM. Die Bilanzsumme der Sparkasse wuchs auf 3,3 Mrd. DM, die Gesamteigenlagen erhöht sich auf 2,8 Mrd. DM, davon 1,96 Mrd. DM langfristiger Art. Das Kreditvolumen stieg um 4,6 Prozent. Insgesamt wurden Kredite und Darlehen von 515 Mill. DM bewilligt, im Jahr zuvor waren es noch 673 Mill. DM.

KONKURSE

Konkurse eröffnet: Aachen: Ludwig Müller KG, Alsdorf-Hoengen; Berlin: Charlottenburg: Heinrich Reinsch Fleischgroßhandel GmbH, Nachl. d. Wigo Spöhr; Bochum: Karl-Hermann Starck; Detmold: Pfaff Wohnwagen-Vertrieb Ges. mbH, Horn-Bad Meinberg; Brüggen: KG Baumunternehm.; Duisburg: Helz Günter Schmidt; Möbelkaufmann; Gelsenkirchen: Zöger Wehmer Geliebtes; Krefeld: Knochen-Extraktion GmbH; Hannover: KG L. Steinwedel GmbH & Co.; Ingolstadt: Bernd Schwarz KG; Restaurationsbetriebe; Ischloe: Tennis- u. Freizeitzentrum Ischloe GmbH & Co. KG; Tennis- u. Freizeitzentrum Ischloe GmbH; München: Mischungsabzsch.

Hans Cyrell Krücken, Viersen 12; Neuss: Alberto Fischer; Wiesbaden: Delta Grundstücksbes. mbH, Westerland; Nordfriesland: Zwißel, Dunsenwörth; AFM Automobile GmbH; Nürnberg: Baumunternehmung Mayer GmbH; Regensburg: Hans-Joachim Hebel; Koblhepp; Siegburg: SER-Exclusiv-Reisen GmbH & Co. KG; Salsbach: WDK Baugeschäft GmbH; Friedrichthal.

Vergleich beantragt: Hamburg: Laurence Art Products; Kunst- u. Geschenkhandel GmbH; Ischloe: Gladen-Dachdeckermeisterbetrieb GmbH; Wermers: Rotapack-Stationen; Formulardruck u. Verarbeitungs GmbH, Ostthofen.

PRÄZISIONSWERKZEUGE / Lieferfristen spürbar länger - Berichte von der EMO

Ertragslage ist größtes Sorgenkind

DOMINIK SCHMIDT, Hannover: Mit einem Anhalten der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung bis Ende nächsten Jahres rechnet die Fachgemeinschaft Präzisionswerkzeuge im Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau. Wolfgang Kelch, Vorsitzender der Fachgemeinschaft, erklärte im Rahmen der in Hannover stattfindenden Europäischen Werkzeugmaschinen-Ausstellung (EMO), Wachstumsraten setze der Branche allenfalls der Mangel an fachlich qualifizierten Mitarbeitern. Für das Gesamtjahr 1985 zeichnet sich nach den Worten des Geschäftsführers, Bruno Lämle, ein nominales Umsatzwachstum um mindestens 15 Prozent auf gut 6 Mrd. DM ab.

Die aktuelle Situation sei durch den weiteren kräftigen Anstieg der Auftragsgänge und durch durchschnittlich 22 Prozent im ersten Halbjahr 1985 gekennzeichnet. Kelch zufolge hielten sich dabei die Inlands- und Auslandsnachfrage in etwa die Waage. Die Reichweite der Auftragsbestände sei mittlerweile auf 4,4 Monate gestiegen gegenüber 3,5 Monaten vor Jahresfrist. Damit habe die Branche

einen Stand erreicht, der als optimal anzusehen sei. Einzelne Sparten, etwa Spannzuge und Hartmetallwerkzeuge liegen bereits darüber.

Die kräftige Zunahme der Bestellungen habe alle Beschäftigungsorgane der Präzisionswerkzeug-Industrie ausgenutzt. Die Kapazitäten seien zu 89 Prozent ausgelastet; dies sei praktisch Vollbeschäftigung. Zu einem Problem entwickelten sich derzeit die Liefertermine. Der in den schlechten Jahren 1982 und 1983 bei Herstellern und Abnehmern vorgenommene Lagerabbau, so Kelch, habe dazu geführt, daß der Anfang 1984 einsetzende Nachfragestoß voll auf die Produktion durchschlug.

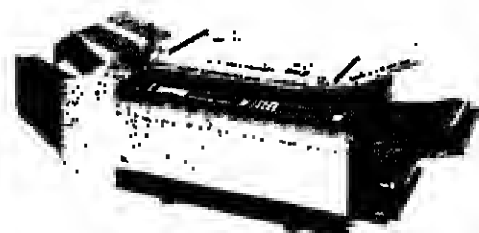
Zusätzliche Nachfrageimpulse habe der durch den hohen Dollarkurs forcierte Export bewirkt. Die Folge seien Liefertermine von fünf bis sechs Monaten. Die Kunden indes forderten immer kürzere Lieferzeiten. Obwohl die Unternehmen die Beschäftigtenzahl seit 1984 um gut 1000 auf über 50 000 Personen aufgestockt hätten, ließen sich Überstunden nicht vermeiden.

Der Export von Präzisionswerk-

zeugen, der 1984 bereits um 9 Prozent auf rund 1,9 Mrd. DM zunahm, stieg im ersten Halbjahr 1985 um fast 19 Prozent. Dennoch verringerte sich der Exportanteil von 37,5 Prozent im Jahre 1983 auf jetzt 35 Prozent. Davon, so Kelch, spiegelt sich das wachsende Inlandsmarktvolumen wider. Auch die Einfuhr von Präzisionswerkzeugen (1984: plus 15 Prozent auf 1 Mrd. DM) zeigt den gleichen Trend: Im ersten Halbjahr erhöhten sich die Importe erneut um 31 Prozent; ihr Anteil am Umsatz liegt jetzt bei 25 Prozent.

Als das "größte Sorgenkind der Branche" bezeichnete Kelch die Ertragslage. Trotz Vollbeschäftigung könnten die Verkaufspreise - vor allem bei den Großkunden aus der Automobilindustrie (Anteil 40 Prozent), dem Maschinenbau (30 Prozent) und der Elektroindustrie (10 Prozent) - nicht im notwendigen Umfang durchgesetzt werden. Im Berichtszeitraum habe man lediglich Erhöhungen von 2,7 Prozent durchsetzen können. Per Saldo bleibe ein "unbewältigter Kostenblock" von drei bis vier Prozent übrig.

Achtung-Fertig-Los! Zoom-Kopieren im Schnell-Durchgang. TA 250 Z.

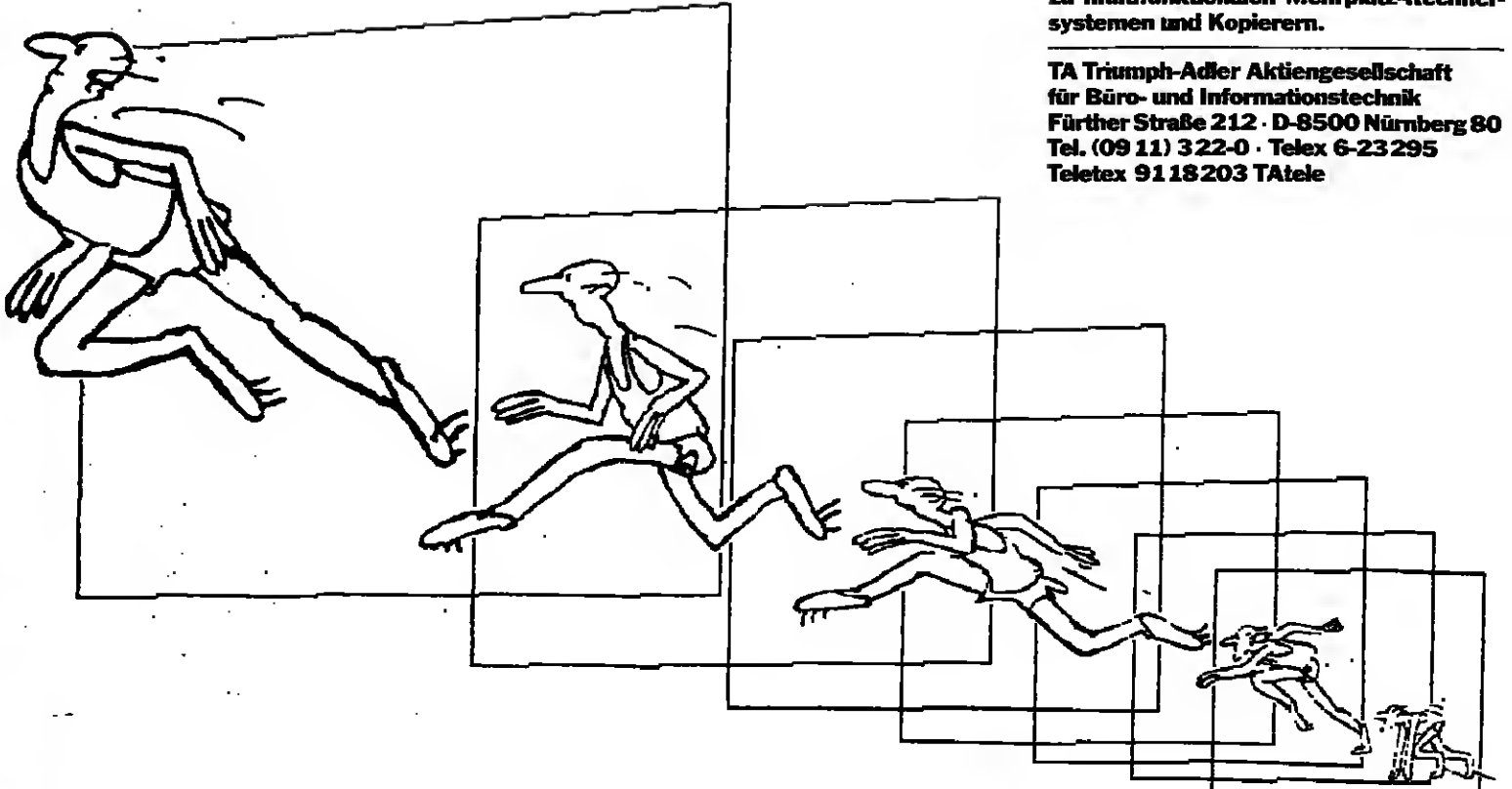


SCHNELL, FLEXIBEL UND WIRTSCHAFTLICH KOPIEREN.

Energie und Ausdauer haben auch im Büro Alltag. Gerade beim Kopieren. Deshalb sollten Sie sich für einen Kopierer entscheiden, der allen Leistungsanforderungen schnell, flexibel und wirtschaftlich entsprechen kann. Und der auch noch Extra-Leistungen bringt. Wie der TA 250 Z. Seine besonderen Vorteile: Mit 50 Kopien A4 pro Minute verarbeitet er selbst größte Kopien-Mengen innerhalb kurzer Zeit. Damit ist der TA 250 Z sowohl auf der Kurz- als auch auf der Langstrecke außerordentlich flexibel. Mit seiner Zoom-Funktion können Sie Vorlagen verkleinern und vergrößern - stufenlos. Die Bedienung über Display macht den Umgang mit ihm einfach, problemlos und mit einem 20-Stationen-Sortier auch noch mühelos.

TA - der Name steht für ein breites Programm umfassender Bürokommunikation. Von der Schreibmaschine über Personal-, Text- und Büro-Computer bis hin zu multifunktionalen Mehrplatz-Rechner-Systemen und Kopierern.

TA Triumph-Adler Aktiengesellschaft für Büro- und Informationstechnik Fürther Straße 212 · D-8500 Nürnberg 80 Tel. (09 11) 3 22-0 · Telex 6-23 295 Teletex 91 18 203 TAtete



Italien rechnet mit Zuwachsraten

HUBERTUS BLASS, Hannover: Mit 117 Ausstellern und 550 Produkten auf einer Fläche von 20 000 Quadratmetern präsentiert sich der italienische Werkzeugmaschinenherstellerverband (Ucimu) nach der Bundesrepublik als zweitgrößter Aussteller auf der 6. EMO, der Welt größter Messe auf dem Sektor für Werkzeugmaschinen. Die Perspektiven für diese Branche sind nach Angaben des Präsidenten des Verbandes, Pierluigi Streparava, von Optimismus gekennzeichnet.

Im Jahre 1984 belegte Italien den fünften Rang unter den Ausführenden von Werkzeugmaschinen. An vorderster Stelle der Abnehmer rangiert die Bundesrepublik mit einem Volumen von 170 Mill. DM und einer Steigerung der Einfuhren gegenüber 1983 von 19,4 Prozent. Streparava wertete diese Zahlen angesichts des hohen technologischen Standards in der Bundesrepublik als einen Beweis für das Markenzeichen "Made in Italy".

Den zweiten Platz unter den Abnehmern belegt die USA mit 10,4 Prozent der italienischen Maschinenproduktion, gefolgt von Frankreich, der UdSSR und Großbritannien.

Als Beweis gegen die im "Klima schärfsten Wettbewerbs" aufgetauchten Gerüchte, die italienischen Werkzeugmaschinenhersteller seien wenig zuverlässig, führte Streparava so prominente Abnehmer wie General Motors und Mercedes, Boeing und Aero Spatiale ins Feld. "Man verkauft nicht an solche Hersteller, wenn man keine Technologie und keinen Service bieten kann", argumentierte der Präsident.

Vehement stellte Streparava jeglichen Protektionismus seitens der Regierung in Abrede. Es sei hinreichend bekannt, daß die italienische Industrie unter Bedingungen arbeite, die denen der wichtigsten Konkurrenzindustrien beachtlich nachstünden. Die Ucimu hätte im Gegenteil der Regierung "Maßnahmen abgerungen"; die

es ausländischen Konkurrenten erst ermöglicht hätten, in zwölf Monaten 1000 Maschinen an ein verhältnismäßig kleines Marktsegment mittelständischer Unternehmen abzusetzen. Als ein Zeichen der Offenheit führte Streparava die Tatsache an, daß die italienischen Hersteller ihre Produkte, wie die sogenannten flexiblen Herstellungssysteme (FMS) in Hannover präsentierten, die den zukünftigen "Automationsfabriken" am nächsten kämen.

Aufgrund ihres derzeitigen Erfolges mit erwarteten Zuwachsraten für das Jahr 1985 von global sieben Prozent, für den Export acht Prozent und Import fünf Prozent, sehe die italienische Werkzeugmaschinenherstellerei die Zukunft und fernöstlichen Konkurrenz relativ unbesorgt entgegen, meinte Streparava. Dennoch, das wurde ebenfalls angemerkt, die Japaner könnten im vergangenen Jahr immerhin einen Zuwachs von 37,7 Prozent nach Italien verzeichnen.



SIEMENS

Elektronik macht das Telefon mobil

Berlin, September '85. Das deutsche Autotelefonnetz wird zum modernsten der Welt - durch das neue, digital gesteuerte Mobilfunksystem von Siemens.

Mit der Internationalen Funkausstellung in Berlin begann der Probetrieb im neuen Autotelefonnetz der Deutschen Bundespost. Siemens hatte die Idee, entwickelte und baute das neue System - Netz C genannt - für über 200 000 Teilnehmer, fast das Zehnfache der bisherigen Kapazität.

Elektronik macht es jetzt möglich, einen Teilnehmer unterwegs zu erreichen, auch ohne zu wissen, wo er sich gerade aufhält. Während der Fahrt vollzieht sich der Wechsel von einem Funkbereich in den anderen völlig unbemerkt. Außerdem schützt das neue System vor unbefugtem Mithören.

Die Erfahrungen aus vielen europäischen Ländern gingen auch ein in die Konzeption des Mobiltelefons selbst. Echte Ein-Hand-Bedienung durch Integration des Bedienteils in den Hörer, Rufnummernspeicher, Wahlwiederholung, problemloser Transport von einem Fahrzeug in ein anderes sind nur die wichtigsten Vorteile.

Das mobile Telefonieren ist eines der vielen Anwendungsgebiete der Mikroelektronik. Wenn Sie mehr über diese Schlüsseltechnologie und den Nutzen ihrer Anwendung wissen wollen, schreiben Sie an Siemens AG, Infoservice 112-1293, Postfach 156, D-8510 Fürth.



Chancen mit Chips.
Siemens.

WINTERSHALL / Erhöhung der Öl- und Gas-Reserven bleibt wichtigstes Ziel

Wieder gutes Ergebnis in Sicht

DOMINIK SCHMIDT, Den Haag
Bei der zur BASF-Gruppe gehörenden Wintershall AG, Kassel, zeichnet sich nach den bereits guten Ergebnissen des Jahres 1984 erneut eine Verbesserung der Geschäftsentwicklung ab. Helz Wüstefeld, Vorstandsvorsitzender des Unternehmens, erklärte bei der Vorlage der Halbjahreszahlen in Den Haag, die Erfolge bei der Gewinnung von Erdöl und Erdgas gingen weiter.

Im Verarbeitungsbereich arbeitet Wintershall zwar noch immer mit roten Zahlen; die Betriebsverluste seien aber weiter gesenkt worden. Im Geschäftsjahr 1984 hatte das Unternehmen einen Gruppenumsatz von 11,8 (16,5) Mrd. DM ausgewiesen. Die AG erzielte bei einem Umsatz von 5,9 (5,8) Mrd. DM einen Jahresüberschuss von 266 (242) Mill. DM. Die freien Rücklagen wurden mit 250 Mill. DM dotiert.

In den ersten sechs Monaten 1985 verzeichnete die AG einen Umsatzanstieg um 7 Prozent auf 3,1 (2,9) Mrd. DM. In der Gruppe ergab sich gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum ein Plus von 16 Prozent auf knapp 6,4 (5,5) Mrd. DM. Jeweils die Hälfte des Zuwachses entfiel nach Wüstefelds Worten auf Preisverbesserungen und Mengensteigerungen.

Wichtigster Unternehmensbereich ist die Sparte Öl und Gas mit einem Umsatz von 4,4 (4,15) Mrd. DM (plus 17 Prozent). Beim Erdöl halte die erfreuliche Entwicklung der Produktion an. Wüstefeld rechnet im Ge-

samtjahr 1985 mit einem Anstieg um 5 Prozent auf 3,2 Mill. Tonnen. Im Inland mache sich dabei die Inbetriebnahme von Schwedensack-See bemerkbar (plus 10 Prozent). Die ausländische Produktion lag im ersten Halbjahr um 7 Prozent über dem Niveau des Vorjahres und erreichte 1,23 Mill. Tonnen. Davon dürften auf den Deminex-Anteil gut 650 000 Tonnen entfallen.

Zurückhaltender sind die Wintershall-Prognosen bei Erdgas. Erwartet wird eine unveränderte Fördermenge von 2 Mrd. cbm. Im ersten Halbjahr 1985 lag die Inlandsproduktion bei 749 Mill. cbm; auf die ausländische Förderung entfielen 275 Mill. cbm Gas, wobei die holländische Nordsee den wichtigsten Beitrag liefert.

Die Investitionen, so Wüstefeld, werden 1985 nicht wieder den hohen Vorjahreswert (807 Mill. DM) erreichen. Innerhalb der Gruppe dürften rund 400 Mill. DM investiert werden, davon die Hälfte in der AG. Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit (rund 250 Mill. DM) liegt im Unternehmensbereich Öl und Gas und betrifft die Feldes-Entwicklung und den Ausbau sowie den Bereich der Mineralölverarbeitung.

Wichtigstes Unternehmensziel bleibe die Erhöhung der Öl- und Gasreserven im In- und Ausland. Zu diesem Zweck würden 1985 rund 900 (274) Mill. DM in die Exploration fließen. Die Finanzierung dieser Aktivitäten erfolge wie bisher aus dem lau-

fenden Cash-flow. Wintershall verfüge derzeit über Konzessionsgebiete von 22 000 qkm im Inland und rund 24 000 qkm im Ausland.

Unverändert düster sei das Bild in der Ölverarbeitung. Dem stagnierenden Mineralölverbrauch in den westlichen Industrieländern stünden immer höhere Raffineriekapazitäten in den Opec-Ländern gegenüber. Wintershall habe die Verluste im Verarbeitungsbereich 1984 zwar auf 120 (gut 200) Mill. DM reduziert, sei aber noch immer nicht aus dem Schneide. Im ersten Halbjahr ergebe sich erneut ein Minus von 40 Mill. DM. Die Auslastung der Raffinerien in Lingen und Mannheim liege nur bei 64 Prozent. Dagegen würden die Betriebe in Salzbergen und in Ibbenbüren voll genutzt.

Wüstefeld vertritt die Ansicht, daß die Bundesregierung darauf achten müsse, daß der Anpassungsprozeß der Raffineriekapazität nicht ausschließlich in der Bundesrepublik vorgenommen wird. Immerhin liege der Importanteil jetzt schon bei 40 Prozent. Wintershall selbst will sich verstärkt auf die Herstellung von Schmierstoffen konzentrieren und strebt dort einen Marktanteil von 30 Prozent an. Beklagt wird der „noch immer zu hohe“ Förderabgabensatz in der Bundesrepublik. Hier seien weitere gezielte Erleichterungen notwendig, um die Explorationstätigkeit zu beleben.

BÜROWIRTSCHAFT / Stabile Preise bei Schreibmaschinen

Die Talfahrt überwunden

PETER ZERBE, Hamburg
Die deutsche Bürowirtschaft blickt zuversichtlich nach vorn. Die Talfahrt konnte in den vergangenen Monaten überwunden werden. Das versicherte gestern Rolf Heineke, Vorsitzender des Fachverbands Bürowirtschaft, Hamburg, zur Eröffnung der Norddeutschen Büro-Fachausstellung in Hamburg.

Die Bürowirtschaft konnte 1984 einen Gesamtumsatz von 22 Mrd. DM erzielen. Damit ist der Bundesverband Bürowirtschaft mit seinen rund 5700 Handelsfirmen mit etwa 150 000 Beschäftigten nach den Bereichen Lebensmittel und Textilien der drittgrößte Fachverband in der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels. Gegenüber 1983 bedeutete der Umsatz 1984 ein Plus von vier Prozent.

Im Vergleich dazu: Der gesamte übrige Einzelhandel brachte 1984 nur eine durchschnittliche Steigerung

von nominal 2,5 Prozent zustande. Besonders gut entwickelt haben sich in den vergangenen 18 Monaten die Büroerichter. Sie erreichten eine nominale Umsatzsteigerung von etwa 13 Prozent nach 3,8 Prozent im Jahre 1983.

Speziell der Bereich „Schreibmaschinen“ wird heute von den Fachhändlern wieder optimistisch betrachtet, nachdem die drei großen europäischen Hersteller Triumph/Adler, Olivetti und Olympia bei der EG-Kommission in Brüssel eine Anti-Dumping-Klage gegen die mit starkem Druck auf den Markt der Europäischen Gemeinschaft drängenden japanischen Schreibmaschinen-Hersteller eingereicht hatten. Dadurch wurden den Japanern EG-Einfuhrzölle zwischen 17,6 und 35 Prozent für die nächsten fünf Jahre auferlegt. Dies würde sich inzwischen stabilisierend auf das EG-Preisgefüge aus-

ZVEI: Impulse für Antennenbauer

adh. Frankfurt

Einen deutlichen Trend zu kostengünstigeren Gemeinschaftsantennen und zur Breitband-Kabeltechnik registriert die Antennenindustrie in der Bundesrepublik Deutschland. Bisher empfangen allerdings noch beinahe die Hälfte der rund 22 Millionen Fernsehbetreiber in der Bundesrepublik ihre Programme über Einzelantennen, betont der Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie in Frankfurt.

Die geplante Änderung der Gebührenstruktur der Bundespost wird nach Auffassung des ZVEI-Fachverbands Empfangsantennen und Breitbandkommunikation für den Anschluß an das Breitband-Kabel-Netz neue Impulse geben. Denn der Rationalisierungsvorteil, der beim Anschluß großer Anlagen entsteht, erklärt der Verband, werde an die Teilnehmer und Betreiber weitergegeben.

Positiv bewertet die Industrie auch die vom kommenden Jahr an geplanten „besseren Rahmenbedingungen“ für private Tätigkeiten im Bereich der Verkabelung. Dem Handwerk, den Wohnungsgesellschaften und den Anlagenbetreibern werde damit mehr Raum für den wirtschaftlichen Betrieb eigener Gemeinschaftsantennen gegeben.

Die 17 deutschen Antennenhersteller setzten im vergangenen Jahr mit Material für Rundfunk- und Fernsehempfangsanlagen auf dem heimischen Markt rund 350 Mill. DM um. Davon geht bereits weit mehr als ein Viertel, so der ZVEI, in den Sektor der Breitband-Kabel-Technik der Bundespost.

Gleichwohl betrachtet die Branche die Einzelantenne als einen wichtigen Sektor, heißt es. Auch für die Zukunft werde diesem Markt ein weiterhin bedeutender Anteil eingeräumt. Die Hersteller denken dabei besonders an den Sendebeginn des deutschen Direktfunk-Satelliten. Dann sollen auch für die Einzel-Empfangsanlage alle notwendigen Bauteile zum Empfang des deutschen Satellitenprogramms verfügbar sein, betont der Branchenverband.

IRLAND / Steigende Agrexporte in die Bundesrepublik

Tabak übertrifft Spirituosen

H. HILDEBRANDT, Bielefeld
Der deutsche Markt, nach Großbritannien seit mehreren Jahren zweitgrößter Abnehmer irischer Produkte, hat seine Einfuhren von der Grünen Insel in jüngster Zeit erheblich ausgeweitet. So stiegen die Gesamtimporte von 1,82 Mrd. DM im Jahre 1983 auf 2,29 Mrd. DM in 1984, sie erreichten im 1. Halbjahr 1985 bereits 1,40 Mrd. DM. Von dieser Entwicklung profitierten besonders die Agrarprodukte, deren Importwert von 1983 auf 1984 von 346 auf 354 Mill. DM zunahm und im 1. Halbjahr 1985 mit 242 Mill. DM bereits den Vorjahreswert um 35,2 Prozent übertraf.

Die Republik Irland exportiert gegenwärtig mehr als die Hälfte ihres landwirtschaftlichen Produktionswertes, bei Vieh und Fleisch liegt dieser Anteil mit 80 Prozent sogar noch wesentlich höher. Fleisch ist auch im Export nach der Bundesrepublik der größte Einzelposten, der Wert von 93

Mill. DM 1984 bedeutet immerhin ein Plus von elf Prozent gegenüber dem Vorjahr. Eine wesentliche Rolle bei den deutschen Einfuhren spielen auch Butter, Milch, Fisch und pflanzliche Nahrungsmittel, wobei der Import von Gerste sich in Jahresfrist mehr als verdoppelte. Ein nicht uninteressanter Posten in der deutsch-irischen Handelsbilanz 1984 waren Tabakerzeugnisse mit 49 Mill. DM, die damit Spirituosen mit nur knapp 18 Mill. DM weit übertrafen.

Die Spirituosen holten jedoch im 1. Halbjahr 1985 kräftig auf, bedingt durch die steigende Nachfrage nach Irish Whiskey und Cream-Likör. Am Rande kann noch vermerkt werden, daß auch für eine halbe Million DM irische Pferde in die Bundesrepublik exportiert wurden, das kann als Reversen an die Züchter auf der Grünen Insel gewertet werden.

JUGOSLAWIEN / Überhöhte Abgaben verhindern eine Gesundung der Wirtschaft

Grundlegende System-Reform nötig

dpa/VWD, Belgrad
Die führende jugoslawische Tageszeitung „Politika“ veröffentlichte vor wenigen Tagen diese Karikatur: Ein Reiter, der mit zahlreichen Packtaschen behängt ist, steht vor seinem toten Gaul. Die Taschen tragen Aufschriften wie: Zinszahlungen, Abgaben an die Regierung, die Behörden und die Wirtschaftskammern. Auf dem Rücken des toten Pferdes steht „Wirtschaft“ und der Reiter erklärt: „Ich muß mir schnellstens ein neues Pferd besorgen!“

In seltener Klarheit verdeutlicht diese Zeichnung die Gründe, warum die kranke Wirtschaft des Balkanstaates nicht genesen kann. Trotz aller Beschwörungen der Politiker, die Wirtschaft den Marktgesetzen zu überlassen, verhindern überzogene Betriebsabgaben an Behörden auf Bundes-, Republik- und Gemeindeebene eine Gesundung der schwer angeschlagenen Volkswirtschaft. Die Folge: Allein im ersten Halbjahr 1985 haben die Unternehmen einen Verlust von 195 Mrd. Dinar (knapp zwei Mrd. DM) „erwirtschaftet“.

Rund 450 000 Beschäftigte in 1 700 Firmen mußten Gehaltskürzungen hinnehmen. Dabei reicht bei einer Inflationsrate von rund 80 Prozent auch

der Durchschnittsverdienst von 32 000 Dinar (rund 326 DM) nicht mehr zum Leben. Die Arbeiter reagierten mit einer Rekordzahl von Streiks gegen diese Löhne unter dem Existenzminimum.

Vor diesem Hintergrund beklagen Experten einen „Teufelskreis“, der kaum zu durchbrechen ist. „Hungerlöhne“ lassen die Arbeitsmoral sinken, eine sinkende Arbeitslust bringt ein Sinken der Güterproduktion und Betriebsverluste mit sich. Bei Verlusten gibt es jedoch keinen Spielraum für die Erhöhung der Einkommen.

Die Industrieproduktion stieg in den ersten acht Monaten nur um 2,4 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Geplant wurde für das laufende Jahr ein Zuwachs von vier Prozent. Vor allem der Export, der die Devisen zur Begleichung der 20 Mrd. Dollar (60 Mrd. DM) Auslandsschulden bringen soll, liegt weit unter den vorgegebenen Zielen: So hat nicht eine der 27 größten Exportfirmen der Republik Serbien bisher die Planvorgaben eingehalten. Die Republik Kroatien hat den Westexport in den ersten acht Monaten gegenüber dem Vorjahr nur um ein Prozent angehoben.

Vor wenigen Tagen kritisierte selbst der jugoslawische Parteichef Vidoje Zarkovic, daß keine konkreten Maßnahmen zur Änderung der ungunstigen Situation ergriffen würden. „Stattdessen wiederholt man allgemeine programmatische Standpunkte und wandelt sie allmählich in abgedroschene Phrasen um“, so die Analyse des Vorsitzenden der jugoslawischen Kommunisten.

Vor mehr als zwei Jahren hatte das Parlament ein umfangreiches Reformprogramm verabschiedet, das mehr Markt und einen größeren Spielraum für Privatunternehmen vorsieht. Seitdem ist viel über dieses Programm geredet worden. Die dort geforderten Systemänderungen lassen jedoch weiter auf sich warten.

Offenbar sind die Parteifunktionäre nicht bereit, durch die Trennung von Staat und Wirtschaft ihre eigene Machtbasis aufzugeben. Denn ein solcher Trennungsstrich ließe eine Konkurrenz zum Machtmonopol der Funktionäre in Gestalt erfolgreicher Manager entstehen. Selbst viele jugoslawische Experten halten daher eine Behebung der Wirtschaftsmisere nur bei einer gleichzeitigen Reform des politischen Systems für möglich.

Handwritten signature or mark at the bottom of the page.

Bundesanleihen

Table of German federal bonds (Bundesanleihen) with columns for issue date, maturity, and price.

Bundepost

Table of German postal bonds (Bundepost) with columns for issue date, maturity, and price.

Länder-Städte

Table of state and city bonds (Länder-Städte) with columns for issuer, maturity, and price.

Bankschuldversch.

Table of bank debt securities (Bankschuldversch.) with columns for issuer, maturity, and price.

Bundesbahn

Table of German railway bonds (Bundesbahn) with columns for issue date, maturity, and price.

Belegung der Nachfrage

Da möglicherweise die New Yorker Beschlüsse der Finanzminister und Notenbankpräsidenten zu weltweit rückläufigen Zinsen führen können, wird am deutschen Kapitalmarkt ein Anzeichen für eine Belebung der Nachfrage spürbar. Die Konzentration der Nachfrage auf festverzinsliche Wertpapiere ist ein Zeichen für ein stärkeres Vertrauen in den deutschen Staat.

(Realität 6,47 Prozent) nicht platziert werden soll.

Währungsanleihen

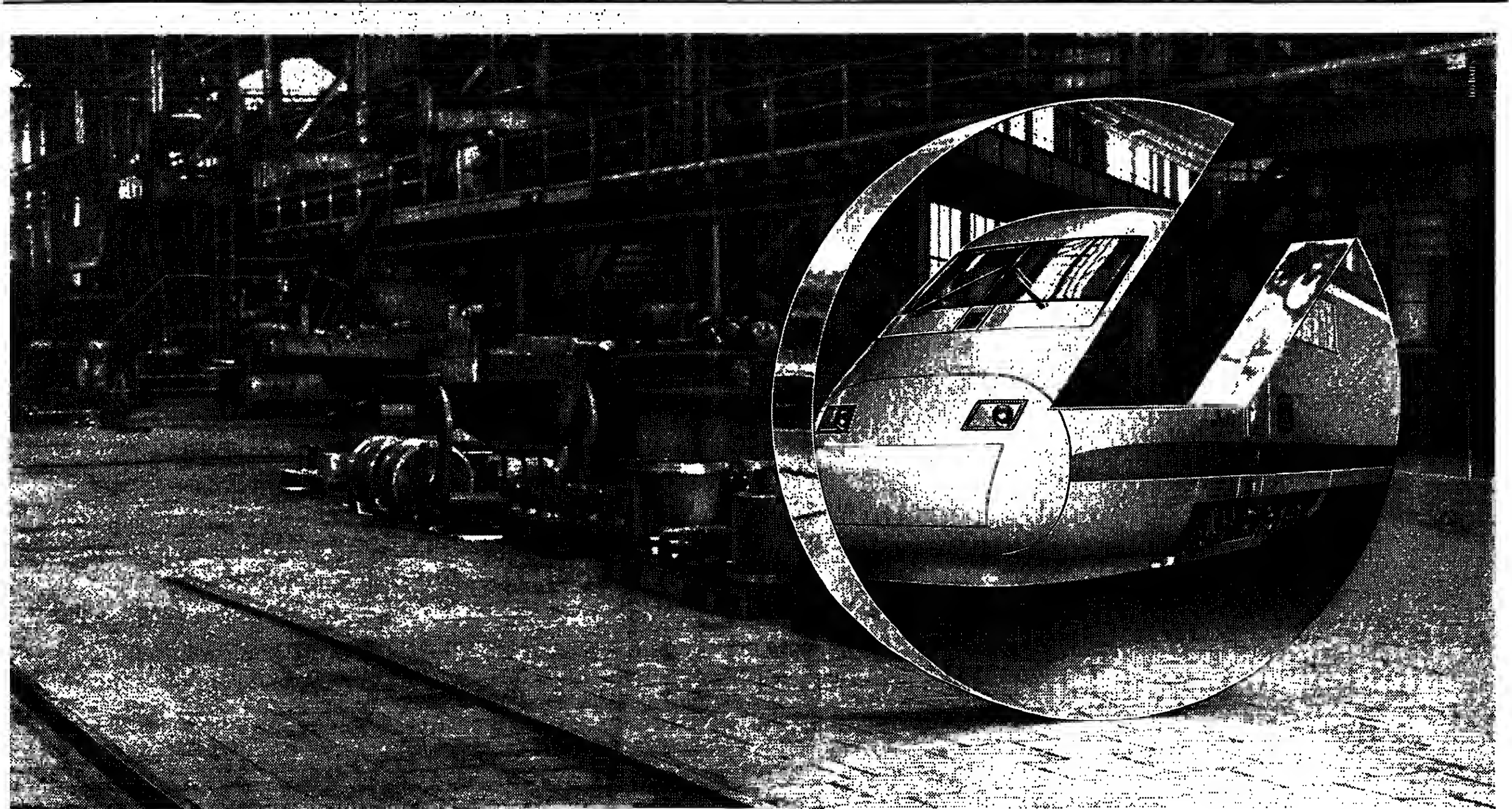
Table of currency bonds (Währungsanleihen) with columns for issuer, maturity, and price.

Wandelanleihen

Table of convertible bonds (Wandelanleihen) with columns for issuer, maturity, and price.

Ausländische Aktien in DM

Table of foreign stocks in DM (Ausländische Aktien in DM) with columns for company name, price, and volume.



Der neue ICE am Tage des Roll-out, 19. 3. 1985

Innovation hat ihren Preis. Sehen wir uns nach Möglichkeiten um, die ihn möglichst niedrig halten.

Neue Aufgaben verlangen neues Denken. Auch bei der Finanzierung müssen eingetragene Geleise verlassen werden. Die DG BANK hat den Aktionsradius und die Beweglichkeit, die Sie heute von Ihrem Bankpartner erwarten. Als Spitzeninstitut des genossenschaftlichen Bankenverbundes - rund 3.700 Volksbanken und Raiffeisenbanken, acht regionale Zentralbanken und eine Reihe von Spezialinstituten - ist sie auf den Kapitalmärkten der Welt zu Hause. Deshalb steht unseren Kunden die gesamte Palette möglicher Finanzierungsformen zur Verfügung. Gemeinsam mit Ihnen finden wir heraus, ob Ihr Kapitalbedarf über einen Großkredit gedeckt wird, für den die DG BANK in- und ausländische Banken zu einem Konsortium zusammenführt. Oder ob eine Emission Ihrer Finanzplanung besser dient, sei es die Ausgabe von Aktien, sei es die Auflegung einer DM- oder einer Eurowährungs-Anleihe. DG BANK, Postf. 10 0651, Wiesenhüttenstraße 10, 6000 Frankfurt am Main 1, Telefon (069) 26 80-1, Telex 41 2291, Btx * 597 00 #. Im Verbund der Volksbanken und Raiffeisenbanken



Ein neues Programm
für Schreiner.



Über das ausgefüllte Leben eines IBM PC Händlers.

Stellen Sie sich mal vor, was unsere Vertragshändler für IBM Personal Computer so alles wissen müssen, um Tag für Tag für ihre Kunden die unterschiedlichsten Aufgaben zu lösen.

Sie sind stets in der Lage, einen guten und schnellen Service zu bieten.

Sie kennen jedes Modell, vom PC für Einsteiger bis zum starken PC: dem PC AT. Und natürlich die vielen Ergänzungen, Bildschirme, Drucker und Vernetzungsmöglichkeiten.

Sie kennen sich in Betriebswirtschaft, Verwaltung, Bankwesen, Dienstleistung, Handel, Handwerk, Fertigung und so weiter aus.

Sie setzen sich mit ganz speziellen Dingen auseinander. Während zum Beispiel ein Schreiner keine Ahnung von Kilobytes haben muß, sollen unsere Vertragshändler aber wissen, was die Basic-Befehle PEEK und POKE bedeuten.

Sie wissen, welche von den vielen IBM PC Programmen für Schreiner am besten geeignet sind und welche für Immobilienmakler oder das Elektrohandwerk.

Sie halten sich ständig über alle Neuerungen auf dem laufenden, damit der Kunde aktuell informiert wird: z. B. wie man mit dem neuen Schreinerprogramm Arbeitszeiten erfaßt und kontrolliert, die Kalkulation macht, Stücklisten erstellt und Aufträge abwickelt.

Sie helfen bei der Auswahl der vielen verschiedenen IBM PC Programme, mit denen auch Ihre Betriebsorganisation in allen Bereichen reibungslos abgewickelt werden kann: zum Beispiel in der Finanzbuchhaltung und Lohn- und Gehaltsabrechnung oder in der Fakturierung und Lagerbestandsführung.

Sie erklären Ihnen, was man mit dem IBM PC Programm „Assistant Serie“ in der Daten-

verwaltung, in der Grafik und in der Textverarbeitung anfängt. Wie dieses Programm für Einsteiger leicht erlernbar und in kürzester Zeit effektiv einsetzbar ist. Und wie es dem Fortgeschrittenen bei seinen Problemen Hilfeleistung leistet.

Sie zeigen Ihnen, wie man mit dem IBM PC Programm „Text 2“ Texte schreibt, überarbeitet und umbricht.

Sie sagen Ihnen, wie man das IBM PC Programm „TopView“ richtig einsetzt. Also wie man damit durch Fenstertechnik von einem zum anderen Programm umschaltet oder Daten unterschiedlicher Anwendungen auf einem Bildschirm anzeigt.

Sie informieren Sie darüber, wie man mit dem IBM PC Datenbanken nutzt, wie man Netzwerke erstellt und mit Bildschirmtext arbeitet, um so die Kommunikation mit ex- und internen Partnern zu verbessern.

Das ist noch lange nicht alles. Denn die Entwicklung ist wieder ein Stück vorausgeeilt. Das bedeutet für den IBM PC Vertragshändler: Fortbildung ohne Ende.

All diese Mühen haben das Ziel, daß Sie einfacher und rascher zu Ihrem Personal Computer kommen und gleich mit ihm arbeiten können.

Wenn Sie die IBM Personal Computer Familie und die zahlreichen IBM PC Programme und neuen Branchenlösungen kennenlernen möchten, gehen Sie doch einfach mal zu einem Vertragshändler für IBM Personal Computer oder in einen IBM Laden.

Und fragen Sie auch gleich nach den IBM PC Seminaren. Die genauen Adressen erfahren Sie telefonisch zum Ortstarif von Hallo IBM: 01 30-45 67.

Warenpreise - Termine

Knapp behauptet geschlossen am Freitag die Gold- und Silbermärkte an der New Yorker Börse. Etwas schwächer ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Durchweg höher wurden Kaffee und Kakao bewertet.

Table with multiple columns listing commodity prices for various goods like wheat, oil, and metals.

Table listing prices for oil, fats, and animal products, including items like soybean oil and various types of meat.

Table listing prices for wool, furs, and leather goods, including different grades of wool and types of furs.

Table listing prices for various metals and alloys, including gold, silver, and different types of steel.



Es gibt noch Werte, auf die man sich verlassen kann: reines Gold und Kanada.

Den Erwerb von Gold sollte man heute unter dem Aspekt der Sicherheit sehen - als Versicherung die Ihre persönliche Finanzkraft und Unabhängigkeit in alle Zukunft erhält. Genauso wie hochwertige Goldreserven (999,99 Gold oder reiner) den Staatsbanken der Welt zur Absicherung des Staatsvermögens dienen.

Gold-Maple Leaf. Für Reinheit gibt es keinen Ersatz. Den Gold-Maple Leaf bekommen Sie bei den meisten deutschen Banken und Sparkassen.

VERSTEIGERUNG
Am 3. Oktober 1985, 10.30 Uhr, versteigere ich im Wege des Pfandverkaufs öffentlich meistbietend gegen Barzahlung...

KÖNIGREICH SCHWEDEN
6 % Deutsche Mark Anleihe von 1977/89 - WKN 461 556
Für die am 1. Dezember 1985 fällige Tilgungsrate sind nach § 3 der Anleihebedingungen Teilschuldverschreibungen im Nennbetrag von DM 20 000 000,- für den Tilgungsfond im Markt zurückgekauft worden...

JOURNAL für die Frau
Alles, was Frauen lieben. Alle 14 Tage neu: aktuelle Mode - leckere Rezepte - fluffige Handarbeiten - reizvolle Schönheitsstips - viel Unterhaltung und praktische Anregungen.

Arbeitsstudien - Ihre Zukunft
Ein Unternehmen mit mehr als 1.500 Mitarbeitern, weltweit aktiver Hersteller von Spezialgläsern, will das Leistungssystem nach anerkannten arbeitswissenschaftlichen Grundsätzen weiterentwickeln.

Was ist eine Mutter wert?
12 Pfennig - etwa eine angebrante Christbaumkerze; ein Pfefferkuchenplätzchen; zwei Nüsse; oder ein Stück Apfel - spendete jeder Bundesbürger im Schnitt pro Jahr (!) für das Müttergenesungswerk.

Wirtschaftspolitik mit Orientierung!
LUDWIG ERHARD: Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Herbert H. Müller, Peter Philippa, Gisela Reibner
Chefredakteur: Wilfried Heris-Eckhardt, Dr. Herbert Kempf

Handwritten signature or note at the bottom of the page.

Aus Liebe zu Kindern

P.D. - „Nicht kümmere ich mich, daß die Menschen mich nicht kennen. Ich kümmere mich, daß ich die Menschen nicht kenne“, soll Konfuzius gesagt haben. Die Männer in Peking haben diese Lehre ganz offensichtlich nicht beherzigt, als sie den Chinesen die Ein-Kind-Ehe verordneten.

Der hohe Geburtenüberschuß ist für das Land ein immenses Problem. Nur läßt es sich nicht administrativ lösen. Vor allem die Bevölkerung in den ländlichen Bezirken versteht es, sich dem Zwang, daß ihnen nur ein, in besonderen Fällen (z. B. in Guangdong, wenn das erste ein Mädchen ist) zwei Kinder erlaubt werden, zu entziehen. Das geht aus einem Leserbrief an die Pekingische Volkszeitung hervor. Darin wird geschuldet, daß sich Ehepaare zur zeitweiligen Arbeit in benachbarten Kreisen oder Provinzen verpflichten. Da die Komitees für Familienplanung nur für die ständige Ansässigkeit zuständig sind, können sich die Grenzgänger auf diese Weise der Aufsicht entziehen.

So habe ein Ehepaar aus Sichuan, das zu Hause bereits einen Jungen und ein Mädchen hatte und darum nie die Erlaubnis für ein weiteres Kind erhalten hätte, bei einem zweijährigen Arbeitsaufenthalt in Yunnan zwei weitere Kinder in die Welt gesetzt, ungeachtet der Gefahr, daß sich die Heimatgemeinde weigern könnte, das Kind zu registrieren. Man würde dann bei der Rückkehr einfach behaupten, man habe ein verlassenes Kind aufgenommen und adoptiert, heißt es in der „Volkszeitung“.

Das ist kein Einzelfall, denn sonst würde es die „Volkszeitung“ nicht offen zur Sprache bringen. Zugleich aber zeigt das chinesische Beispiel und in Indien ist es nicht anders -, daß Zwangsmaßnahmen eher das Gegenteil bewirken. Vielleicht sollten deshalb die Mandariner in Peking einmal über ein Wort von Lao-tse nachdenken: „Sei nachgiebig und schwach; so bezwingst du Unnachgiebigkeit und Stärke.“

Marburg: Deutschlands Philosophen diskutieren jetzt das Thema „Natur“ Wer ist das Rotkäppchen?

Alle reden von der Natur, nur die Philosophen hielten sich bisher auffallend zurück. Wie denn auch nicht! Vom Standpunkt des strengen Denkens ist die Natur ein wenig brauchbarer, weil allzu schillernder Begriff. Meint sie nun die sichtbare Realität oder das möglicherweise „hinter“ dieser waltende Urprinzip, meint sie das Wesenhafte oder den Schein? Ist sie das Nichtmenschliche, das schlechthin Andere, oder bezeichnet sie nicht gerade das „typisch Menschliche“, vielleicht sogar „Allzumenschliche“? So viele Fragen, so viele Antworten, und keine kann wirklich befriedigen.

Das vorsichtige Schweigen der professionellen Philosophen hat freilich dazu geführt, daß in den letzten Jahren eine „wilde“ Naturphilosophie entstand. Gelehrte Physiker, Chemiker, Biologen und Ethnologen griffen gewissermaßen zur Selbsthilfe, um die unabsehbar gewordenen philosophischen Implikationen ihres Faches zu klären. Ihre einschlägigen Bücher, obwohl oft ohne sichere Methodologie und manchmal sogar in Unkenntnis der philosophischen Tradition geschrieben, wurden zu Bestsellern. Autoren wie Werner Heisenberg, Ilya Prigogine, Manfred Eigen oder Konrad Lorenz stiegen in den Augen einer interessierten Öffentlichkeit zu den „eigentlichen“ Philosophen unserer Tage auf.

So war der sogenannte Engere Kreis der Allgemeinen Gesellschaft für Philosophie in Deutschland zum Beratungsausschuss für die Natur geworden, als er als Generalthema seines diesjährigen Treffens in Marburg die „Natur“ auf die Tagesordnung setzte. Es bestand Nachholbedarf, nicht zuletzt auch gegenüber ungezügelt gewordenen Politikern, die von der Philosophie Wegweisung und theoretische Untermauerung in der Ökologie erhoffen und die schließlich die Hand auf der Geldkatze haben. Aber war es wirklich nötig, gleich einem jener ungeduldrigen Politiker, nämlich dem Hamburger Wissenschaftssenator Meyer-Abich, das öffentliche Hauptreferat zu übertragen? Das sah ein bißchen so aus, als wolle man mit der Wurst nach der Speckseite werfen, und tat der im übrigen sehr feinen, nachdenklichen und gut organisierten Tagung im Auditoriengebäude der Universität eigenen Abbruch.

Klaus Michael Meyer-Abich ist nun allerdings selber „vom Fach“. Er arbeitet unter Carl Friedrich von Weizsäcker am Starnberger Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der modernen Welt und war, bevor er in die Politik ging, kurze Zeit Inhaber eines ausdrücklichen „naturphilosophisch“ deklarierten Lehrstuhls an der neugegründeten Universität Essen. Sein Vortrag „Weg zu Frieden mit der Natur - Praktische Naturphilosophie für die Umweltpolitik“ ließ dennoch Stringenz und denkensdienliche Disziplin vermissen, malte die Natur ganz naiv als eine Art netzartiges Rotkäppchen, das vom bösen Wolf der immer noch

„unkontrollierten“ Wirtschaft und Technik tödlich bedroht werde.

Man müsse, so der Senator, die Natur „in die moderne Rechtsgemeinschaft einbeziehen“. Wie genau das zu bewerkstelligen sei, wurde leider nicht deutlich. Sollen künftig, wie im Mittelalter, Schweine, Fliegen oder Bäume wieder zu ordentlichen Rechtsobjekten ernannt werden, damit man ihnen eventuell den Prozess machen kann? Weder darüber erfuhr man etwas noch darüber, in welchem Umfang künftig Wirtschaft, Wissenschaft und Technik an die Kande der „Finalisierung“ zu legen seien. Alles blieb recht unbefriedigend.

Meyer-Abichs Vortrag war zwar, als „Festvortrag“ und „pièce de résistance“, ausdrücklich von der Diskussion ausgenommen, doch viele der „normalen“ Referate des Treffens, ob nachher oder hinterher vorgetragen, wirkten wie ein implizierte Kritik an ihm.

Sowohl erkenntnistheoretische und dogmatische als auch ideologiekritische Argumente wurden ins Feld geführt. Odo Marquard (Gießen) hatte den ideologiekritischen Part übernommen. Er wandte sich gegen eine „Utopisierung der Natur“ in politischer Absicht, gegen ihre Ernennung zur unterdrückten Klasse, und warnte vor der Enttäuschung, die mit Sicherheit Platz greifen werde, sobald die auf Geschichtsprogramm und Endziel Versessenen erst einmal entdeckt hätten, daß nicht nur das Proletariat, sondern auch die Natur längst „verbürgerlicht“ sei, nämlich einbezogen in einen kulturellen, vom Menschen bewirkten Kreislauf von Produktion und Reproduktion.

Er hege den Verdacht, meinte Marquard, daß viele von denen, die sich heute so heftig für die Natur engagieren, in Wirklichkeit gar nicht an dieser selbst interessiert seien als vielmehr an einem heftig herbeigewünschten „Moralatorium vom Alltags“, einer Art Indianerspiel für Erwachsene in „unberührter Wildnis“. Hier niste schlichtweg politische Gefahr, denn das kräftigste Moralatorium vom Alltags sei allemal noch, wie schon Manes Sperber gewußt habe, der Krieg, der nun freilich nicht nur die Menschen, sondern oft genug auch die Natur nachhaltig schädige.

Peter Janisch (Marburg) bestritt energisch die Notwendigkeit eines „neuen, alternativen Naturbegriffs“, wie er zur Zeit von Politikern und Ökologen, aber zunehmend auch von Naturwissenschaftlern selbst gefordert werde. Naturgeschichte könne keine verlässliche Überprüfungsinstrumente für Naturgesetze sein, Naturgeschichtliche Interpretationsmuster seien immer abhängig vom wissenschaftlich-technischen Know-how einer Epoche, und auf die Gegenwart angewandt, bedeute das den unangebrochen Fortbestand des auf Kausalitätsdenken und „technisches Naturwissenschaftswissen“ ausgerichteten naturwissenschaftlichen Paradigmas. Neu erschlossene Forschungsgebiete wie etwa die Chaosforschung oder



Blickschon auf die Anfänge: „Figürliche Studie“ (1933) von Wilhelm Braun-Feldweg, aus der Heilbronner Ausstellung. FOTO: OIEWELT

Der Maler Wilhelm Braun-Feldweg in Heilbronn Unter dem Kirschbaum

Als vor einem Jahr das Württembergische Landesmuseum in Stuttgart in einer großen Werkübersicht mit dem Titel „Design - Design - Malerei“ das vielseitige Schaffen von Wilhelm Braun-Feldweg vorstellte, gab es Stimmen, die sich mit der mäßigen Frage plagten: Was ist er nun hauptsächlich - Maler, Designer oder schreibender Theoretiker? Als ob das wichtig wäre! Braun-Feldweg ist vor allem ein Künstler.

Nach dem Krieg wurde Braun-Feldweg an die Berliner Hochschule für bildende Künste berufen, wo er den Fachbereich Design aufbaute und bis zu seiner Emeritierung 1973, erfolgreich leitete. Lehraufträge, Industrieaufträge und publizistische Arbeiten hielten ihn fast drei Jahrzehnte von der Staffelei fern.

Wer jetzt seine Ausstellung in der Heilbronner Kunststube sieht und, wer vollends die gestapelte Fülle der Bilder der letzten zwölf Jahre in seinem Atelier gesehen hat, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß das dem Maler gebrochen ist und ein viel leicht unüblicher Stau sich in „betreiber“ Malerei entläßt.

Das kommt daher, weil der Kunstverein Heilbronn - der 1982 auch die erste Einzelausstellung des Künstlers zeigte - nur den Maler Braun-Feldweg präsentiert und alles andere außer acht läßt. So könnte sich hier in der Tat die - dennoch müßige - Frage nach den Prioritäten zugunsten der Malerei beantworten. Sicher liegt das nicht in der Absicht dieser Ausstellung, doch die Konzentration auf die Malerei allein ist in mehrfacher Hinsicht von Vorteil.

Erlebnismotive der Natur, Haus, Blumen und Garten bilden ihren Inhalt. Immer wieder malt er den Aufgang zu seinem Haus in Würzburg, das Haus selber, den alten Kirschbaum, zu jeder Jahreszeit, zu jeder Tageszeit. Dabei erhält jedes Bild in sorgsam abgestimmter Farb- und Texturwerte seine eigene Klangfarbe; die Bildsprache erneuert und spezifiziert sich von einem Bild zum anderen in reichen Formvorgängen, die kein Schema, keine Manier aufkommen lassen.

Schon in den frühen Bildern hat das Licht eine wesentliche Rolle gespielt. Es verbindet sich mit der Farbe und wird zusehends lebendiger, so daß es in den letzten Werken nicht mehr gibt, was nicht durchleuchtete, farbige Fläche wäre; sublimierte Natur, transparente Wirklichkeit (bis 6. Okt.).

JOURNAL

Historiker erforschen den Deutschen Orden

DW, Wien
Elf Historiker aus der Bundesrepublik, Österreich, Italien und Polen haben in der Wiener Akademie der Künste die „Internationale Historische Kommission zur Erforschung des Deutschen Ordens“ gegründet. Vorsitzender ist Professor Udo Arnold, Bonn. Die Kommission will die Erforschung der Deutschordens-Geschichte in ihren regionalen, europäischen und universellen Bezügen vorantreiben und weist hin auf die bisherige Auseinandersetzung mit dem Deutschen Orden: In Deutschland als preußisches Mittelalter, in Polen als Vorläufer der brandenburg-preussischen Teilungsmacht.

Vorspiel-Termine für Europa-Orchester

DW, Bonn
Für Nachwuchsmusiker im Alter zwischen 14 und 23 Jahren besteht wieder die Möglichkeit, im Jugend-symphoniorchester der Europäischen Gemeinschaft mitzuwirken. Für 1986 ist wiederum eine internationale Tournee vorgesehen. Die deutschen Auswahlvorspiele finden vom 10. bis 12. Januar in Bonn statt. Unterlagen: Deutscher Musikrat, Am Michaelshof 4a, 5300 Bonn 2.

Schriftsteller Sha in die KP aufgenommen

AFP, Peking
Der chinesische Schriftsteller Sha Yexin ist in die KP aufgenommen worden. Der 43jährige Sha ist vor allem durch sein 1979 verfaßtes regimiekritisches Theaterstück „Wenn es wahr wäre“ bekannt, in dem er sich mit der Bürokratie auseinandersetzt. Das Stück wurde mit einem Aufführungsverbot belegt. Sha Yexin, der in Artikeln des Parteiorgans „Volkszeitung“ erklärte, in nicht allen Fragen Anhänger des Marxismus und des Leninismus zu sein, war kürzlich zum Leiter des Volkskunsttheaters von Shanghai ernannt worden.

Orgelwerk von Liszt wiederentdeckt

dpa, Erfurt
Ein seit etwa 100 Jahren verschollenes Orgelwerk von Franz Liszt hat der Weimarer Organist und Musikforscher Michael von Hintzenstern wiederentdeckt und auf der Peter-nell-Orgel von Denstedt bei Erfurt vorgestellt. Es handelt sich dabei um eine freie Bearbeitung der „Consolation“ Nummer 6 in E-Dur. Die von Liszt's Freund Alexander Wilhelm Gottschalg (1827-1908) veröffentlichte Orgelfassung weicht vom Original der „Consolation“ für Klavier und der bisher bekannten Orgelversion ab.

Bibliothek-Ausstellung „Wider das Vergessen“

dpa, Darmstadt/Frankfurt
„Wider das Vergessen“ heißt eine gemeinsame Ausstellung der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt und der Frankfurter Stadt- und Universitätsbibliothek. Gezeigt werden dabei in der Zeit vom 3. Oktober bis zum 9. November in der Frankfurter Bibliothek Werke von Schriftstellern des 20. Jahrhunderts, die in der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt wurden.

Giuseppe Verdi oder: Musik und Geschichte

MvZ, Parma
„Giuseppe Verdi, Probleme und Mythos einer Geschichte und ihrer Zeit“ heißt eine Ausstellung im Palazzo Ducale von Colorno (Provinz Parma), die neben der Verdi-Rezeption Kunst, Musik und Geschichte Italiens der letzten 150 Jahre behandelt (bis 8. Dezember).

40 Jahre moderne Kunst und Kokoschka zum 100.

J. St. London
Obgleich die Tate Gallery eine der umfangreichsten Kunstsammlungen seit dem Zweiten Weltkrieg besitzt, steht wegen Platzmangels stets nur ein kleiner Teil zur Schau. Im kommenden Jahr werden Besucher aber mehr als gewöhnlich be-sichtigen können, wenn vom 19. Februar bis zum 29. April „Forty Years of Modern Art, 1945-1985“, stattfindet. Die Ausstellungsstücke stammen alle aus den eigenen Beständen. Eine weitere Ausstellung folgt vom 11. Juni bis zum 10. August. Sie wird Werke von Oskar Kokoschka aus Anlaß seines hundertsten Geburtstages zeigen.

Kinobesuche 1984 um 10,5 Prozent gesunken

dpa, Wiesbaden
Der Besucherschwund bei den Kinos in der Bundesrepublik hat sich auch 1984 fortgesetzt: Gegenüber 1983 verkauften die Filmtheater 10,5 Prozent weniger Billets. Die Zahl der Besucher sank um etwa 13 Millionen auf rund 112 Millionen. Wie die Spio in Wiesbaden mitteilte, nahm erstmals seit 1978 auch wieder die Zahl der Kinos ab, und zwar um 53 auf 3811.

Düsseldorf: Später Ibsen

Lawinentod am Ort der Kindheit

Nur ein einziges Mal spricht die Diakonissin in Ibsen's letztem Stück „Wenn wir Toten erwachen“, das er als „dramatisches Epilog“ bezeichnete. „Frau von Sotwi“ schreibt sie auf, als Irene und der Bildhauer Rubek von einer Lawine in die Tiefe gerissen werden. In jene Frau eines russischen Adligen hatte sich das einstige Modell Irene verwandelt, als der Künstler nur seinem Werk diene und sie als Weib nicht sah. Jetzt, da beide sich wiederbegegnen - wie so oft bei Ibsen: am Ort von Rubek's Kindheit -, hat sie sich als Irene neu gefunden. Die Diakonissin ruft nach einer Vergangenen.

Nicht so im Schauspielhaus Düsseldorf, wo des Intendanten Beilitz Hätschelkind Herbert König das selten gespielte Werk jetzt inszenierte - im Kleinen Haus, in dem sich gerade dieses Spätwerk, das Ibsen in der Landschaft der ewigen Berge ansiedelte, gar nicht realisieren läßt. „Irene“ ruft sie in der „DDR“ Übersetzung von Bernhard Schulze und bei König, der damit vertritt, daß er dem Werk nicht auf die Spur kam.

Wie ein Todesengel ist diese Diakonissin gelegentlich durch die Szenen gegangen, mit herrischen Gesten, als symbolisierte sie die Käfigwelt des Alltags. Rubek's junge Frau Maja (Christine Scherer) scheint sich nicht-bar aus ihm heraus. Deshalb läßt sie der Regisseur von der ersten Szene an ganz unruhig sein: Sie wippt mit den Füßen, sie zappelt, sie rennt herum, sie springt auf die Balustrade im Treppenhaus des Sanatoriums. Und sie ist hinterherrs, sobald der urige Blätterjäger Ulfheim auftaucht (Bernard Jeschek), den Herbert König als Inbegriff des Lebens und also als Vorbild deutet.

Rubek dagegen, diesen Sucher nach dem Leben - und um den geht es - läßt er von Hans Schulze, als einen milden, aber Anstrengung überdrüssigen Mann spielen, der mit Vorliebe auf einen Stuhl sitzt oder auf einer Bank, der auch im geschlossenen Raum den Hut nicht absetzt und im Gespräch mit Damen die Hände in den Taschen behält.

Da auch Irene (weißgewandete, mit aufgedrehten langen roten Haaren: Dagmar Kru) ständig vom Tode spricht - als ginge es nicht um eine Wiedererweckung -, werden auch ihre Bewegungen gebremst. Ihre Sprache wird, wie bei Schulze, gedämpft. Wo plötzlich ihre Aktivität herkommt, ihr Aufstieg ins Gebirge, gemeinsam mit Rubek, die weil Ulfheim absteigen - diese Frage beantwortet Herbert König nicht. Er stellt simpel Lebens- und Todestrieb gegenüber, von und Freiheit. Das ist für ihn das Stück, und das ist ihm nicht zu verdanken: Er entkam dem Käfig der „DDR“. Aber das gibt das Stück gar nicht her. KATHRIN BERGMANN

„Sylder Sommer“: Kammermusik für die Gäste

Klassische Hit-Parade

Vor vier Jahren riefen die Stadtväter den „Sylder Sommer“ ins Leben, eine Reihe von Kammermusik-Veranstaltungen, deren Resultate freilich bislang über die Freizeitunterhaltung kaum hinausgehen. Gewiß ist Sylt nicht Bayreuth, Ansbach oder Donaueschingen. Es muß nicht überall diskutiert werden über die reine Lehre von Werk und Wiedergabe. Auch die räumlichen Kapazitäten, wie sie Wien, Salzburg, München oder Berlin bereithalten - sie sind nicht so auf der Insel.

Aber alles, was es braucht, um ein kleines Festival zu beherbergen, ist auf Sylt vorhanden: ein brauchbarer Saal (der restaurierte alte Kursaal mit seinem hölzernen Tonnengewölbe), dessen Mehrzweckbühne für Konzerte akustisch noch verbessert werden könnte und die schöne alte Kirche in Keitum. Das Paradies aus Brandung, Watt und Dünen ist von keiner anderen noch so aufregenden Festspielküste zu schlagen.

Den herrlichen Freisen allerdings müßte ein Angebot gegenüberstehen, das in jeder Beziehung hochrangig ist, in der Auswahl und sinnvollen Zusammenstellung des Programms und in dessen Wiedergabe-Qualität. Und davon ist noch herzlich wenig zu spüren. Der Sylder Sommer ist auch im fünften Jahr seines Bestehens Entwicklungsland.

Denn die Programme verzeichnen eine ziemlich willkürliche, meinsandergereichte Auswahl von bekannten und beliebten Perlen der Literatur, ange-reichert mit zumeist überflüssigen Belanglosigkeiten, gefundenes Fressen für die mit großer Musik nicht gerade verwöhnten, in diesem Jahr als Solisten engagierten Bläser und Harfenisten, magere Kost für die Zuhörer. Der Sylder Sommer zeigt nur unscharfes Profil.

Es gab einen Abend, betitelt „Französisches Salonmusik“, in die schlankweg nach Couperin eingetrifft wurde. In zwei Programmen wurde geföhrend den Jubilaren des „europäischen Jahres der Musik“ Referenz erwiesen. Als „Zucker“ schmückte das erste Orchesterkonzert Vivaldi's „Jah-



Impuls durch das Modell: Bildhauer Wilhelm Loth. FOTO: GERLACH

W. Loth 65

Wilhelm Loth, 1920 in Darmstadt geboren und seit 1958 Leiter einer Bildhauerklassen an der Akademie in Karlsruhe, darf zu kleinen Zahl der wirklich bedeutenden deutschen Bildhauer unserer Zeit gerechnet werden.

Von Anfang an war der weibliche Körper das zentrale Thema seines Schaffens. In der bildnerischen Darstellung geht es ihm nicht um Wiederholung von natürlichen Formen. Es ist die Summe aus Körperformen und Körperbewegungen, innerer Freiheit und Unbefangenheit, die den künstlerischen Impuls ausmachen. Allen Arbeiten Loth's liegt das Erlebnis des jeweiligen Modells zugrunde. Viele seiner Zeichnungen, die den bildnerischen Werken stets vorangehen, dienen nicht nur der Vorbereitung plastischer Verwirklichung, sie sind selbständige Aussagen, die - durch die Nähe zum Modell - den unmittelbaren Eindruck des Lebendigen veranschaulichen.

In den Arbeiten der letzten Jahre bevorzugt er das Trapez. Obwohl sich Loth in den 70er Jahren zeitweilig dem Kunststoff zugewandt und während seines USA-Aufenthaltes 1979/80 die Malerei als Medium für seine bildnerischen Vorstellungen entdeckt hat, versteht er sich als Metallbildhauer, dessen bevorzugtes Material zunächst die Bronze ist, später dann Neusilber.

So nuchalant aus dem Zylinder gezaubert, muß der Sylder Sommer befalligke Marginalie bleiben. Wesentlich mehr künstlerische Anstrengung muß investiert werden, will er als Festival ernstgenommen werden und nicht nur abendliches Amüsement der Strandgäste sein. HANS OTTO SPINGEL

Bilanz des Stuttgarter Internationalen Musikfests

Rotweingläser klingen

Beim „Internationalen Musikfest Stuttgart“ waren die meisten Ver-anstaltungen gut besucht, viele über-füllt, einige ausverkauft. Sicherlich ließ die erdrückende Überfülle des Angebots die anfänglich große An-teilnahme erlahmen. Beim Gastspiel des Bundesjugendorchesters, das am Schlußtag eine imposante Wiedergabe von Bruckners 4. Sinfonie unter John Carewe bot, war der Saal reihenweise leer.

Die breite Palette barocker Kom-positionen wurde durch einige zeitge-nössische Neuheiten ergänzt. Erster Preisträger im Wettbewerb für Geist-liche Musik der Stuttgarter Bach-Akademie ist der 33jährige Schweizer Ulrich Gasser. Sein uraufgeführter „Psalm 104, Vers 15“ besingt den Wein als Elixer, das Öl als Schön-heitsmittel und das Brot als Nähr-stoff. Für Gasser bekommen die drei Grundelemente Symbolcharakter: Sie kennzeichnen die helle Welt, ohne sie offenbart sich die bruchstückhafte Natur des Lebens.

Reichhaltiges Schlagzeug be-stimmt das Klangbild des Werks. Ausgefallene Blasinstrumente, unter ihnen Altflöte und Flügelhorn, ver-langen sichere Spieler für die Linea-menten. Einkomponiert in die stellenweise recht dissonante Partitur ist die Verwendung leerer Rotwein-gläser, die einige Sänger in der Hand haben und klingen lassen. „Prosit!“ sagte ein Kirchgänger, der sich durch die Uraufführung in seiner Andacht gestört fühlte.

Als Kompositionsauftrag der Jün-ger-Ponto-Stiftung entstand die Geistliche Musik „... im Wind ge-sprochen“ für Sopran, zwei Sprecher, gemischten Chor, Orgel und Kam-merorchester. Die Wahl der Texte von der Bibel bis zu Enzensberger ken-zeichnet Jürgen von Bose als einen wachen, emotionsgeladenen Augen-zeugen des Zeitgeschehens. In dem dreiteiligen Werk liegt ein starker pessimistischer Grundzug. Eine mo-derne Apokalypse ängstigt den Zuhö-er mit furchtbaren Visionen.

Boses Partitur besteht vorwiegend aus Untermalung. Abrupte Orgelclu-

GERTH-WOLFGANG BARUCH

Wenig Hoffnung auf Überlebende der Katastrophe in Mexiko-Stadt / Auch die Ärmsten spendeten für die Rettungsarbeiten



Gerettet: eine Mutter mit ihrem Kind (links); erschöpft: die Bergungsgemeinschaften sind Tag und Nacht im Einsatz (Mitte); erschüttert: diese Familie hat ihren Vater verloren (rechts)



FOTOS: AP/AF

Totenstille liegt über dem Trümmerfeld der Siedlung Nuevo Leon in der mexikanischen Hauptstadt. Die Leute scheinen auf Zehenspitzen zu gehen. Rettungswagen fahren mit abgeschalteten Sirenen. Kein Hilferuf aus den Trümmern soll überhört werden.

Bis Donnerstag früh lebten hier noch an die 1300 Menschen. Beibehalten tragen Retter Stein um Stein vom Trümmerberg ab, unter dem sie hunderte Verschüttete vermuten. Die Suchtrupps führen Hunde, die aber keinen Laut von sich geben. Hier lebt wohl niemand mehr. Da!

Haare schimmern durch den Schutt. „Eine Frau“, heißt es flüsternd. „Esta viva!“ - „Sie lebt!“ durchbricht es jubelnd die Stille. Hastig, verbissen und mit hohlen Händen machen sich die Retter daran, die Frau zu befreien. Einige weinen still vor Aufregung und Erschöpfung.

1952 Leichen wurden bis gestern gezählt. 2000 Menschen werden noch vermisst. Zu Tausenden laufen Überlebende durch provisorische Lei-

chenhallen, um nach Verwandten und Freunden zu suchen. Die Toten werden mit Trockeneis soweit wie möglich konserviert. Doch bei den hohen Tagestemperaturen in Mexiko ist die Gefahr, daß Seuchen ausbrechen, groß. Wer nach 48 Stunden nicht identifiziert ist, wird in anonymen Massengräbern beigesetzt.

Eine Welle der Hilfsbereitschaft überzieht Mexiko seit dem schweren Beben vom Donnerstag. Aus allen

Landesteilen kommen Spenden für die beimgesuchten Hauptstadtbewohner. Als Polizisten einen Autofahrer bitten anzuhalten, springt dieser sofort aus und überreicht den Beamten den Schlüssel, doch sie wollen zum nächsten Einsatzort gehen.

Am Straßenrand stehen Autos mit offenen Türen: Freiwillige verteilen Getränke und Brote. Halbwüchsige Pfadfinder regeln den Verkehr. Dazu

kommt das Improvisationsgeschick der Mexikaner. Denn das Beben warf nicht nur Gebäude um, sondern brachte das komplizierte System einer 18-Millionen-Stadt zum Stehen.

Hunderte Verschüttete könnten von aus Deutschland, Frankreich, Italien und den USA eingeflogenen Spürhunden gerettet werden. Aus Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sind zwölf Hunde im Einsatz.

Vor der mexikanischen Küste befinden sich mindestens ein Dutzend Schiffe in Seenot. Nach in Acapulco aufgefahnen Notrufen kämpfen die Frachter gegen zwölf bis 15 Meter hohe Wellenberge, die offenbar von den jüngsten Nachbeben ausgelöst wurden. Der Funkkontakt bricht immer wieder ab.

Wie durch ein Wunder hat in Mexiko City der Großteil der unschätzbaren Kunst- und Kulturschätze dieses Landes die verheerenden Erdbeben der vergangenen Woche offenbar intakt oder nur wenig beschädigt überstanden. DW.

Nur selten ertönt der Ruf „Esta viva!“

Mehrheit der Schweizer für neues Eherecht

In einer Volksabstimmung haben sich die Schweizer mit knapp 55 Prozent der abgegebenen Stimmen am Sonntag für ein neues Eherecht ausgesprochen. Das eidgenössische Ehegesetz aus dem Jahre 1907, in dem der Mann als Oberhaupt der Familie bezeichnet wird (WELT v. 20. 9.), ist im Sinne einer gleichberechtigten Partnerschaft in der Ehe revidiert worden. Es entspricht damit aktuellem Gerechtigkeitsempfinden sowie der heutigen Ehewirklichkeit. Bisher lagen alle wichtigen Entscheidungen in Familienfragen beim Mann - obwohl die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau bereits 1981 in der Schweizer Bundesverfassung verankert wurde. An der Volksabstimmung beteiligten sich 40,5 Prozent der Stimmberechtigten, was im Lande Teils gut Durchschnitt entspricht. Selbst bei Parlamentswahlen wurde zuletzt die 50-Prozent-Stimmabstimmung nicht überschritten.

Die Eidgenossen stimmten auch dem Vorschlag zu, künftig den Beginn des Schuljahres in der ganzen Schweiz auf den Spätsommer festzulegen. In der Hälfte der 26 Kantone beginnt bisher das Schuljahr nach Ostern. In den beiden bevölkerungsreichsten Kantonen Zürich und Bern hatten sich die Bürger noch vor zwei Jahren in kantonalen Urnengängen gegen ein Abgehen vom Schuljahresbeginn im Frühjahr ausgesprochen. Jetzt wird ihnen der Mehrheitsentscheid im Herbst von der Mehrheit des ganzen Landes aufgezwungen.

Abgelehnt wurde in einer weiteren Abstimmung der Regierungsvorschlag, mit einer „Innovationsrisikogarantie“ künftig kleineren und mittleren Betrieben finanziell bei der Entwicklung neuer Produkte zu helfen. Die Warnungen vor mehr Bürokratie und dem unzuverlässigen Einsatz von Steuergeldern ließen schließlich 56,8 Prozent der an der Abstimmung Beteiligten „nein“ sagen.

Eine Prachtstraße voller Mannequins

Größtes Modespektakel der Welt / Prêt-à-porter-Schau in der Seine-Metropole

HANNE-L. HELLMANN, Paris „Einwohner von Paris“, rief eine französische Zeitung ihren Lesern zu, „das ist euer Fest, das der letzten schönen Tage.“ Und ein Fest ganz nach Pariser Art sollte es dann auch werden: Luftballons, Garde hoch zu Ross, ein Heißluftballon, Taubenschwärme, Autoparaden und faszinierend-schöne Kleidung - ein Wirklichkeit gewordener Traum, das war die größte Modenschau der Welt auf der Avenue Foch, der ersten Adresse an der Seine.

500 Mannequins führten erstmals öffentlich Modelle der Prêt-à-porter-Kollektion sowie internationaler Modeschöpfer für den Winter 1985 vor. Ein 1,60 Meter hoher und 300 Meter langer Laufsteg wurde extra hierfür aufgebaut, vor der eindrucksvollen Kulisse des Arc de Triomphe.

120 000 Zuschauer kamen zu diesem gigantischen Modespektakel, das den Abschluß des dreitägigen „Ersten Internationalen Modefestivals“ unter der Schirmherrschaft des Pariser Bürgermeisters Jacques Chirac bildete. Innerhalb von sechs Monaten für

15 Millionen Francs vom französischen Prêt-à-porter-Verband für Damemodern förmlich aus dem Boden gestampft, verfolgte die Schau zwei Ziele: die Präsentation der Prêt-à-porter-Kollektion als Ausdruck französischer Modemacht sowie deren Demonstration als Industriezweig.

Wie bei jedem richtigen Festival durfte auch hier nicht die Preisverleihung fehlen. Modeschöpfer, die sich in den letzten 25 Jahren in ihrem Fach besondere Verdienste erworben hatten, wurden zu einer Hommage in das Théâtre des Champs-Élysées gebeten. Rund 40 illustre Namen wie Karl Lagerfeld, Giorgio Armani und Kenzo Takada standen auf der Liste derer, die mit einer Skulptur von Niki de Saint Phalle geehrt wurden. Unter ihnen auch eine Deutsche - die einzige: Jil Sander.

Ihre Ehrung könnte für die deutsche Mode ein erster Schritt zu internationaler Anerkennung sein. Wie gesagt, ein erster Schritt auf einem langen Weg. So konnte der bekannte französische Modeschöpfer Bernard Tapie auch nach der Preis-

verleihung mit dem Namen „Jil Sander“ nichts anfangen. Französische Arroganz?

Eine größere Zahl der Ausgezeichneten allerdings boykottierte die Ehrung, unter ihnen Pierre Cardin, Hubert de Givenchy, Thierry Mugler, Sonia Rykiel und Yves Saint-Laurent. Der riesige Aufwand und die phantastische Planung des „Festival de la mode“ vermochten eben doch nicht die Querelen zwischen der Haute-Couture und dem Prêt-à-porter zu überspielen.

Denn die Intention Daniel Hechters, des Prêt-à-porter-Verbandspräsidenten, mit seiner Veranstaltung besondere Aufmerksamkeit auf diese Mode zu lenken, kollidierte mit den Plänen der Haute-Couture-Kammer, die für den 23. Oktober unter der Schirmherrschaft des französischen Kulturministers Jacques Lang die Auszeichnung hervorragender Modeschöpfer mit einer Art „Mode-Oscar“ plant. Prompt durfte Hechter dann auch nicht - wie zunächst geplant - für sein Festival die Champs-Élysées sowie die Pariser Oper benutzen.



Ungewöhnliche Modenschau auf der Avenue Foch FOTO: HANNE-LORE HELLMANN

Kraftakt an der Trommel

Japanische Gruppe „Ondekoza“ auf Deutschlandtournee

KLAUS BERGER, Hamburg Wenn die drei Damen und sieben Herren der japanischen Percussions-Ensemble „Ondekoza“ („Dämonentrommler“) im nächsten Jahr zu einer Manntournee durch 200 Städte der USA ansetzen, erlegen sie sich ein Programm auf, vor dem selbst Präriejäger züruckschrecken würden. Die trommelnden Dämonen brechen dann nämlich in die Domäne der Langstreckenläufer ein: Von Auftrittsart zu Auftrittsart - das sind oft mehr als 40 Kilometer - werden sie die Tourneestrecke erdverbunden im Sprint bewältigen. Dieser Marathonlauf ist wesentlicher Bestandteil ihres Trainings, weil die „Ondekoza“-Mitglieder dadurch die Kraft für ihre musikalischen Darbietungen gewinnen.

Zur Zeit bewegen sich die Dämonentrommler aus Nagasaki in nicht ganz so weitläufigen Gefilden: Nach einem Gastspiel in Zürich startete „Ondekoza“ jetzt zu einer großen Deutschland-Tournee (bis 3. Oktober), die unter anderem durch die Städte Köln, Mannheim, München, Berlin, Bremen, Hannover und Ham-

burg führt. Das „Ondekoza“-Ensemble besticht nicht nur durch die perfekte Handhabung ungewöhnlicher Instrumente - wer hat je schon von Shakuhachi, Samisen, Yokobue und Taiko gehört? -, sondern auch durch tänzerische und turnerische Kraftakte. Zur fast acht Meter hohen, 400 Kilogramm wiegenden Odaiko-Trommel müssen sich die sehnigen Japaner mit federnden Sprüngen und Reckaufschwüngen hocharbeiten. Zudem vermitteln die fernöstlichen Trommelkünstler auf percussionalem Wege japanische Volkskunst und japanische Geschichte, wie sie eindringlicher und kurzweiliger kaum zu demonstrieren ist.

Ungewöhnliche, in dieser Eindringlichkeit noch nie erlebte Effekte bannen das Publikum. Wie man da im plötzlich verdunkelten Saal ploppplopp, ploppplopp, tropischen Regen auf ein Bambusdach niederprasseln hört - alles mit leichter Hand auf Gongas, Trommeln und Gongs gespielt -, das hat den Reiz der Neuheit in einer Zeit der rockig-lauten Drum-Gewitter.

Ein Viertel weniger Verkehrstote

Die Zahl der Verkehrstoten in der Bundesrepublik ist in den ersten sieben Monaten dieses Jahres, verglichen mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum, um fast ein Viertel gesunken. Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden kamen von Januar bis Juli 1985 Verkehrstote um 22,6 Prozent weniger als von Januar bis Juli 1984. Während dieses Zeitraums ging auch die Zahl der Verletzten um 36 500 oder 13,5 Prozent auf 233 495 Unfalltote zurück. Dagegen stieg die Zahl der von Polizeibeamten aufgenommenen Unfälle mit Sachschäden um 7,8 Prozent auf 856 238. Allein im Juli registrierten die Behörden mit 130 573 rund 7200 Unfälle mehr (plus fünf Prozent) als im gleichen Vorjahresmonat.

Konto in der „DDR“

„DDR“-Reisende können sich laut ADAC ein Devisen-Ausländerkonto „A“ bei einer Kreisfiliale der Staatsbank der „DDR“ einrichten und darüber bei Besuchen frei verfügen. Nach Meinung des Clubs ist dies vor allem dann sinnvoll, wenn bei „DDR“-Besuchen der Mindestumsatz von 25 Mark pro Tag und Person nicht verbraucht wird. Autorisierende könnten von dem Guthaben Geldbußen für Verkehrsübertretungen in der „DDR“ überweisen lassen. Verkehrsstrafen dürfen vom Mindestumsatz nicht bezahlt werden.

Verseuchter Spielplatz

Rund 700 Kubikmeter cadmiumverseuchten Bodens werden auf einem Kinderspielplatz im Bonner Stadtteil Beuel ausgetauscht. Diese Maßnahme im Umfeld der Firma Marquardt Degussa war notwendig geworden, nachdem die Landwirtschaftliche Untersuchungs- und Forschungsanstalt der Landwirtschaftskammer Rheinland Mitte Juni Bodenproben analysiert und eine Verunreinigung mit dem Schwermetall festgestellt hatte. Der auszubaggernde Boden wird in den Kern eines Lärmschutzwalles entlang der Autobahn Köln-Bonn eingebaut.

Großwärmepumpe für Kiel

Die größte Wärmepumpe Deutschlands soll nach Angaben der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG von Herbst 1986 an das Kieler Ostufer mit Fernwärme versorgen. Die Wärmepumpe hat eine Leistung von neun Megawatt und wird elektrisch angetrieben. Sie nutzt die Wärme aus dem Kühlwasser des Gemeinschaftskraftwerkes Kiel und des Ostseewassers in der Kieler Förde.

Verpackungen

Für hygienisch einwandfreie Herstellung und Verpackung von Medical-Produkten wie Spritzen, Verbandmaterial und Implantaten hat der europäische Dachverband der Branche, Eucomed, eine Vereinheitlichung der in der Europäischen Gemeinschaft gültigen Gesetze gefordert. Höchste Hygiene-Standards dieser Produkte können nach Ansicht des Verbandes auch zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen beitragen, da Infektionen vermieden und Krankenhausaufenthalte verkürzt werden.

KERNENERGIE NACHRICHTEN

Stromkunden sparen 5 Milliarden.

Durch Kernkraftwerke werden die deutschen Stromverbraucher allein im Jahr 1985 fünf Milliarden DM sparen. Das ergab eine Zwischenrechnung der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW). Zurückzuführen ist die preisstabilisierende Wirkung der Kernenergie vor allem auf zwei Faktoren: die hohe Verfügbarkeit der deutschen Kernkraftwerke und die niedrigen Brennstoffkosten - pro Kilowattstunde lediglich drei Pfennige. Dabei sind die Kosten für Anreicherung, Wiederaufarbeitung und Entsorgung bereits eingerechnet. Fragen? Rufen Sie uns an.

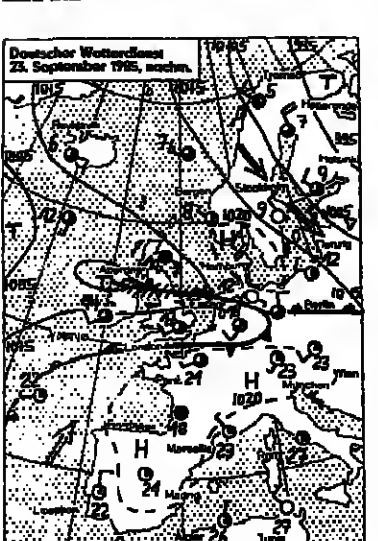
Informationskreis Kernenergie Heussallee 10 · 5300 Bonn 1 02 28 / 50 72 28

ZU GUTER LETZT

Auf Besucherstühlen werden in nächster Zeit etliche Beamte der Stadtverwaltung Dortmund sitzen. Der Grund: Bei 4900 Bürosthühlen eines gleichen Herstellers traten Schäden auf. Da so schnell und in dieser Menge neue Bürostühle nicht zu beschaffen sind, müssen die Bediensteten für die Zeit der Beschaffung auf Besucherstühle „umsitzen“. Die Verwaltung hofft, daß es in der bewußten Zeit nicht zu außergewöhnlichem Besucherandrang kommt.

WETTER: Im Süden heiter

Wetterlage: Die Ausläufer eines Tiefs lösen sich unter anstehendem Luftdruck über dem nördlichen Deutschland auf.



Vorhersage für Dienstag: Im Norden zunächst meist stark bewölkt und gelegentlich etwas Regen, im Tagesverlauf zögernde Bewölkungsauflockerung. Temperaturen um 20 Grad. Schwachwindig. Im Süden nach Aufhebung von Nebelfeldern wolkenlos bis heiter und niederschlagsfrei. Temperaturen nahe 25 Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten: Im Norden vereinzelt leichte Schauer, später dort wie im Süden freundliches und warmes Spätsommerwetter.

Temperatur am Montag, 13 Uhr:			
Berlin	12°	Kairo	30°
Bonn	19°	Kopenhagen	15°
Dresden	13°	Las Palmas	25°
Essen	18°	London	17°
Frankfurt	20°	Madrid	21°
Hamburg	12°	Mailand	24°
Lissabon	11°	Moskau	27°
München	22°	Nizza	27°
Stuttgart	22°	Nizza	25°
Algier	26°	Oslo	10°
Amsterdam	18°	Paris	21°
Athen	24°	Prag	18°
Barcelona	26°	Rom	27°
Brüssel	17°	Stockholm	9°
Budapest	26°	Tel Aviv	28°
Bukarest	27°	Tunis	27°
Helsinki	9°	Wien	22°
Istanbul	21°	Zürich	22°

Sonnenaufgang am Mittwoch: 7.12 Uhr, Untergang: 19.14 Uhr; Mondlauf: 18.36 Uhr, Untergang: 2.32 Uhr *in MEZ, zentraler Ort Kassel

Das Kürzel VIP wird bei der Luftwerft großgeschrieben

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg Der echte Teppich im Foyer führt zu einem schmiedeeisernen Gitter, neben dem ausfahrende Fernseher erhebt sich ein überlebensgroßer Falke in Gold - Fantasien von Glanz und Pracht werden auf der Luftwerft der Lufthansa in Hamburg-Fuhlsbüttel in die Röhre einer Boeing 707 eingepaßt. Die Buchstaben VIP werden hier großgeschrieben. Dieses Geschäft ist zwar - am weltweiten Umsatz der nationalen Fluggesellschaft gemessen - noch klein, doch es weist die höchsten Zuwachsraten auf.

Alban Rupp, Chef der Direktion Werftbetriebe, sieht den hohen Stand der Technik und das Know-how der Lufthansa als Ursache dafür an, daß die Gesellschaft heute in Europa die führende Rolle in der Betreuung „externer“ Kunden eingenommen hat. „Wir sind eine der wenigen Firmen der Welt, die solche Aufträge überhaupt ausführen können“, sagt Rupp. „Inzwischen stehen wir in dem Ruf, auch mit den kompliziertesten Aufgaben fertig zu werden.“

Die Erfüllung dieser Wünsche von VIP-Kunden - es sind meistens Staatsoberhäupter oder Regierungschefs, etwa aus Saudi-Arabien, Bru-

nei, Rumänien und von den Vereinigten Arabischen Emiraten - stellt die Ausstattung von Luxushotels mühselig in den Schatten. Der Flugzeugsalon erinnert an den einer Villa oder an einen Thronsaal. Versenkte Kristall-Lüster lassen ein weites Raumgefühl entstehen, auf Edelholzstischen glänzt kostbares Porzellan, Spiegelwände werfen das Glitzern der vergoldeten Telefonapparate zurück, aus Gold aus die Armaturen an den markornen Wasserbecken. Zuweilen ist sogar der Steuerknüppel vergoldet, doch sonst legen die Potentaten keinen Wert darauf, auch noch die Kanzeln in Luxus einzuhüllen - vermutlich aus Sicherheitsgründen.

Die Entwürfe für das Interieur, das nur wenige Mitarbeiter auf der Luftwerft zu Gesicht bekommen - die Abschirmung ist Bestandteil des Vertrages -, stammen überwiegend von renommierten deutschen Innenarchitekten. Der Entwurf wird in Hamburg zunächst im Modell verwirklicht. Nachdem der Kunde oder sein Embassier, zum Beispiel der Hofminister, die Vorlage akzeptiert hat, können die Fachleute in Fuhlsbüttel beginnen. Bei sehr aufwendigen Umbau-Aufträgen - ihr Wert liegt zwischen 20 und

60 Millionen Mark - kann die „Liegezeit“ durchaus ein halbes oder sogar ein Jahr betragen.

Ein großer Teil dieser Orders wird von Lufthansa-Mitarbeitern ausgeführt. Die Einlegearbeiten etwa, die nach dem Geschmack arabischer Kunden Pferde oder Sanddünen, Adler oder die aufgehende Sonne darstellen sollen. „Das ist kein Kitsch“, betont Rupp, „sondern ein eindrucksvolles Design, das dem kulturellen Lebenskreis der Kunden entspricht.“ Bei diesen VIP-Aufträgen muß ein ganzes Bündel von Sicherheitsauflagen eingehalten werden. Rupp nennt die sechs „Essentials“:

- Das Interieur muß so befestigt sein, daß es bei der Landung der Formel 9 G (neuzumal Erdbeschleunigung) entspricht;
- das Material muß schwer entflammbar sein;
- die Air Condition muß trotz der vielen Sonder-Einbauten einwandfrei funktionieren;
- der Geräuschpegel muß niedrig liegen, die Möbel dürfen nicht vibrieren;
- eine sehr komplizierte Elektronik muß neben der normalen Flugzeuelektronik Platz finden; und

LEUTE HEUTE

Emmy und Glitzer

Die Stars von „Denver“ und „Hotel“ waren sichtlich enttäuscht: Mit großem Glitzer waren sie zur Verleihung der Emmys genannten Fernseh-Oscars nach Los Angeles gekommen, mußten aber mit leeren Händen wieder heim. John Forsythe, Linda Evans, Joan Collins, Diahann Carroll sowie James Brolin und Connie Sellecca setzten sich glanzvoll in Fernsehgeschichte ein. Aber es nutzte nichts. Unglücklich nahm der Carrington-Clan zur Kenntnis, daß den Emmy fürs beste Kostüm nicht etwa Nolan Miller, der die Denver-Damen sündhaft teuer kleidet, sondern Ewing-Clan-Bekleder Bill Travilla gewann.

Schon 1955 entwarf dieser Marilyn Monroes berühmtes Kleid, das sich vom Luftzug der U-Bahn hochheben ließ. Als beste Komödien-Serie wurde die „Cosby Show“ des in Deutschland aus „Tennischläger und Kanonen“ bekannten schwarzen Komikers Bill Cosby (47) ausgezeichnet. Als beste Nebendarstellerinnen von Komödie und Drama gewannen Eileen Persman („Prost, Helmut!“) und Betty Thomas („Polizeische Hill Street“). Paul Newman Frau Joanne Woodward gewann für die Rolle einer an der Alzheimerischen Krankheit leidenden Frau den Emmy für die beste Hauptdarstellerin. Und Karl Malden bekam den Preis als bester TV-Nebendarsteller.